KARLSRUHER STADTZEITUNG

NR. 33 SEPTEMBER 84 2,50 DM

KRISENLÖSER IN AKTION

SKLAVENHÄNDLER II

38 1/2 - KAMPAGNE

TAYLORS ALPTRÄUME

WOHNUNGSPOLITIK + HÄUSERKAMPF

AUTONOME POLITIK

Die Untergrundwirtschaft wird zum Auftauchen veranlaßt

Wie der Bäcker seine Brötchen mit dem Computer verdient...

KARLSRUHER STADTZEITUNG
Postfach 3644
7500 Karlsruhe
Tel.: 0721/59 12 61
Postscheckkonto Nr. 1257 03-755
Postgiroamt Karlsruhe

INHALT

S. 5 KRISEnlöser in Aktion
S. 12 Sklavenhändler
S. 20 Die 38 1/2 - Kampagne
S. 28 Der 1.Mai 84 in Hamburg
S. 31 Autonome und rev. Politik Thesen aus Braunschweig
S. 36 Neues von der Häuserfront
S. 38 Wohnungspolitik u. Häuserkampf in Westberlin
S. 55 Arbeitswissenschaft, Mehrwert, Klassenkampf
S. 64 KRISE... (Forts.)

Verkaufsstellen in Karlsruhe:

Der andere Buchladen
Marienstr. 15

Schauburg
Marienstr. 16

LaWeKo
Körnerstr. 40

Frauenbuchladen
Viktoriastr.

Miramas
Ettlingen
Albstr. 23

Vorwort

Da sind wir wieder - nach fast einem halben Jahr!

Diesmal mit erstaunlich wenig Artikeln und trotzdem wieder nem Haufen Seiten; zudem mit dem seltenen Ereignis, daß es zwischen einigen Artikeln kleinere Widersprüche gibt. Das alles hat mehrere Gründe, von denen wir Euch jetzt erstmal zwei schwerpunktartig näherbringen wollen:

EIN SCHRITT VOR - ZWEI SCHRITTE ZURÜCK

Im Frühjahr fand in Hamburg der erste "Work-Shop" zu Prekarisierung, Verarmung, Ausbeutung und Militanter Untersuchung statt. Auf die Vor - und Nachbereitung dieses Treffens haben wir ziemlich viel Mühe und Zeit verwendet. Das Ergebnis war leider nicht, wie wir erwartet hatten, daß sich zwischen den verschiedenen Gruppen und unterschiedlichen Ansätzen aus den beteiligten Städten eine Ebene von Informationsaustausch und strategischer Diskussion herausbildete - und das hätte ja dann unmittelbare Konsequenzen für die Stadtzeitung gehabt, Konsequenzen, auf die wir seit einem Jahr hoffen und hingearbeitet haben ! So weit wir es beurteilen können, hat sich ein Teil der Städte zumindest für den Moment aus der umfassenden Thematisierung der kapitalistischen Wirklichkeit zurückgezogen und auf Themen wie "Erwerbslosen-Initiativen" und "Sozi-Empfänger" spezialisiert. Das positive Ergebnis war, daß sich zwischen fünf Städten eine Ebene von Diskussion und Zusammenarbeit herauszubilden beginnt, die auch schon viel zu dieser Stadtzeitung beigetragen hat.

(die Materialien zum Arbeitskreis Militante Untersuchung auf dem Work-Shop gibt s bei uns für interessierte Gruppen für 4 Mark)

VIELE, VIELE SCHRITTE ZURÜCK ZU DEN ROOTS

Im Frühjahr haben wir außerdem n Haufen Mühe darauf verwendet, den Band 2 der "Wobblies" rauszubringen. Damit die Diskussion über die I.W.W. endlich die kleinen Expertenzirkel verläßt, haben wir dafür ein ganzes Buch des Wobbly-Theoretikers Austin Lewis ins Deutsche übersetzt: "The Militant Proletariat". Er setzt sich darin hauptsächlich mit den alten berufständischen Gewerkschaften und dem politischen System auseinander und kommt dann zur Frage, wie eine revolutionäre Gewerkschaft aussehen müßte und ob das Proletariat auch eine Partei braucht. Da also zum ersten Mal was vollständiges in Deutsch vorliegt, kann sich jetzt jede/r selber eine Meinung bilden über Stärken und Schwächen der I.W.W.

(das Buch gibt s für 7 Mark - inkl. Porto und Verpackung - bei uns, wir haben auch nach wie vor die Video-Cassette mit dem Wobblies-Film, falls den jemand ausleihen will, Bestellungen abdrücken o.ä.: einfach auf unseren Anrufbeantworter draufquatschen oder schreiben)

V.i.S.d.P.: H.Scheiffele

TAYLOR 's ALPTRÄUME

Den Anfang zu der erhofften Wobblies-Diskussion machen wir gleich selber: TAYLOR'S ALPTRÄUME geht nochmal zurück in die Zeit von Taylor und Konsorten, zu den ersten Fließbändern, zu den Wobblies. Das ist deshalb nötig, weil sich in der Linken bis hin zur "Autonomie" zäh die Mythen über den Taylorismus halten, er habe die Arbeiter zu "Fabrikaffen" und "Maschinenanhängseln" gemacht. Mit einer solchen Position konnte man schon die Kämpfe der Massenarbeiter nicht kapieren und steht endgültig hilf- und waffenlos vor dem aktuellen Kapitalangriff. Wir sind also nochmal zu Adam und Eva zurückgegangen - auch um uns selber ein paar unklar gewordene Begriffe neu anzueignen - und wollen die Diskussion dann im nächsten Heft fortsetzen.

WOHNUNGSPOLITIK UND HÄUSERKAMPF IN WESTBERLIN

Unseres Wissens das erste Mal, daß Berliner Genossen sich dranmachen, den vergangenen Kampfzyklus kritisch und umfassend aufzuarbeiten - vielleicht gerade noch rechtzeitig, bevor der Nebel der Mythen diese Bewegung endgültig aus der realen Geschichtserfahrung verschwinden läßt. Daß sich die Genossinnen im wesentlichen auf Berlin beschränken, sollte niemand abhalten: unsere gemeinsamen Feinde haben in Berlin keine isolierten Entscheidungen getroffen, die beschriebenen Tendenzen gelten für die ganze BRD.

Im letzten Teil des Artikels sind ein paar Ideen und Thesen versammelt, die nicht als der Weisheit letzter Schrei, sondern als Anstoß zum drüber Nachdenken verstanden werden wollen.

AUTONOME ZWISCHEN PERSPEKTIVLOSIGKEIT UND REV. POLITIK

Dieser Beitrag von Braunschweiger Genossen ist ein Thesenpapier. Nichts Abgeschlossenes, nichts Programmatisches, sondern möglicherweise der Anfang einer Diskussion. Er wendet sich vor allem an die Leute, die in der "autonomen Bewegung" einen Teil ihrer Geschichte sehen und in der jetzigen Situation an einer Neudiskussion des gesellschaftlichen Bezugspunktes interessiert sind. Die in dem Papier möglicherweise enthaltene Polemik möge der geneigte Leser auf die derzeit bitteren Erfahrungen der Proletarier zurückführen.

MEHR GELD - WENIGER ARBEIT

Dieser Artikel wurde uns mit der Bitte um Abdruck zugeschickt. Trotz der oben angesprochenen Differenzen haben wir den natürlich abgedruckt, wir stehen ja schließlich auf der selben Seite der Barrikade, wenn die DGB-Gewerkschaften gegen autonome Ansätze von Selbstorganisation vorgehen.

KRISE SKLAVENHÄNDLER 38 1/2

Die restlichen drei Artikel gehören etwas enger zusammen. Zunächst haben wir die Krisenangriffe der Herrschenden in den letzten Jahren nochmal zusammengefaßt, um von da aus genauer auf die Reihe zu kriegen, was Masse ist und wie das jetzt weitergeht mit "Wende", "Ende der Krise" oder wie oder was. Etwas genauer als bisher mußten wir uns auch mit den linken Ideologen und ihrer seltsamen Verwandtschaft zu rechten Krisenstrategien à la Milton Friedman auseinandersetzen: Subsistenzgeld und verschärfter Zwang zur Arbeit.

Von hier aus lassen sich dann die zwei Hauptschienen der kapitalistischen Umstrukturierung entwickeln:

- Flexibilisierung, Aufspaltung und intensivere Ausbeutung der Malocher an den Polen hoher organischer Zusammensetzung;
- Legalisierung der verschärften Ausbeutung der Prekären, Kombination von neuer Arbeitszeitordnung und Kürzung bei den Sozialgeldern.

Aus all dem ergibt sich, daß der bisherige Prekarisierungsangriff nur das Vorspiel war, daß nun auch die Restbelegschaften flexibilisiert und ein Stück weit prekarisiert werden. Und daß die Situation der Prekären selbst nach unten hin angeglichen wird. Für uns ("die Revolutionäre") schälen sich also langsam Ansatzpunkte militanter Intervention und Massenpraxis heraus. Licht am Ende des Tunnels ? Bisher wohl nur die Grubenlampe der militanten Untersuchung ...

KRISENLÖSER IN AKTION

DIE LAGE

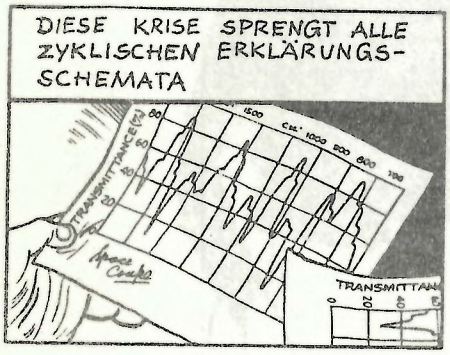
1973 hatte die Klasse das Kapital weltweit so tief in die Krise hineingedrückt, daß alle kapitalistischen Entwicklungsmodelle weggeputzt waren. In dieser Situation ging das Kapital in die Krise und wich auf Geldschöpfung durch Petrodollar-Recycling aus. Aber auch die Klasse wich vor diesem Krisenangriff "ins Gesellschaftliche" aus - gab auf dem Gipfelpunkt der kapitalistischen Krise das Gesetz des Handelns ab. Auf Seiten der Klassenlinke wurden durchaus Konzepte diskutiert, wie es jetzt weitergehen müsse: garantiertes Einkommen als "Übergangsforderung", "die Krise vertiefen" usw. Aber diese Konzepte blieben Theorie, die "gesellschaftliche Krise der Arbeit" in den 70ern drückte sich eher als Flucht vor der Fabrikarbeit, Entdecken der staatlichen "Transferzahlungen" und diffuses Aneignungsverhalten aus. Und Versuche, diese proletarischen Verhaltensweisen als "neue politische Klassenzusammensetzung" zu thematisieren schlugen genauso fehl (Theorie des "gesellschaftlichen Arbeiters" und seiner "Selbstverwertung"). Die Linke, zumindest in der BRD, versuchte ab Mitte der 70er Jahre auch gar nicht mehr, die Situation vom Klassenstandpunkt her zu begreifen. Die tiefgehende, auf Lösung drängende Krise des kapitalistischen Verwertungszusammenhangs wurde aus den Überlegungen ausgeblendet, man hielt die Metropolen für befriedet, die Arbeiter durch Hochlöhne korrumpiert und richtete sich in den Nischen ein - sogar ohne zu kapieren, wer diese Nischen und Freiräume geschaffen hatte. (Wie schnell und brutal das Regime inzwischen mit sozialen Bewegungen aufräumt, wo es den Arbeiterdruck nicht mehr fürchtet, haben wir ja in den letzten Jahren erlebt; die "autonome Revolte" mußte erfahren, wie eng der Bewegungsspielraum geworden ist, jetzt wo die Klasse in der Defensive ist - aber sie hat es auch diesmal nicht so thematisiert und begriffen)

Aber auch das Kapital hatte in den 70ern kein Konzept, das sich langfristig hätte durchsetzen können. Man betrieb von den Rändern her abwartende Krisenpolitik, hielt den Status Quo mit der Kernarbeiterklasse so lange wie möglich und auf Kosten einer hohen Staatsverschuldung aufrecht (die BRD hat den höchsten Industriearbeiteranteil in den westeuropäischen Ländern) und löste auf diesem Hintergrund sozialer Stabilität gezielte und präzise Blitzkriegsunternehmen gegen die radikale Linke aus.

Die 80er Jahre wurden vor Jahren schon von führenden Politikern als "Jahre großer sozialer Auseinandersetzungen" vorhergesagt - und entsprechend vorbereitet mit dem Aufbau eines riesigen Bullen- und Überwachungsapparates. Vor drei Jahren schien auch ein Sturm von unten loszubrechen gegen die neuen Herrschaftsstrategien, gegen die totale Unterwerfung unters System. Der rasche Zerfall dieser Bewegung hat die Krise innerhalb der Linken immens verstärkt. Angesichts geschwundener Perspektiven sind die meisten Linken auf sich selbst zurückgeworfen und haben die Krise

genauso verinnerlicht wie die Mehrheit der Klasse.

Dem Kapital ist es mit seiner Krisenstrategie nicht nur gelungen, die sozialen Verhaltensweise der Klasse umzudrehen und für sich zu benutzen, es hat auch beinahe der gesamten Linken den Kopf verdreht. Die einen ha-



ben nach jahrelangen Versuchen, die Krise in bekannte zyklische Erklärungsschemata zu pressen, den Löffel geschmissen und philosophieren nun über das eigene Scheitern als "Krise der linken Theorie" oder gar "Krise des Marxismus", was lediglich andere Ausdrücke dafür sind, daß sie endgültig jeden Bezug auf die Klasse aufgegeben haben. Andere gehen noch einen Schritt weiter, beginnen den Dialog mit vordem bekämpften bürgerlichen Krisenmanagern, flippen zwischen allen Fronten, entwickeln "Krisenlösungsstrategien" für die Herrschenden.

In dieser Situation macht es auch wenig Sinn, irgendwelche "Schuldenkatastrophen" als Weltuntergang auszumalen, den kapitalistischen Umstrukturierungsangriff als atomaren Holocaust zu interpretieren oder im Prekarisierungsangriff nazistische Vernichtungsdimensionen auszumachen. Dies sind alles nur verzweifelte Varianten des letzten Häufleins Aufrechter, die ohne Bezug zur Klassenrealität mit deftigen Mitteln "die Linken" (gibt's nicht mehr !) zum Brechreiz und also zur Aktion zu bewegen. Das ist nur der Frust darüber, daß die ehemals ganz Harten und Supermilitanten inzwischen oft die sind, die im Bundestag von Realpolitik schwafeln und vom Ende aller Dialektik, d.h. vom Ende des Klassenkampfs reden.

Wir sind heute unausweichlich damit konfrontiert, daß das Kapital die sozialen Verhaltensweisen der Klasse für seinen Gegenangriff nutzen konnte - und keine linke Theorie diese Verhaltensweisen strategisch verlängern, politisch ausdrücken, theoretisch erfassen konnte.

Wir wollen auf den nächsten Seiten deshalb nochmal zusammenfassen, in welchen Etappen sich dieser kapitalistische Angriff durchsetzen konnte und mit welchen Programmen wir in den nächsten Jahren konfrontiert sein werden. Unsere Ahnungen, wo und wie sich die Klasse dagegen erneut antagonistisch homogenisieren kann, müssen dagegen noch vage bleiben. Zunächst müssen wir uns mal mit den Grundsätzen der Diskussionen, die in den erweiterten Krisenstäben des Kapitals geführt werden, auseinandersetzen. Zwar zeigen aktuelle Kämpfe in England und Frankreich mit welchen Widerständen das multinationale Kapital noch immer zu rechnen hat, in der BRD hingegen scheinen Staat und Kapital alle Etappen weitgehend unbeschadet überstanden zu haben (gerade "linke" und grüne Krisenlösungsstrategien setzen nach wie vor ungebrochen vertrauensvoll auf Vater Staat als Arbeitsbeschaffer oder als Verteiler von Einkommen - nenne man es nun Mindesteinkommen oder "Existenzgeld", niemand thematisiert die Sache antagonistisch vom Klassenstandpunkt und stellt den Staat als Verwalter zwangsweise angeeigneten proletarischen Einkommens prinzipiell in Frage!). Hinter der Simulation des Notstandes die gewaltigen Neuzusammensetzungsprozesse zu erkennen, die das Kapital bewerkstelligt, in ihnen neue Ansatzpunkte aufzuspüren für Kämpfe, die mehrheitlich und antagonisch sind, ist die Voraussetzung dafür, daß wir nicht auf Konzepte verfallen, die innerhalb der kapitalistischen Logik liegen, anstatt sie zu sprengen.

DIE LANGGEZOGENE KRISE

Zwischen Mitte der 60er und Mitte der 70er Jahre hatte die Klasse in einem weltweiten Kampfzyklus die Proportionen zwischen Arbeit und Einkommen so weit zu ihren Gunsten verschoben, daß die Instrumente des keynesianischen Staates außer Kraft gesetzt waren. Die Arbeiterklasse hatte die "Vollbeschäftigung" benutzt, um ihre Lohnkämpfe in Gang zu bringen, über diese die weltweite kapitalistische Krise "synchronisiert" (vorher konnte das multinationale Kapital immer die verschiedenen nationalen Arbeiterklassen durch Boom und Rezession gegeneinander ausspielen) und so schließlich das kapitalistische Kommando über die Arbeit in Frage gestellt. Die Lohn - und Wohlfahrtsexplosion als Folge des Klassendrucks hatte die Tendenz, das Einkommen von der Arbeit abzukoppeln.

So wurde dem Kapital die Krise aufgezwungen, sein einziger Ausweg war die Durchsetzung einer langfristigen und weltweiten Krisenpolitik, die wir als "Austerität" seither in allen Ländern erleben: als Senkung des Lebensstandards der Unterklassen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit, Verschärfung der Arbeitsrhythmen. Die Verdreifachung des Ölpreises, die von den führenden US-Kapitalgruppen durchgesetzt wurde, diente zur Abschöpfung von Einkommen der Klasse, Kapital, das für die weltweite Restrukturierung der Verwertungsbedingungen eingesetzt wird.

In der BRD besiegelte der Wechsel von Brandt zu Schmidt 1974 die Wende von einer reformistisch-keynesianischen Politik auf der Grundlage steigender Löhne und hoher Produktivität zu einer korporatistischen Stabilisierung des "sozialen Friedens". Die "Staatsquote" (der Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt), das bisherige 'Zugpferd' für steigende Wachstumsraten, wurde eingefroren, der Haushalt "konsolidiert". Das "Modell Deutschland" steht für eine erfolgreiche Bewältigung des ersten Einbruchs der Rezession und der ersten Million Arbeitsloser.

Vom "Entschluß des Kapitals, in die Krise zu gehen", weil ihm die Klassenkämpfe keine andere Wahl lassen, sprach allerdings - bis auf an der italienischen Diskussion orientierte Gruppen - keiner. Hierzulande bemühte sich die Linke die nächsten Jahre um ein theoretisches Nachvollziehen der Konjunkturkurven der "Selbstbewegung des Kapi-

tals", stritt um "Überproduktions"- oder "Überakkumulationskrise" und blieb gelähmt zwischen der Hoffnung auf eine Radikalisierung der Arbeiterbewegung und der Hoffnung auf den nächsten Aufschwung, der wieder bessere Bedingungen für die Durchsetzung von Arbeiterforderungen bringen würde.

Doch nichts dergleichen passierte. Nominal stiegen die Löhne weiter, wurden allerdings von den Preissteigerungen immer wieder aufgefressen. Kurzfristige Arbeitslosigkeit nutzten viele zu einer finanziell erträglichen Ruhepause, danach fanden sie meist einen besser bezahlten Job als vorher. Eine Änderung der Verhaltensweisen in bezug auf Krankheit, Ansprüche etc. war nicht auszumachen. Währenddessen zogen sich die Linken immer mehr enttäuscht aus den Betrieben zurück und suchten sich andere politische Betätigungsfelder außerhalb der Arbeit oder in "praktischen Alternativen".

Das Kapital verlagerte Teile der Massenproduktion in Niedriglohnländer, während der Staat versuchte, die BRD zum Land des "Blaupausenexports", zum Produzenten fortschrittlichster Technologie und zur stärksten Exportnation auf dem Weltmarkt zu machen.

offiziell die Krisenpolitik gegen die Klasse beginnt, läuft die "neue Linke" fast geschlossen zum Staat über und sanktioniert die Ausschaltung der radikalen Opposition.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung ist noch bestimmt von einem Nebeneinander kurzfristiger Konjunkturprogramme und einer Konsolidierungspolitik. Die ABM zur Linderung des Protests gegen die Arbeitslosigkeit sind halbherzig, über Haushaltsdefizite werden die sozialen Folgen der Rationalisierung der Produktion bezahlt, die Sozialausgaben steigen weiter, die Inflation ist nicht beherrschbar. Aber die Generaloffensive wird vorbereitet. Schon im Dezember 1976 wurde eine Enquêtekommission zur Untersuchung einer Reform des Sozialhaushalts eingesetzt. Ihre Berichte von 1979 und 1981 sind die erste umfassende Darstellung des Transfersystems der BRD. Die hierin gemachten Kürzungsvorschläge, deren mögliche politische Folgen ebenfalls dargestellt sind, bilden die Grundlage für das Programm der jährlichen Streichungen.

Das BAFöG (von dem eine ganze Generation Linksradikaler sich reproduzierte) wird nach und nach von einem Einkommen ohne Arbeit umgewandelt

Diesem Expansionskurs auf Kosten der Arbeiterklasse anderer Länder ordneten sich die DGB-Gewerkschaften vollständig unter. Zur Verteidigung des Status Quo mit der Kernarbeiterklasse vollzogen sie auch die verschärfte soziale Ausgrenzung und produktive Verwertung "unangepaßter und schwacher Arbeitskraft" und die präventive politische Repression (Unvereinbarkeitsbeschlüsse). Der Herbst 77 läßt keinen Zweifel mehr aufkommen an der Entschlossenheit aller Parteien zur gewalttätigen Durchsetzung dieser politischen Rahmenbedingungen auf gesamteuropäischer Ebene. Noch bevor in der BRD

in einen Kredit, der strikt an den Nachweis universitärer Leistungen gebunden wird. Initiativen von Arbeiterseite gegen den umfassenden Restrukturierungskurs werden abgewürgt; aber noch immer wird das Verhältnis von "Geben und Nehmen" der zentralen Arbeiterklasse gegenüber sorgfältig austariert, noch treffen Inflation und Arbeitslosigkeit die Klasse in der BRD weit weniger als in den übrigen westlichen Ländern.

DIE WENDE 1979/80

1979/80 war dieses spätkeynesianische Entwicklungskonzept endgültig gescheitert: die iranische Revolution und die nochmalige starke Ölpreiserhöhung (diesmal nicht auf Veranlassung der amerikanischen Multis) brachte einen Exportausfall, vor allem hatte sich aber gezeigt, daß staatliche Eingriffe zur Senkung der Arbeitslosigkeit (Konjunkturprogramme) sofort wieder einen Lohndruck nach sich zogen, die Staatsverschuldung war an einem Höhepunkt angekommen, ohne daß sich die Klasse in einen neuen Entwicklungssprung hätte integrieren lassen.

Nun gingen Staat und Kapital daran, mit einem wirtschaftspolitischen Restriktionskurs wirkliche Krisenpolitik gegen die Klasse zu machen. Dabei kalkulierten sie das Zerbrechen der Massenloyalität ein, die sozialen Auflösungsprozesse als Folgen einer solchen Politik schienen über das Datennetz und die innere Aufrüstung beherrschbar. Die Arbeitslosigkeit wurde sprunghaft auf über 2 Millionen gesteigert und zwar wiederum selektiv gegen "die schwache Arbeitskraft" : Jugendliche, Frauen, Ausländer, Alte. Von den Rändern des Arbeitsmarktes her wird der "männliche deutsche Arbeiter" zunehmend eingekreist und zum untätigen Verharren auf seinem Arbeitsplatz bei mieser werdenden Bedingungen gezwungen. Für das Kapital ist nun die "normale" Arbeitslosigkeit erreicht, die endlich das "Unterangebot an Arbeitskraft" beseitigt, endlich kann man wieder drohen mit den "Hunderten, die vorm Tor stehen und auf deinen Arbeitsplatz nur warten". Denn die Klasse macht zur selben Zeit die Erfahrung, daß der nächste Job in der Regel schlechter bezahlt und weiter entfernt ist.

Zur gleichen Zeit eröffnet man die Propagandaschlacht über die Massenmedien: die "deutsche Wirtschaft" steckt nun tagein tagaus in einer schweren Krise, der "deutsche Arbeiter" sei faul, arbeite zu wenig, mache zu viel krank, wälze sich ständig in der "sozialen Hängematte" usw. Das Kapital macht sich sozusagen die operaistische Krisenanalyse propagandistisch zu eigen.

Gleichzeitig werden die Haushaltskürzungen genau da angesetzt, wo sie die Klasse und ihre schwächsten Teile am härtesten treffen. Noch unter der SPD-FDP-Regierung werden die Programme eingeleitet, die internationale Finanzinstitute und Multis seit Jahren diskutieren. Die Operation 82 soll ganz bewußt einen Einschnitt setzen. Begleitet von einer Pressekampagne gegen die "Faulheit der Deutschen" und für das japanische Vorbild (Fleiß, Disziplin, Niedriglohn) (1) wurden Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kindergeld usw. gekürzt und die Zugangsvoraussetzungen verschärft. Die Streichungen betreffen alle Leistungen des Sozialstaats, die es einem noch ermöglichten, den Arbeitsplatz in etwa auszuwählen und niedrig entlohnte Scheißarbeit abzulehnen.

Trotz großer Proteste seitens linker Vertreter der Sozialbürokratie war das Gesetzespaket mit dem aggressiven Namen von der SPD-Regierung politisch durchzusetzen. Für die bereits zerfallende Sozialrevolte 80/81 war sie kein Thema, die Hoffnung auf eine Ausweitung in breite proletarische Schichten war schon verflogen. Den Angriffen auf die Sozialkohle ohne Arbeit standen auch die Leute aus der Bewegung zunächst allein gegenüber.

Die Gesamtsituation auf dem Arbeitsmarkt hatte sich schon wesentlich verschärft, als im Winter 82 die Operation 83 diskutiert wurde. Sie strich konsequent bei allen Sozialleistungen, wo sich nicht unmittelbar Widerstand entzündete. Die Öffentlichkeit hatte sich zwar schon an den jährlichen Kürzungskatalog gewöhnt, immerhin agitierten aber die Gewerkschaften bereits im Vorfeld recht angestrengt gegen die "einseitigen Kürzungen". Im Verlauf der Durchsetzung der OP 83 wurde dann die Regierung ausgewechselt.

Das Sommerloch 83 wurde zu einer Hetzkampagne genutzt gegen alle Zweiteinkommen, die sich dem staatlichen Zugriff entziehen. Blüm faßte seine Kampagne unter dem Begriff "Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung" zusammen. Die Arbeitsämter benutzten zum ersten Mal in großem Maßstab ihre Fahndungstrupps, um Großbaustellen und andere seit Jahren

bekannte Schwerpunkte von Schwarzarbeit zu überprüfen. Man entzündete eine Diskussion über den illegalen Verleih und die schlimmen Praktiken der Subunternehmer, um letztlich nur Malocher ohne Aufenthaltsgenehmigung abzugreifen oder die Leute, die offiziell Arbeitslosengeld oder Sozikohle beziehen und nebenbei schwarz malochen, aufzuspüren. In der Konsequenz ist die staatliche "Bekämpfung der Schwarzarbeit" die verschärfte Kontrolle der proletarischen Reproduktion. Sie ist keineswegs ein Angriff auf das, was wir "Schwarzarbeit" nennen: die Drecksarbeit in Klitschen und Kolonnen, schikaniert von Unternehmern, die sich die persönliche Notlage der Malocher zunutze machen, ohne jede Absicherung bei Unfall oder Krankheit, zu miesestem Lohn, oft genug noch darum beschissen.

Die Operation 84 wurde politisch lange und sorgfältig austariert im Hinblick darauf, ob die geplanten Kürzungen weiter zur Spaltung und Prekarisierung beitragen oder ob sie zu einer Homogenisierung von unten führen würden. Haimo George, der Sozialexperte der CDU und einer der Siemensleute, die in den letzten Jahren in führende Positionen aufgerückt sind, flog zu diesem Zweck per Hubschrauber z.B. 47 Reha-Zentren an, um die massiven Streichungen beim Unterhaltsgeld der Umschüler zu rechtfertigen: hier hatte es erste Hungerstreiks und Demos gegen die geplanten Kürzungen gegeben. Die Streichung des Essensgeldes (120.- bis 180.- im Monat) wurde dann auch zurückgezogen.

DIE PREKARISIERUNG IN PROFITRATEN ÜBERFÜHREN

Der Staat hat also in den letzten drei Jahren in verschiedenen Etappen neue Bedingungen für die Reproduktion der Klasse durchgesetzt. Die Wende von der SPD/FDP - zur CDU/FDP - Regierung war dabei nur die Bestätigung eines Weges, der sich bereits 1976 abzeichnete und spätestens seit 1980 mit aller Entschlossenheit eingeschlagen wurde.

Seit drei Jahren sinken die Reallöhne, Millionen wurden prekarisiert und werden nun von einem Job zum nächsten verschoben. Die Sozialleistungen sind an einem Tiefpunkt angekommen, der einen zwingt, den erstbesten Job anzunehmen, den man kriegen kann. Durch die Verbindung realer Kürzungen und einer in den letzten Winkel reichenden Krisenpropaganda versucht der Staat, neue Beziehungen zwischen Kapital und Klasse zu schaffen. Ein Angriff auf bestimmte Schichten oder die Lancierung der Automatisierungsdiskussion als ständige Bedrohung der Arbeiter sollen alle einschüchtern und politische Initiativen abblocken.

Haimo George meinte vor knapp einem Jahr schon, daß man nun den Arbeitslosen nichts mehr nehmen könne: mit 63 % vom Nettolohn als Arbeitslosengeld sei wirklich eine Grenze erreicht. Bei 6 Millionen Kündigungen im Jahr könne auch von Mißbrauch keine Rede mehr sein.

Inzwischen schält sich Schicht um Schicht aus den Kürzungsoperationen des Regimes und den Reaktionen der Klasse darauf ein neues kapitalistisches Projekt für die 80er und 90er Jahre heraus. Der Zeitpunkt ist da, grundlegende Neuerungen im Bereich des Beschäftigungsverhältnisses, die in den letzten Jahren vom Kapital an Gewerkschaften und Arbeitsrecht vorbei durchgesetzt wurden, gesetzlich zu regeln. Mit der Erlaubnis, befristete Arbeitsverträge bis zu einem Jahr (bei Betriebsneugründungen bis zu zwei Jahren) abzuschließen, mit der Ausdehnung der Ausleihfrist für Leiharbeiter auf 6 Monate, mit der Einschränkung der Sozialpläne, mit der Außerkraftsetzung verschiedener Bestimmungen für neugegründete Betriebe für die ersten fünf (!) Jahre wird die Entgarantierung von Millionen von Arbeitsverhältnissen legalisiert: für diese Arbeiter haben die Kernpassagen des Kündigungsschutzgeschetzes nun auch ganz offiziell keine Gültigkeit mehr.

Auf der anderen Seite werden am 1. April 85 - welch Aprilscherz - die neuen Tarifverträge für die garantierten Arbeiter in Kraft treten: die Abschiebung der Alten auf Wunsch des Unternehmers, die flexible Arbeitszeit, die Möglichkeit, Überstunden in großem Maß ohne Zuschläge arbeiten zu lassen (hier mußte Blüm seinen Ge-

setzesentwurf zurücknehmen, um nicht hinter die Abmachungen der Tarifpartner zurückzufallen!) sind jetzt schon erkennbare Pfeiler der neuen Ausbeutungsordnung in den Betrieben. Hunderttausende von Arbeitern, die in diesen Streik hineingezogen wurden und denen die Tarifpartner dann eine politische und finanzielle Niederlage beibrachten, sehen erstmal keine Möglichkeit, gegen dieses Restrukturierungsprogramm für die westdeutsche Wirtschaft in den bisherigen Kampfformen anzugehen.

Mit den demnächst in Kraft tretenden Tarifen und Gesetzen gibt es kein "normales Arbeitsverhältnis" mehr mit 8-Stunden-Tag, Kündigungsschutz usw., von dem dann auf Antrag Ausnahmen genehmigt werden müssen. Die Ausdehnung auf Schichtarbeit, auf die Nachtstunden, das Wochenende liegen im Ermessen von Betriebsleitung und Betriebsrat. 84 Stunden Arbeitszeit in der Woche sind der neue vorgegebene Rahmen, die Mobilität und Flexibilität gemäß kapitalistischen Erfordernissen die Regel. Auch die tarifvertraglichen Abgesicherten werden damit ein Stück weit "prekarisiert" und untereinander noch stärker als bisher (auch im selben Betrieb) aufgespalten.

DIE "ERFOLGE" DER KRISENPOLITIK

Die wichtigsten Elemente der "Wende" weg vom Keynesianismus waren:
- Kürzungen bei allen Transfereinkommen und Verschärfung der Zugangsvoraussetzen : BAFöG, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Renten;
- Verschärfung des Zwangs zur Arbeit seitens Arbeits- und Sozialamt;
- Subventionierung der Entwicklung von Rationalisierungstechnologien;
- Subventionierung derjenigen, die die Klasse zum Arbeiten bringen: Unternehmensgründungen, Förderung von Niedriglohnarbeit über vielfältige Programme des Arbeitsamtes;
- Politik des knappen Geldes seitens der Bundesbank.

Die bisherigen Instrumente zur Einschränkung der sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit (Konzept der Steigerung der Nachfrage durch Arbeitsbeschaffung) werden umfunktioniert und nur dort eingesetzt, wo sie produktiv sind, das heißt, wo ABM billiger als reguläre Arbeitskräfte sind. Ordentliche Stellen werden gerade im Öffentlichen Dienst zu schlechtbezahlten ABM- oder Zwangsarbeitsstellen.

Blüms beschwörendes Geschwafel wirkt geradezu anachronistisch angesichts der Instrumente des Regimes, die eine wesentlich verbesserte Erfassung der Arbeiter und ihrer Mobilität erlauben. Es kaschiert ein sozialpolitisches Programm, das gar keine positiven Utopien mehr verkaufen will, sondern nur noch Krisenmanagement ist: "Der Mensch wird seine Arbeit nicht verlieren. Sie kann ihm fremd werden, sie kann ihn vorübergehend überholen, verlassen, zurücklassen, überwältigen, demütigen: Jedes Menschen Arbeit ist nicht nur Broterwerb. Sie ist schicksalhafte Verwobenheit in Menschheit und Schöpfung. Die Arbeit geht weiter." (2)

Die kalkulierten Folgen dieser Politik sind:
- Reallohnsenkung (seit 3 Jahren) bei gleichzeitiger Steigerung des Sozialprodukts;
- hohe Arbeitslosigkeit bei Steigerung des Arbeitsvolumens und der unbezahlten Arbeit;
- Zwang zu prekärer Beschäftigung für Arbeitslose und Empfänger von Transfer-Einkommen;
- Zwang zu Zweit- und Drittarbeit für Arbeiter (wenn ein "garantierter" Arbeitsplatz bloß noch 800.- bis 1100.- netto bringt);
- Unternehmensschließungen zwecks Umstrukturierung;
- Pleiten: viele Klein- und Mittelbetriebe gehen in der Rezession drauf.

Die Reorganisation mehrerer Großunternehmen verlief reibungslos, flankiert von Gewerkschaften und Kirchen, die den Ausbruch des Arbeiterzorns schon im Vorfeld verhinderten. Kämpfe gegen Unternehmensschließungen waren defensive Trauerspiele, die die Niederlage der Massenarbeiter und ihres erkämpften Status Quo demonstrieren sollten.

Im Gegensatz zur alltäglichen Medienpropaganda über die angeblich höchsten Löhne und kürzesten Arbeitszeiten der Welt, die wir hier hätten, sind die Lohnstückkosten in der BRD heute fast die niedrigsten in den westlichen Industriestaaten. Nirgendwo ist die Produktivität der Arbeiter im Zuge der Restrukturierungspolitik so massiv gesteigert worden wie hierzulande. Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibender oder sogar gesteigerter Leistung macht das Verhältnis für die Unternehmer sogar noch günstiger. In vollkommenem Gegensatz zu den ganzen Propagandareden über die schlechte Auftragslage, den technologischen Rückstand usw. hat das BRD-Kapital zwischen 1975 und 1982 seine Spitzenstellung auf dem Weltmarkt halten können. Sogar die angeblich unrentabel gewordenen, in arbeitsintensiven und technisch einfachen Verfahren hergestellten Produkte erlebten einen Exportboom. So billig ist die Arbeitskraft in einigen Branchen in der BRD schon geworden. Und die Konzernchefs lassen keinen Zweifel daran, daß sie auf die Mehrwertauspressung in den Metropolen nicht verzichten wollen. Siemens-Chef Kaske nannte kürzlich die BRD einen der "besten Standorte der Welt" und zwar "dank seiner guten Infrastruktur, der Intelligenz und Ausbildung unserer Bevölkerung und der politischen und sozialen Stabilität." All das ist nur eine Bestätigung des von Staat und Kapital eingeschlagenen Weges.

Im Trüben gefischt

Sklavenhändler

Teil 2

In den siebziger Jahren hat die Klasse Verhaltensweisen entwickelt, um sich den Zwang zur Arbeit soweit als möglich zu entziehen: die Arbeitslosigkeit wurde als Möglichkeit entdeckt, Einkommen ohne Arbeit zu beziehen, die Jobberei entwickelte sich.

Mit der Prekarisierung Anfang der achtziger Jahre versucht das Kapital, diese Mobilität, die die Proletarier gegen das Fabrikkommando entwickelt haben, für sich zu nutzen.

Durch Massenentlassungen, Betriebsschließungen, Einstellungsstopps wird einerseits die Arbeitslosigkeit auf über zwei Millionen gesteigert, zum anderen werden die Belegschaften auf ein Minimum an Stammarbeitern reduziert. Die rausgesäuberten sechs bis acht Millionen Proletarier werden nur noch unter ungarantierten Bedingungen beschäftigt: in befristeten Aushilfsjobs, meistens über Sklavenhändler oder Subunternehmer.

Gleichzeitig kürzt der Staat die Sozialleistungen und verschärft die Zumutbarkeitsregelungen gegen Arbeitslose, um zu verhindern, daß die Prekären vor diesem Angriff auf staatliche Einkommen ausweichen. In der Grauzone prekärer Jobs, die weitgehend der staatlichen Kontrolle durch Arbeitsämter und Versicherungen entgehen, erlebt die Schwarzarbeit einen ungeheueren Boom. Einerseits versucht die Klasse ihren Lebensstandard zu halten, indem sie durch Zweit- und Drittjobs in Schwarzarbeit die gesunkenen Löhne bzw. die gekürzten staatlichen Leistungen ausgleicht, auf der anderen Seite entdeckt das Kapital die Schwarzarbeit als Möglichkeit, um zu noch niedrigeren Löhnen und völlig rechtlosen Bedingungen auszubeuten. Die Schattenwirtschaft entwickelt sich.

In der Blüm-Kampagne gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung wird zum ersten Mal ein Konzept deutlich, mit dem der Staat versucht, die Ausbeutung unter prekären Verhältnissen zu strukturieren:

1. Die Schattenwirtschaft soll zum Auftauchen gezwungen werden. Sie soll soweit legalisiert werden, daß die in ihr erarbeiteten Profite in kontrollierten Bahnen den Multis zufließen.
2. Der Klasse soll die Möglichkeit genommen werden, ihre Löhne durch staatliche Einkommen aufzubessern.
3. Gleichzeitig werden die Sklavenhändler, die Knotenpunkte der prekären Beschäftigung, als staatliche Kontrollorgane ausgebaut, indem ihre Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern erzwungen wird und ihre Spielräume erweitert werden.

Ergebnis dieses Angriffs sind weitere Lohnsenkungen und eine gesteigerte Mobilität auf dem Arbeitsmarkt, der wieder weitgehend vom Staat kontrolliert wird.

1. Der Angriff auf die Schattenwirtschaft:

Schwarzarbeit ist kein Problem, das erst mit der Prekarisierung entstanden ist. Bereits in den siebziger Jahren, vor dem Hintergrund hoher Löhne und Lohnnebenkosten - eine Facharbeiterstunde kostete 30 bis 40 Mark- erkannten viele die Schwarzarbeit als Möglichkeit, bei Löhnen von 15 bis 25 Mark "schnelles Geld" zu verdienen. Auch damals wußte das Kapital schon, die Schwarzarbeit zu nutzen: das Millionenheer illegaler Ausländer, die über ein Netz von Schleppern, Vermittlern und Verleihern den Multis vollkommen ausgeliefert waren, wurde schwarz zu Löhnen , die zwischen 4 und 6 Mark lagen, ausgebeutet. Ebenso schuf die Auslagerung der Produktion in Klitschen, vor allem in der Metallindustrie, die Voraussetzungen, um Schwarzarbeiter unmittelbar in der Produktion einzusetzen.

Die Prekarisierung setzte zunächst einmal ein Millionenheer von Proletariern auf die Straße, für die Schwarzarbeit nun nicht mehr der Zuverdienst war, mit dem sie ihren Häuslebau finanzierten, sondern die jetzt mit diesen Einkünften ihre Reproduktion sichern mußten. Die Folge davon war, daß die Schwarzarbeitslöhne gesunken sind.

Die Unternehmer entdecken nun auf breiter Front die Vorteile der Schwarzarbeit: Schwarzlöhne sind Nettolöhne, Schwarzarbeiter zeigen mehr Arbeitswilligkeit, die Beschäftigungs- und Unternehmerrisiken lassen sich sehr gut auf ein System von Subunternehmern abwälzen. Dabei haben die Erfahrungen Einzelner, daß sich als Selbstfahrer oder als Subunternehmer auf dem Bau mit relativ geringem Kapitaleinsatz hohe Einkommen erzielen lassen, unter den Arbeitern zu einem regelrechten Boom von Existenzgründungen geführt. Allen voran haben Bau- und Transportkapital demonstriert, wie sich die Schwarzarbeit unmittelbar an den Verwertungszyklus ankoppeln läßt. Durch den Kredit für die Produktionsmittel oder durch die Drohung, die Aufträge zu entziehen, ist es ein Leichtes, die Schattenunternehmer ihrem Kommando zu unterwerfen. Ist die Abhängigkeit erst einmal hergestellt, so ist damit auch gewährleistet, daß der jeweilige Bauunternehmer, Spediteur seine Geschäftsrisiken auf dieses Subsystem abwälzt.

Vor allem ist damit die Festlegung der Schwarzarbeitslöhne, die Verteilung der Gewinne, in die Hände der Branchenmultis übergegangen. Über diesen Mechanismus hat sich das Kapital eine Struktur von Subunternehmern, Arbeitsverleihern, und -vermittlern geschaffen, die zum festen Bestandteil der Arbeitsorganisation der Multis geworden sind und die sich zur Zeit auch im Metallbereich, im Dienstleistungssektor, sowie im Handel durchsetzt.

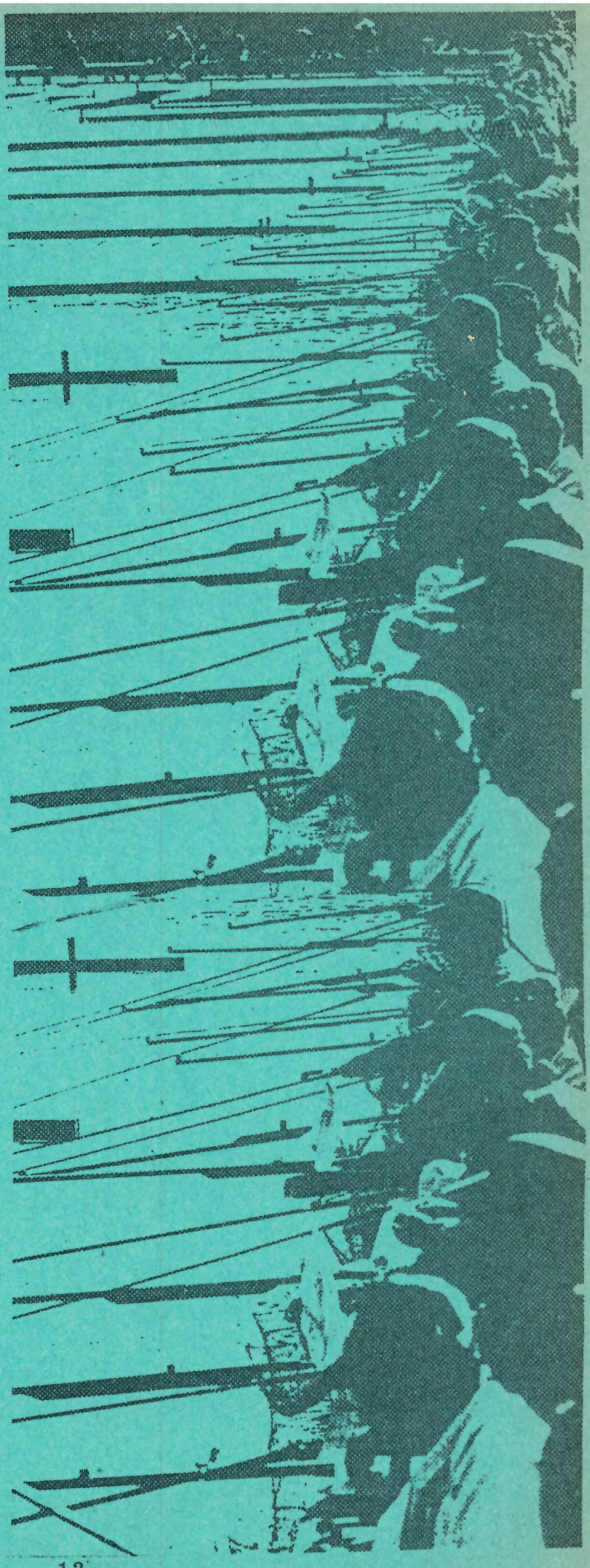
(siehe Kasten)

Die Blüm-Kampagne im Sommer 83 versuchte die Schattenwirtschaft zu legalisieren, sie in diese Struktur zu zwingen und sie damit unter die Kontrolle von Staat und Kapital zu stellen. Genau das meint Enno Langfeld vom Kieler Institut für Weltwirtschaft, wenn er schreibt, im Gegensatz zur Lockerung einiger überalteter gesetzlicher Bestimmungen "müßten die Schattenunternehmer die Vorteile der Arbeitsteilung besser nutzen, um produktiver zu arbeiten", also Legalisierung für die, die sich dem Diktat der Großkonzerne unterordnen.
Für die, die dazu nicht bereit sind, winkt der Staat mit dem Knüppel:
Für die, die sich nicht freiwillig unterordnen wollen, winkt der Staat mit dem Knüppel:
Mitte 83 werden bundesweit Razzien gegen illegale Verleiher durchgeführt. Die Verfolgung von Verstößen gegen das AÜG bzw. gegen das Arbeitsvermittlungsmonopol der Arbeitsämter, oder Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung sind dabei nur der Anlaß, um die Schattenunternehmer einzuschüchtern und zum Auftauchen zu zwingen.
Mit der Lockerung der Strafandrohung bei Verstößen gegen das AÜG hat der Staat bereits 82 die geforderte Ebene von Legalität festgelegt: Sklavenhändler und Subunternehmer sollen ihre Ge-

schäfte künftig auf der Ebene des Werkvertrags abwickeln. Das erleichtert zum einen ihre Anbindung an die Unternehmer und gewährleistet außerdem, daß die Daten der bei ihnen beschäftigten Prekären den Arbeitsämtern und Versicherungen zukommen. Bereits Ende 83 stellt der Präsident des Landesarbeitsamts Düsseldorf fest, man habe das mit den Razzien gesteckte Ziel erreicht und man habe "eine erhebliche Störung im Milieu bewirkt".

Im Blümschen Beschäftigungspaket, das Ende 83 vorgestellt wurde, folgen dann die in Aussicht gestellten Lockerungen: Aufhebung der Arbeitsschutzbestimmungen, dieAbschaffung des AÜG, sowie eine neue 84-Stunden-Arbeitszeitordnung sollen im Sommerloch 84, ebenso wie die Snkung der Hinzuverdienstgrenze, bis zu der der Arbeitgeber allein sozialversicherungspflichtig ist, zur Abstimmung vorgelegt werden. Gleichzeitig lockert die Bundesanstalt ihr Vermittlungsmonopol. In einem internen Rundschreiben vom Mai 84 werden die Arbeitsämter angewiesen, von einer Verfolgung privater Arbeitsvermittler abzusehen, sofern diese zur Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern bereit sind. Wie diese Zusammenarbeit von Behörden und privaten Verleihern bereits funktioniert, zeigen folgende Beispiele:

Die Vermittlung von Arbeitskräften an Verleiher auch in befristete Jobs durch die Arbeitsämter ist inzwischen gängige Praxis. In manchen Fällen werden dabei sogar die Lohnkosten von den Arbeitsämtern übernommen (etwa wenn es sich um Schwervermittelbare handelt). Aus Mannheim und Berlin sind Fälle bekannt, in denen die Krankenkassen die Arbeiter von legalen sowie illegalen Verleihern täglich neu versichern, um die Verleiher so von den Unternehmerrisiken zu entbinden. Auf Wunsch geben die Krankenkassen in Berlin Informationen über das Krankheitsverhalten und ärztliche Diagnosen der Arbeiter an die Verleiher weiter. Da überhinaus bestellen sie krank gewordene Sklavenarbeiter schon innerhalb einer Woche zum Vertrauensarzt.(in einem Fall am zweiten Tag!)



Fall 1
Überführungssektor

Bereits Anfang der siebziger Jahre wurde die Überführung fabrikneuer LKWs von den Herstellern an Speditionsmultis abgegeben, die sich auf die Ausfertigung der Zollpapiere beschränkten und die Überführung selbst an Transportunternehmen delegierten.
Bei den hier beschäftigten Kolonnenführern, denen man die Kohle für Treibstoff, Spesen, Zollgebühren anvertraute, entwickelte sich die Praxis, an diesen Ausgaben soweit als möglich auf Kosten ihrer Kollegen zu sparen und so ihre Löhne aufzubessern.

Die Transportunternehmer, nicht dumm, boten an, künftig auf eigene Rechnung" zu fahren. Der Selbstfahrer setzte sich durch und natürlich gingen mit dem ersten Auftragsrückgang zwangsläufig auch eineige Subunternehmer bankrott, mußten sich einen anderen Job suchen und hatten obendrein noch Schulden.

Der "Sub", der pfiffig genug war, egagierte jeweils drei, vier Malocher aus seinem Bekanntenkreis, die eine Überführung als die Möglichkeit, sahen, Bafög, Arbeitslosengeld, Lohn aufzubessern, und die auch für vergleichsweise geringen Lohn, bar auf die Hand, fuhren.

Heute, nach vier Jahren Subs, gibts in diesem Zweig keine Festangestellten mehr, sämtliche Malocher werden schwarz jeweils für eine Fahrt engagiert.
Und jetzt, nachdem sich diese Struktur etabliert hat, sind Kürzungen der Frachttarife durch Hersteller und Spediteure um 2o% nichts ungewöhnliches, wissen sie doch, daß diese über Transporteur und Sub auf die vereinzelte Ar beitskraft abgewälzt werden.

Fall 2
Bausektor

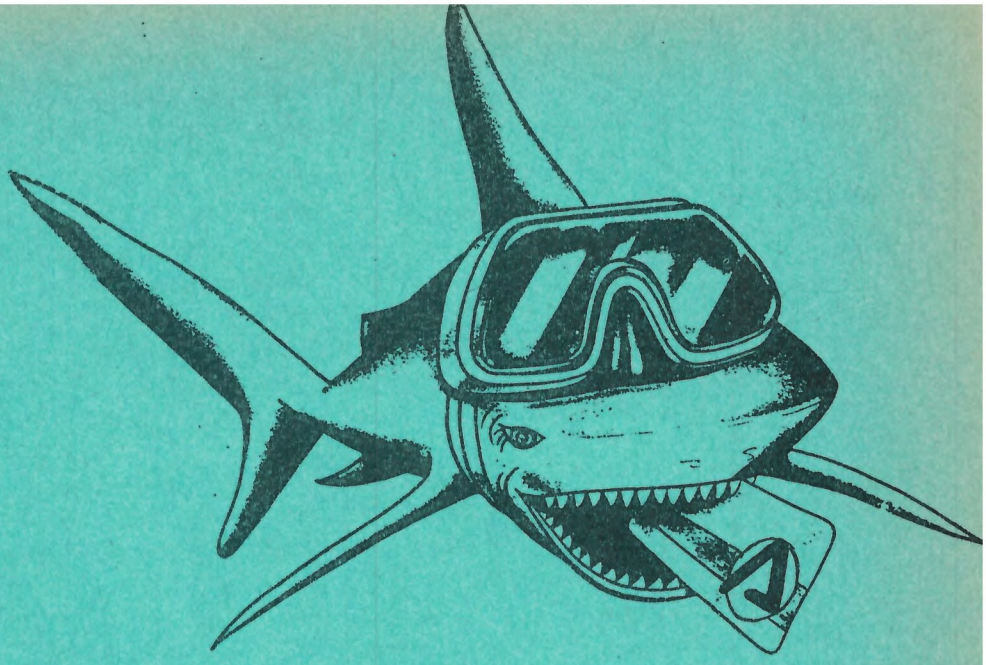
Mannesmann hat den Auftrag bekommen, Reparaturarbeiten an Rohrleitungen durchzuführen. Da die Reparaturen mit den eigenen Arbeitern nicht zu schaffen sind, beauftragt sie einen Sub, die Karlsruher Firma Kaba.
Die Firma besteht aus zwei Brüdern, den Geschäftsführern. Das Kapital besteht aus einem alten Schuppen und einer Handvoll Werkzeug. Außerdem gehören noch drei Malocher zur Belegschaft.

Da sie für den Auftrag aber ca. 4o Leute brauchen, werden kurzerhand die Malocher vom Skavenhändler Pik geordert. Bezahlt werden, nachdem Mannesmann, Kaba und Pik ihren Anteil kassiert haben, noch 1o.5o für Schweißarbeiten.

2. Der Angriff auf die Schwarzarbeitslöhne

In den letzten Jahren hat die Klasse durch Mehrarbeit in Zweit- und Drittjobs ihr Einkommen in etwa halten können, aber gleichzeitig ist sowohl der Arbeitstag des einzelnen Malochers wie auch das gesellschaftliche Arbeitsvolumen enorm angestiegen. Die Löhne in diesen Schwarzjobs sind inzwischen so gering, daß sie nur in Verbindung mit anderen Einkommen zum Leben reichen. Gerade diese Verbindung aber hat bislang als effektives Spaltungsinstrument funktioniert, um drastische Lohnsenkungen durchzusetzen. Für Sozi- oder Arbeitslosengeldempfänger war es immer noch attraktiver, zwei oder drei Tage in der Wöche schwarz zu arbeiten, als bei einer 5o-Stundenwoche angemeldet auf das selbe Geld zu kommen.

Durch das Ausweichen in Schwarzarbeit, durch Zweit- und Drittjobs konnten die Proletarier in den letzten Jahren in etwa ihr Einkommen halten – auf Kosten einer wahnsinnigen Ausdehnung des gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvolumens und des Arbeitstages jedes Einzelnen. Die Löhne in diesen Schwarzjobs sind inzwischen zum Teil so niedrig, daß sie überhaupt nur in Verbindung mit anderen Einkommen den Lebensstandard garantieren können. Und eben diese Verbindung hat bislang dazu gedient, die Löhne in diesen Sektoren überhaupt so weit drücken zu können. Denn für Sozi- oder Arbeitslosengeld-Empfänger war es immer noch erträglicher, zwei oder drei Tage in der Woche schwarz zu malochen als bei einer Fünftage-Woche angemeldet auf das selbe Geld zu kommen.



Und eben aus dieser Fehleinschätzung heraus haben sich auch viele Linke, selbst diejenigen, die in Arbeitslosen- und Sozigruppen organisiert sind, nicht gemeinsam gegen diese Überausbeutung gewehrt; sie haben sie nicht mal im eigentlichen Sinn thematisiert, sahen sie diese Schwarzjobs doch genauso nur als individuelle Aufbesserung ihres Sozialeinkommens, als lokkere Möglichkeit, des "Gewußt-wie".

Die Blüm-Kampagne greift nun genau diese Verbindung von Schwarzarbeitslohn und Sozialeinkommen an. Seit Sommer 83 laufen bundesweite Fahndungen gegen diese Prekären, umstellen Hundertschaften von Bullen ganze Baustellen, machen tagelang Grenzübergänge dicht, kontrollieren systematisch die Orte der Schwarzarbeit. Allein in Baden-Württemberg werden bei 40 000 Überprüfungen gegen 5% der Kontrollierten, das heißt 2000 Proletarier Verfahren eingeleitet wegen des "Verdachts auf Beschäftigung und gleichzeitige Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld".

Hier wird eine Parallele zum Prekarisierungsangriff Anfang der 80er Jahre deutlich. In den 70er Jahren hatten große Teile der Klasse Arbeitslosengeld und Mobilität zwischen den Arbeitsplätzen als Möglichkeit für sich entdeckt, um sich dem Fabrik-Kommando ein Stück weit zu entziehen. Im Gegenzug hat dann das Kapital dieses Verhalten rumgedreht und benutzt, um Mobilität, ungarantierte Jobs und Lohnsenkungen gegen Millionen Proletarier durchzusetzen.

Auf die Verhaltensweisen, die das Proletariat dann unter diesen Bedingungen entwickelt hat – Ausweichen auf Nachbarschaftshilfe, Nebenjob usw. – antwortet das Regime wiederum, indem es die Schwarzarbeit an die kapitalistische Verwertung anbindet, der Klasse die Bewegungsspielräume wegnimmt und dadurch sinkende Schwarzlöhne und eine weitere Ausdehnung des Arbeitstages durchsetzt.

Der Staat handelt hier als Gesamtkapitalist. Daß der einzelne Unternehmer seinem Schwarzarbeiter einen total niedrigen Lohn zahlt, reicht nicht aus, angegriffen wird der Reproduktionsfonds der Proletarier insgesamt – und gleichzeitig soll die Hierarchie im Proletariat verstärkt werden. Ganz auf dieser Linie lag denn auch das Haimo George – Papier: neben dem ohnehin recht hohen Lohn- und Gehaltsniveau im internationalen Vergleich würden vor allem in den niedrigen Lohn- und Gehaltsgruppen für "untergeordnete Tätigkeiten" weit überdurchschnittliche Löhne bezahlt.

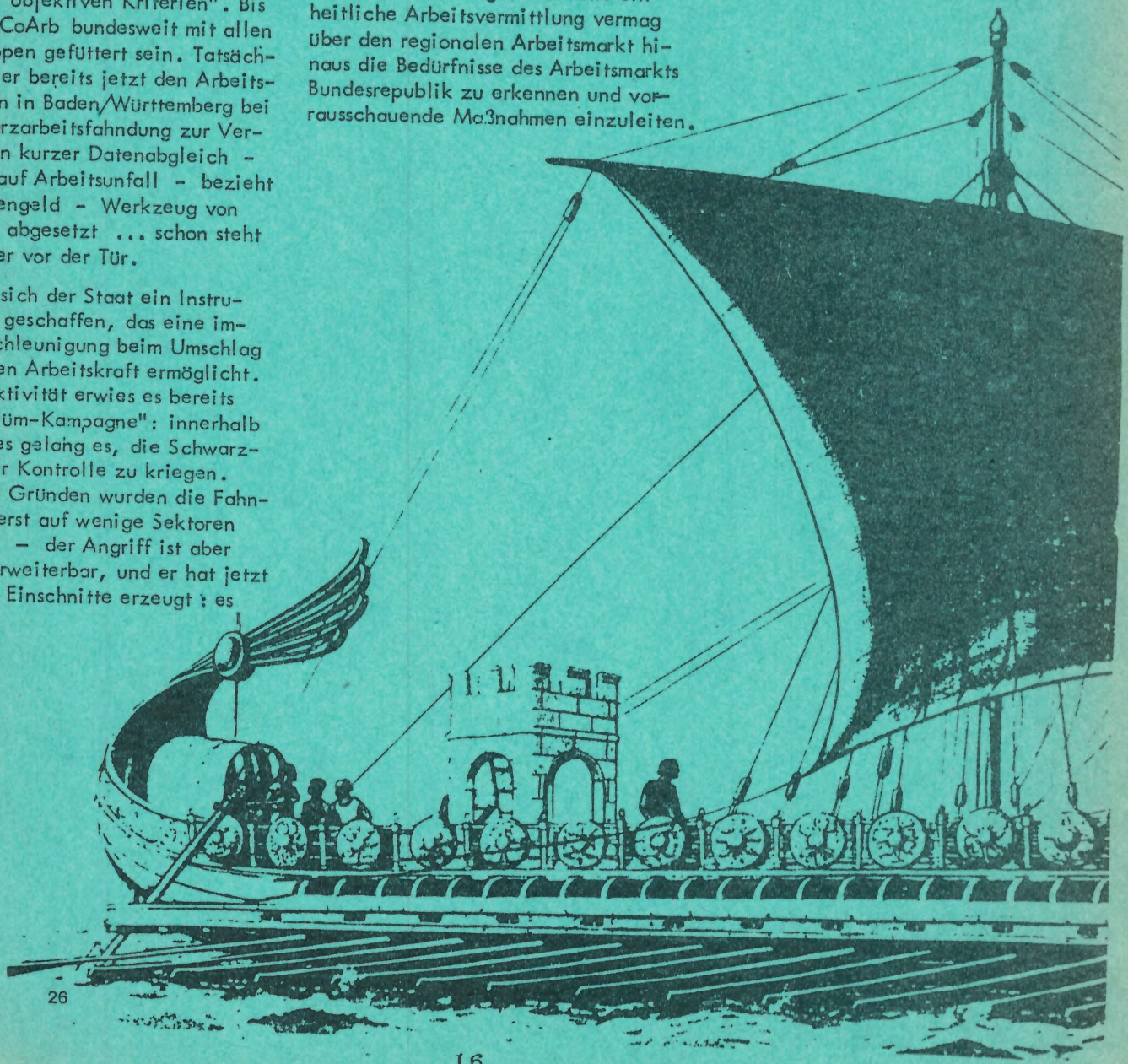
Gleichzeitig ist sich das Regime sehr wohl bewußt darüber, daß es mit jedem weiteren Angriff die Erfolge seiner bisherigen Spaltungspolitik bedroht. Denn je mehr der Staat die Empfänger von Arbeitslosen- oder Sozi-Geld kontrolliert, um so mehr Leute müssen nur noch mit einem Einkommen auskommen, desto mehr gleichen sich also die Bedingungen der in diesen Sektoren beschäftigten Malocher einander an. Und das schafft ja auch bessere Voraussetzungen für eine Vereinheitlichung der Verhaltensweisen dieser Proletarier, für gemeinsames Verhalten gegen ihren Kapitalisten. Daß sich das Regime dieses Risikos bewußt war, sieht man daran, daß die Razzien bisher auf marginale Sektoren beschränkt wurden, wo nicht zu befürchten stand, daß möglicher Widerstand sich zu schnell ausbreitet: Taxi- und Busunternehmen, Speditionen, Reinigungs- und Baufirmen.

3. Neue Kontrollinstrumente

Seit 73 wird an einer Exekutive der Arbeitsämter gebastelt, werden nach und nach Fahndungsstellen aufgebaut. Ende der 70er werden diese Fahndungstrupps zu einem bundesweiten Stützpunktsystem ausgebaut, ihre Zusammenarbeit mit anderen Behörden wird intensiviert.
Das Gehirn des ganzen sitzt in den Arbeitsämtern und nennt sich computergestützte Arbeitsvermittlung, kurz CoArb. Hinter dem harmlosen Namen verbirgt sich ein Datenverbund, der auf Knopfdruck jede Information ausspuckt, die zur Einschätzung unserer Arbeitsfähigkeit und - willigkeit wesentlich ist: Ausbildung, Beruf, bisherige Tätigkeiten, Entlohnung, Kündigungsgründe, Krankheitsverhalten, Einkommensverhältnisse. Die Arbeitsvermittlung erfolgt dann in Sekundenschnelle per Profilabgleich und nach "objektiven Kriterien". Bis 1986 soll CoArb bundesweit mit allen Berufsgruppen gefüttert sein. Tatsächlich steht er bereits jetzt den Arbeitsamt-Bullen in Baden/Württemberg bei der Schwarzarbeitsfahndung zur Verfügung: ein kurzer Datenabgleich - Verdacht auf Arbeitsunfall - bezieht Arbeitslosengeld - Werkzeug von der Steuer abgesetzt ... schon steht der Fahnder vor der Tür.

Damit hat sich der Staat ein Instrumentarium geschaffen, das eine immense Beschleunigung beim Umschlag der prekären Arbeitskraft ermöglicht. Seine Effektivität erwies es bereits bei der "Blüm-Kampagne": innerhalb eines Jahres gelang es, die Schwarzarbeit unter Kontrolle zu kriegen. Aus obigen Gründen wurden die Fahnder bisher erst auf wenige Sektoren losgelassen - der Angriff ist aber jederzeit erweiterbar, und er hat jetzt schon tiefe Einschnitte erzeugt : es ist nicht mehr möglich, ausschließlich von Schwarzarbeit zu leben und jeder Bezieher von Sozialgeld wird sich hüten, in diesen Sektoren noch schwarz zu schaffen (es sind die traditionellen Sektoren der proletarischen Schwarzarbeit: Bau, Renovieren, Transport). Seltsamerweise wurde dieser Angriff von den ganzen autonomen Sozi- und Erwerbslosengruppen nicht thematisiert, obwohl er ja gerade ihre Bezugsgruppen am stärksten betroffen hat.
Sklavenhändler haben sich in den vergangenen vier Jahren als Struktur bewährt, die die Ausbeutung der Prekären, die ihnen abverlangte Mobilität gewährleistet. Seit 82 steigt die Zahl der Entleiher rapide an.
Wer bis jetzt noch durch das Netz von Krankenkassen und Arbeitsamtcomputer geschlüpft ist, wer den Schwarzarbeitsfahndern entwischen konnte, den soll jetzt durch die Einbeziehung der Sklavenhändler in den staatlichen Kontrollapparat ein Bein gestellt werden. Das Bundesarbeitsblatt formuliert die Marschrichtung: "Nur eine einheitliche Arbeitsvermittlung vermag über den regionalen Arbeitsmarkt hinaus die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts Bundesrepublik zu erkennen und vorrausschauende Maßnahmen einzuleiten. ..Dies schließt nicht aus, daß im Interesse der Arbeitslosen die Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern und engagierten Dritten bei der Vermittlung verbessert und in allen ihren Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Zusammenarbeit bei der Vermittlung, nicht ihre Zersplitterung, heißt das Gebot der Stunde." (9/83)

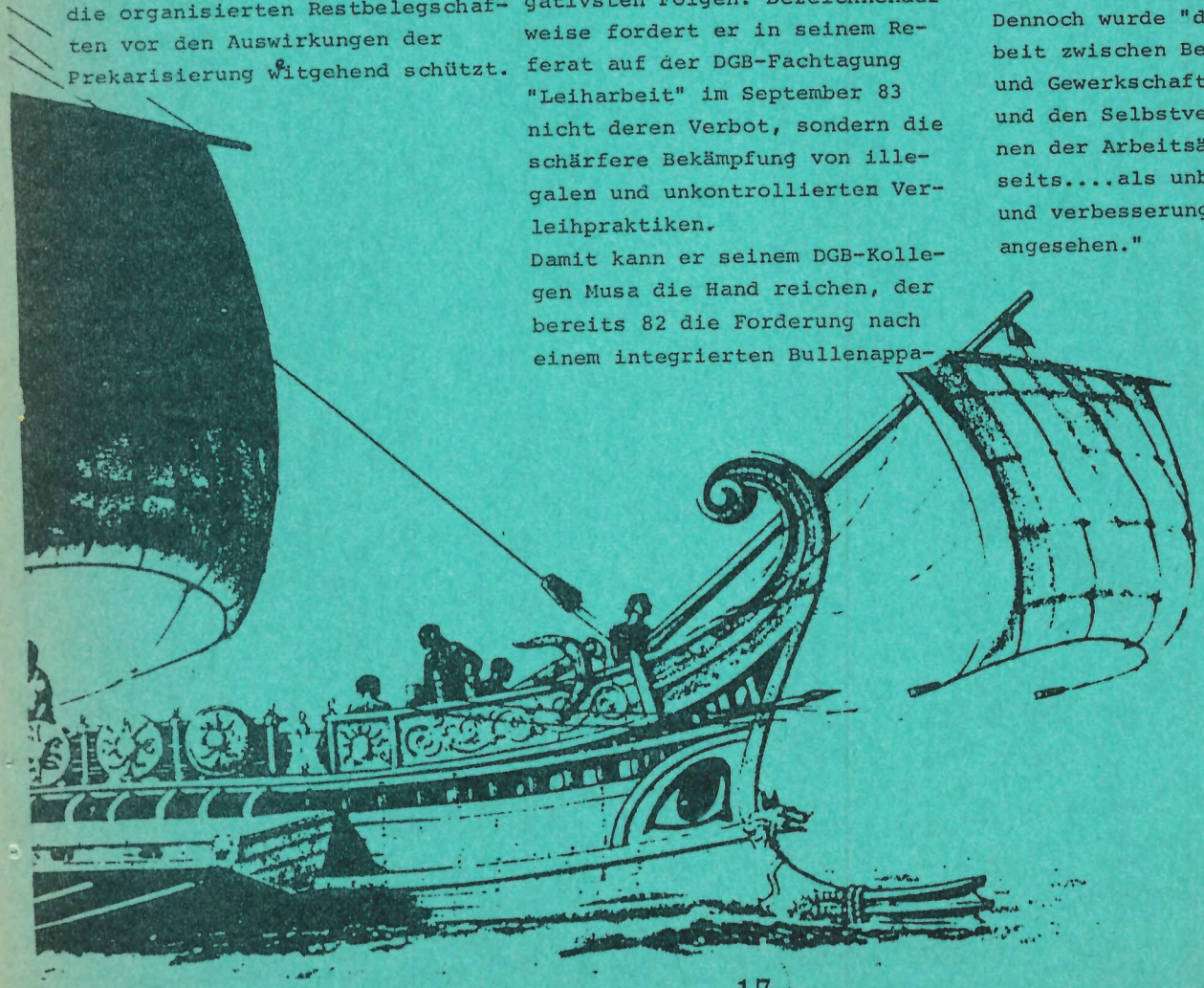
Darüberhinaus hat sich das Beschäftigungsprinzip Sklavenhändler, nämlich, daß sämtliche Beziehungen des Malochers zur Arbeit, also die Entscheidung, bei welchem Unternehmer er mit wem was arbeitet, vom Sklavenhändler getroffen werden, sich mittlerweile gesellschaftlich durchgesetzt, da es die Atomisierung der Arbeiter bislang am besten gewährleistet Inzwischen werden in Karlsruhe Jugendliche an öffentliche Arbeitgeber über die Arbeitsämter vermittelt, in deren Arbeitsverträgen der Stadtjugendausschuss als Verleiher. Mal abwarten, wann diese Sklavenhändler ihren eigenen CoArb-Terminal erhalten.



Gewerkschaften und Blüm-Kampagne

Auch die Einstellung der Gewerkschaften gegenüber Sklavenhändlern hat sich seit Beginn der achtziger Jahre geändert. War die Hauptforderung des DGB bisher das generelle Verbot der Leiharbeit, um die Tarifeinheit zu sichern, so fand hier bei Betriebsräten und Vertrauensleuten ein Sinneswandel statt: Sklavenarbeiter entbinden den Betriebsrat von der leidigen Aufgabe, bei jedem Auftragsrückgang nach den Kriterien der Sozialauswahl zu selektieren und unter Umständen Stammarbeiter zugunsten neu eingestellter Prekärer feuern zu müssen.
Auch in den Gewerkschaftsspitzen scheint sich die Überlegung durchgesetzt zu haben, daß der Prozeß der Flexibilisierung der Belegschaften, wenn er schon nicht aufzuhalten ist, so doch in gewerkschaftlich mitbestimmten Bahnen verlaufen müsse, die die organisierten Restbelegschaften vor den Auswirkungen der Prekarisierung weitgehend schützt.

So sieht Norbert Möller-Lücking bei der vom Bundesarbeitsminister geplanten Aufhebung des AÜG die Hauptgefahr darin, "daß künftig in noch stärkerem Maße als bisher, schon durch personelle Maßnahmen des Arbeitgebers die Wirksamkeit der sozialen Rechte und die Wirksamkeit des bisher erreichten Arbeitsbestandsschutzes zu Lasten der im Entleiherbetrieb beschäftigten beeinflußt werden kann", "die Arbeitgeber noch mehr aus ihrer Verpflichtung zu einer vorausschauenden Personalplanung einschließlich rechtzeitiger Qualifizierungsmaßnahmen entlassen werden; sie würden zur weiteren Vernichtung von Dauerarbeitsplätzen geradezu ermuntert".
Auch Karl-Heinz Janzen von der IG-Metall hält Personalabbau, die Vernichtung der beruflichen Qualifikation, also die geringere Integrationsperspektive der Stammarbeiter, sowie "den erhöhten Leistungsdruck auf die Stammbelegschaften" für die negativsten Folgen. Bezeichnenderweise fordert er in seinem Referat auf der DGB-Fachtagung "Leiharbeit" im September 83 nicht deren Verbot, sondern die schärfere Bekämpfung von illegalen und unkontrollierten Verleihpraktiken.
Damit kann er seinem DGB-Kollegen Musa die Hand reichen, der bereits 82 die Forderung nach einem integrierten Bullenapparat zur besseren Bekämpfung von illegaler Beschäftigung erhob: "Vorausgesetzt, daß alle beteiligten Stellen über brauchbare Ermittlungsdienste verfügen, müßte eine ständige Arbeitsgruppe installiert werden, die aus Vertretern der Polzei, der Krankenkassen, der Steuerfahndung und der Arbeitsverwaltung zusammenzusetzen wäre"...
"Spezielle Dienststellen der Kripo und Arbeitsgruppen der vorgeschlagenen Art müßten im ganzen Bundesgebiet gebildet werden. Für sie wäre ein zentrales Informationssystem unbedingt notwendig."
Musa vergaß zu erwähnen, daß auch den Gewerkschaften in diesen Arbeitsgruppen ein Sitz gebührt. Tatsächlich ist es der DGB-Spitze gelungen, ihre unteren Funktionärsebenen in die Schwarzarbeitskampagne der Bundesregierung einzubeziehen. So konnte auf der Fachtagung Leiharbeit von mehreren erfolgreichen Initiativen berichtet werden, "die auf die Eindämmung von Leiharbeitnehmern zielten". Dennoch wurde "die Zusammenarbeit zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften einerseits und den Selbstverwaltungsorganen der Arbeitsämter andererseits....als unbefriedigend und verbesserungswürdig angesehen."



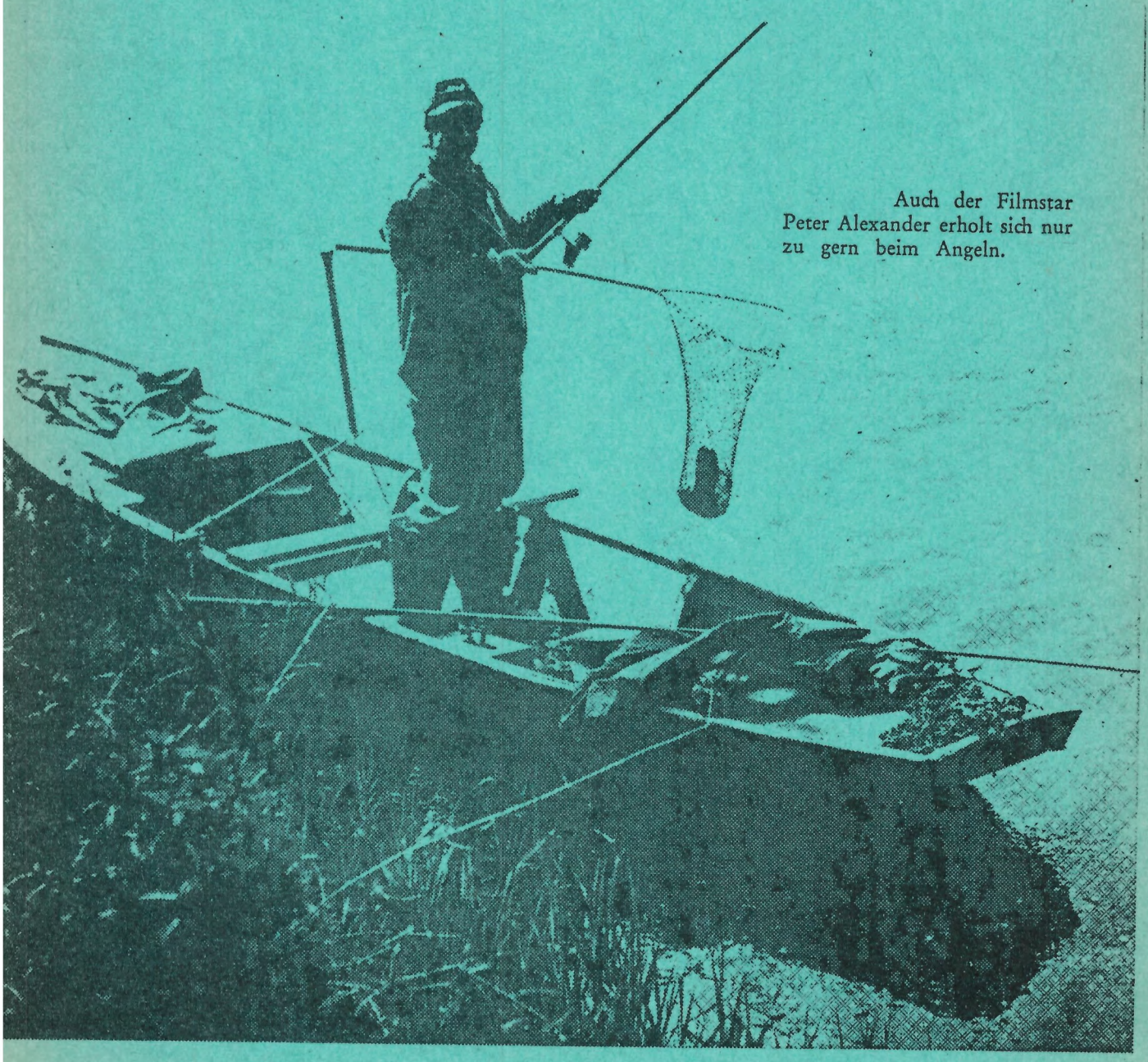
Die Stoßrichtung der Blüm-Kampagne war letztes Jahr schon zu erkennen: ein Zangenangriff, der einerseits weitere Schlupflöcher stopfen würde, in die die Klasse vor dem Zwang zu immer beschisseneren Jobs ausgewichen ist und gleichzeitig der Ausbau eines Kontrollapparats, der ihre weitere Mobilisierung ermöglicht. Wir hatten deshalb allen linken Gruppen, die sich mitder Krisenpolitik und ihren Auswirkungen beschäftigen, eine Kampagne gegen Sklavenhändler vorgeschlagen.

Indem die Blüm-Kampagne den Unterschied zwischen Arbeitslosengeld- und Soziempfängern, Jobbern tendenziell aufhebt, indem sie weiter durchsetzt, daß ein Prekärer nur noch den Lohn erhält, den er auch erarbeitet hat, machte uns Blüm nochmal deutlich, warum die Diskussion, obs nun drum gehe, den Jobber oder den Soziempfänger oder den Arbeitslosen zu organisieren, hinfällig ist.

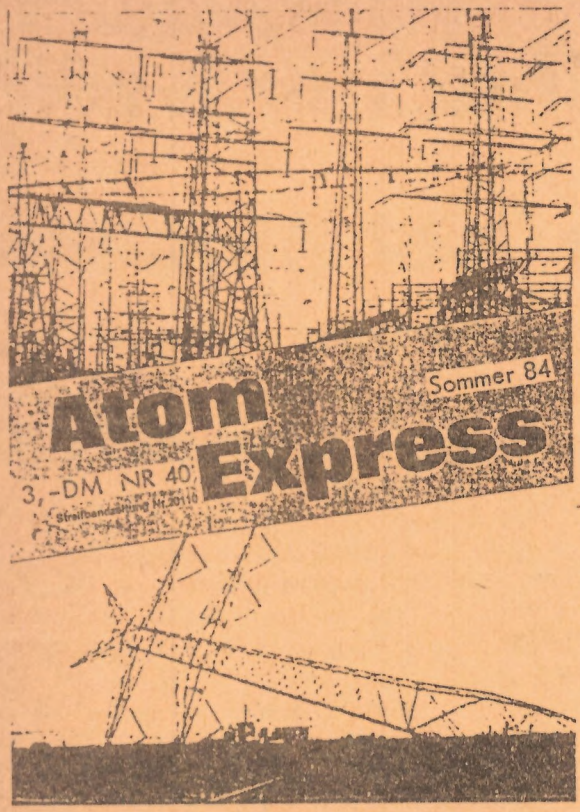
Von daher war unsere Hoffnung, daß wir uns auf ein gemeinsames Vorgehen gegen den Prekarisierungsangriff einigen könnten. Als Ansatzpunkt haben wir - und auch jetzt griff uns Blüm wieder hilfreich unter die Arme - Sklavenhändler vorgeschlagen, weil sie einerseits zu einem immer zentraleren Knotenpunkt in der Organisation der Prekären werden und zum anderen diese Schmarotzer bei jedem Malocher verhaßt sind.

Eine Reaktion auf unseren Vorschlag blieb aus.

Mit der Schwarzarbeitskampagne wurden gegen zigtausende Proletarier Lohnsenkungen durchgesetzt, ohne daß diese Entwicklung von den "Autonomen" und "Sozialrevolutionären" wahrgenommen worden ist.
Von daher ist der Artikel auch lediglich der Versuch, eine Entwicklung nochmal genauer zu beschreiben, die in den letzten beiden Nummern bereits angedeutet wurde. Den in Nummer 32 versprochenen Teil 2, eine Untersuchung über das Verhältnis der Sklavenarbeiter zu ihrer Maloche, können wir allein von Karlsruhe aus, das nicht einmal eine Hochburg der Sklavenhändler ist, nicht leisten.



Auch der Filmstar Peter Alexander erholt sich nur zu gern beim Angeln.



Konto: Verein für eine umweltgerechte Energie- politik

PSchA Hannover 148 99 - 308

Marienstr. 10 - 34 Göttingen

Ein Abonnement kostet 20.- Mark für sechs Ausgaben incl. Porto, für Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer ab 5 Exemplaren 2.- Mark.

2 MARK

KÖLN

IM HEISSEN SOMMER '84

Sabotage

NR. 1

- Themen -
ARBEIT:
Jobber + Arbeitsrecht
Erfahrungen bei COLONIA und KAUFHOF
Sklavenarbeiter für die Kommune
Zwangsarbeit im Knast
PROZESS gegen die Konsulatsbesetzer
WAS WIRD AUS KÖLN? Mehr Büros? Technologieparks? Freie Produktionszonen!

Kontaktadresse: SABOTAGE
c/o der andere Buchladen
Glasstr. 80, 5 Köln 30

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:

Mittelamerika:

Der Krieg läßt keine Wahl

Nr. 118 · Juni 1984

El Salvador: Jubelsolidarität gegen US-Intervention · **Nicaragua:** Wahlen mitten im Krieg; Der wirtschaftliche Krieg der USA; Briefe aus Wiwilli; Erklärung der Entwicklungshelfer der DED; Rio San Juan; Als Arbeitsbrigadistin in El Pochote · **Miskito-Indianer** zwischen den Fronten · **Honduras:** Eine Landreform aus Papier; Flüchtlinge aus El Salvador · **Guatemala** · **Boykott:** Kein Urlaub in der Türkei

Nachrichten und Berichte zu: Eritrea, Mauretanien, Guinea

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,- (DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr. Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

DIE WOBBLIES

neu! Band 2

The Industrial Workers of the World (I.W.W.)

Inhalt:
Austin Lewis: Militant Proletariat
Teile aus dem Buch von Gisela Bock: die 'andere' Arbeiterbewegung in den USA und ein Vorwort.

Bei Überweisung von DM 6.- zu bekommen: Postscheckkonto Nr. 1257 03-755 PschA Karlsruhe Karlsruher Stadtzeitung PF 3644

Folgende Schriften gibts noch bei uns:

"Wir wollen alles" - Roman der Fiatkämpfe ... 5 DM
"Wobbly" Band 2 ..... 5 DM
"Arbeitsrecht für Jobber" ..... 2 DM
"Wir haben ein Recht auf Einkommen", eine Sozialhilfebroschüre für Karlsruhe..... 1,50 DM

(Preise zuzgl. Porto)

„Wir sind noch nie geworden wie bei diesem

(Ein Arbeiter von Kühler-Behr)

"DIE IGMETALL HAT IDEOLOGISCH GEWONNEN, WIR ÖKONOMISCH"

Im "Kampf für die 35-Stunden-Woche" haben die Unternehmer ihre wesentlichen Ziele erreicht: Fortsetzung der Lohnsenkungen der letzten Jahre, diesmal sogar auf zwei Jahre festgeschrieben und damit auf zwei Jahre tarifpolitischer Friede in den Betrieben; der Normalarbeitstag von 8 Stunden ist abgeschafft; die für alle geltenden Tarifverträge wurden in Richtung auf "betriebliche Bedürfnisse" durchlöchert, die Ausgestaltung des 35-40-Stunden-Rahmens wird weitgehend auf die Betriebe verschoben.

"Ideologisch" hat die IG Metall gewonnen, weil das "Unternehmer-Tabu der 40-Stunden-Woche" aufgegeben wurde. Ein zweifelhafter Erfolg, denn für die Unternehmer bedeutet dies die Flexibilisierung des allzu starren Arbeitszeitrahmens; so heißt es im Abschluß ausdrücklich: "Die Spanne zwischen 37 und 40 Stunden soll angemessen ausgefüllt werden. Dabei sind die betrieblichen Bedürfnisse zu berücksichtigen." Und selbst da wird nochmal eins draufgesetzt: "Aus Anlaß der Neufestlegung der Arbeitszeit wird die Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen nicht vermindert."

Auf Kapitalseite herrscht feiste Zufriedenheit über diesen Abschluß, gleich nach Bekanntgabe des "Leber-Kompromisses" stiegen die Börsenkurse. BDA-Präsident Esser erklärte "das zufriedenstellende Ergebnis" sei vor allem der Bereitschaft der Unternehmer zu verdanken, die Auseinandersetzung solidarisch mit der IG Metall durchzustehen". Diese "Tarifeinigung" könne "zu einem neuen Anfang für die flexiblere Gestaltung der Arbeitsbedingungen insgesamt" werden. Blüm faßte die Bedeutung des neuen Tarifvertrags in einem längeren ZEIT-Interview so zusammen:

"Hier ist ein neues Kapitel in der Tarifpolitik aufgeschlagen worden. Das Ergebnis führt in seiner Bedeutung weit über die Arbeitszeitfrage hinaus, weil sich die Gewerkschaften in eine Kooperation mit den Betrieben eingelassen haben. Und nur auf diese Weise läßt sich die unumgängliche Flexibilität ermöglichen. Wer glaubt, er könne alles von den Zentralen und mit Hilfe großflächiger Tarifvereinbarungen lösen, wird sich in die Sackgasse hineinmanövrieren. Andererseits können wir nicht die Tarifvereinbarungen so auflösen, daß jeder Betrieb macht, was er will, sondern es muß einen Hauptnenner geben. Diese Balance haben die Tarifparteien unter der sehr verdienstvollen Anleitung von Georg Leber versucht, nämlich, daß die Tarifpartner zwar den Rahmen festlegen, aber im Betrieb auf die besonderen Gegebenheiten Rücksicht genommen werden kann. Flexibilität braucht eine neue zeitliche Dimension: wir müssen raus aus dem engen Korsett Wochenarbeitszeit und brauchen längere Bemessungsspielräume. Zugleich aber verlangt Flexibilität eine neue räumliche Dimension: die Betriebe müssen die Vereinbarungen auf ihre Verhältnisse hin auslegen und anwenden können." (in der ZEIT vom 6.7.84)

Die Sieger im Tarifkonflikt: Georg Leber (Mitte), flankiert von Ernst Eisenmann (links)

so naß Streik"

(ein Unternehmer nach dem Abschluß)

Blüm spricht damit in seiner salbungsvollen Art das Kunststück aus, das den Gewerkschaften gelungen ist: sie haben in einer Kampagne, die völlig vernarrt nur die "tarifliche Wochenarbeitszeit" thematisierte, einen Abschluß erzielt, der nicht nur zum ersten Mal den Normalarbeitstag abschafft, sondern auch die Wochenarbeitszeit nur noch im Mittel über zwei Monate hinweg festlegt. Sie sind außerdem unter einem Schleier von Propaganda gegen das "Flexi-Konzept" der Unternehmer genau diesen Flexibilisierungsstrategien entgegengekommen.

und Hans-Peter Stihl

Im wesentlichen schafft der Abschluß die Voraussetzungen, die Lohnstückkosten weiter zu senken; die Profitrate zu erhöhen; die Unternehmer können pro Arbeitsstunde mehr aus den Malochern rausholen:

a) zunächst mal der ganz simple Effekt, daß die Stundenleistung hochgedrückt werden kann, wenn die Stundenzahl pro Tag sinkt. Wie schon Lothar Späth in einer Wahlsendung im März sagte: Schauen Sie doch einmal die neuen Werke, das BASF-Werk in Ettlangen usw. die Arbeit ist dort so weit automatisiert, daß die dort Beschäftigten einfach keine 40 Stunden pro Woche mehr arbeiten können; hier wird die 36-Stunden-Woche, die 30-Stunden-Woche oder wenn Sie unbedingt wollen auch die 35-Stunden-Woche aktuell. (So hat ja auch Bosch als erster deutscher Unternehmer zu Beginn des Jahrhunderts den 8-Stunden-Tag eingeführt, weil er die Arbeiter dann intensiver ausbeuten konnte).

b) zum zweiten war mit der ansteigenden Massen-Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren eine abnorm hohe Überstundenzahl verbunden (die bekannte Rechnung, nach der bei Wegfall sämtlicher Überstunden die zwei Millionen offiziellen Arbeitslosen verschwinden). Das hatte aber für die Unternehmer neben vielen Vorteilen den einen großen Nachteil, daß nach der achten Arbeitsstunde am Tag unweigerlich die hohen Überstundenzuschläge zu bezahlen waren (die "hohen Durchschnittslöhne" in manchen Branchen waren oft mit Überstunden verdient). Diese Zuschläge fallen nun, ausreichendes Planungsvermögen des Kapitalisten vorausgesetzt, weg - denn

c) die Abschlüsse sind auch in weiterer Schritt in die Richtung, nur noch die tatsächlich geleistete Arbeit zu bezahlen. Früher war es ja einmal so, daß dich der Kapitalist für 8 Stunden am Tag und 5 Tage in der Woche einstellte und daß er dabei ständig einen gewissen "Personalüberhang" hatte, weil ja auch mal Leute krank waren, Urlaub hatten oder sonstwie fehlten - oder auch weil die Auftragslage schwankte, durch ausgefallene Maschinen entstandener Rückstand aufgeholt werden mußte usw. Dies wurde in den letzten Jahren massiv abgebaut: die Unternehmer"fuhren ihre Belegschaften an der untersten Linie", Urlaub, Krankenscheine, Produktionsspitzen usw. wurden durch Sklavenhändler oder Zeitverträge aufgefüllt. Trotzdem gab es natürlich noch immer genügend Fälle: daß mal nicht genügend zu schaffen da war, daß die Abteilungen verschieden stark besetzt waren usw. Aber das kann nun in Zukunft geregelt werden: im Betrieb haben nicht mehr alle die gleiche Arbeitszeit, sondern die kann von Abteilung zu Abteilung variieren und muß nur im Durchschnitt des Betriebes 38,5 Stunden erreichen.

d) die Abschlüsse sind auch ein weiterer Schritt in Richtung Maschinendurchlauf. Sie machen zum ersten Mal einen expliziten Unterschied zwischen betrieblicher und persönlicher Arbeitszeit. In einigen Fällen werden sie die Gelegenheit zu neuen Schichtplänen sein; bei Betrieben wie Nacanco oder Reifenwerke Fulda, die schon vorher betriebliche Arbeitszeitverkürzung vereinbart hatten, konnte man das ja auch sehen: der Preis für die Arbeitszeitverkürzung war die 4. Schicht, was für die Kapitalisten Maschinendurchlauf an 144 Stunden in der Woche und für die Arbeiter Dreier-Schicht und Sechs-Tage-Woche brachte. Dies ist besonders für Unternehmen mit sehr hohen Kapitalinvestitionen (hoher organischer Zusammensetzung) wichtig, wie eben die Dosenfabrik Nacanco oder das Reifenwerk Fulda. Textilbetriebe in Italien mit einer ähnlichen Kapitalzusammensetzung haben neulich sogar Abschlüsse mit 30-Stunden-Woche und 7-Tage-Woche vereinbart. Nach dem neuen Tarifvertrag braucht der Unternehmer nur noch im Vormonat mitzuteilen, wieviel man zu arbeiten hat, und er muß darauf achten, daß im Durchschnitt von zwei Monaten die für den Einzelnen oder eine Abteilung festgelegte Arbeitszeit (zwischen 37 und 40 Stunden) erreicht wird .. Dann kann er durchaus festlegen, daß die eine Abteilung mal 50 Stunden in der Woche arbeiten muß, die andere nur 30, daß man montags vielleicht 10, dienstags 12, mittwochs 4 usw. Stunden arbeiten muß - und das alles ohne Überstundenzuschläge. Das Recht, zusätzlich noch Überstunden zu fordern, besteht weiterhin (die werden dann aber nur noch wöchentlich und auf zwei Monate berechnet !!) und zwar in weit höherem Maß als Blüm das in seiner neuen Arbeitszeitordnung vorgesehen hatte!

Nachdem das Kapital in den letzten Jahren die Klasse in Millionen Prekäre und Kernbelegschaften aufgespalten hat, werden nun auch die Kernbelegschaften ein Stück weit "prekarisiert" und zudem stärker als bisher untereinander aufgespalten:

1.) sie haben keinen Anspruch mehr auf Lohn für 40 Stunden pro Woche, in einer Art "geregelter KAPOVAZ" hat der Unternehmer sehr viel mehr Verfügungsgewalt über die Zeiteinteilung der Proletarier und er kann sie in der bezahlten Arbeitszeit intensiver ausbeuten, schließlich fallen viele Überstundenzuschläge weg, so daß der Durchschnittslohn auch in Anbetracht der miesen Lohnabschlüsse einiges absinken dürfte;

2.) in boomenden Branchen und für die Arbeiter mit gefragten Qualifikationen, die bisher schon die ganze Zeit wesentlich über 40 Stunden in der Woche gearbeitet haben, sieht die Rechnung anders aus: sie werden weiterhin ihre 50 und mehr Stunden runterreißen und haben dann einen Lohnzuwachs von nominal 5,9 % - immerhin der höchste seit Jahren. Die schon bisher speziell in der baden-württembergischen Metallindustrie sehr starken Lohnunterschiede werden also weiter wachsen.

Das Ganze reiht sich nahtlos ein in kapitalistische und staatliche Strategien - Stichworte: Festschreibung der gesetzlichen Wochenarbeitszeit von 48 Stunden, das Ermöglichen der 84-Stunden-Woche, Abbau der Arbeitsschutzbestimmungen, weitere Prekarisierung durch Schleifung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes....

DIESEN ABSCHLUSS HAT DIE GEWERKSCHAFTS-SPITZE VON ANFANG AN ANGEPEILT

Wie sagte Blüm: "die 38 1/2 - Flexibilisierung ist ein Balanceakt". Das war sie von Anfang an:
Auf dem Gewerkschaftskongreß 1977 hatte eine knappe Mehrheit der delegierten Funktionäre gegen den Widerstand des Vorstands die Forderung nach der 35-Stunden-Woche beschlossen. Zwei Jahre später schrieb die Gewerkschaftsspitze im Manteltarifvertrag für die Metallindustrie die 40-Stunden-Woche noch einmal fest und führte gleichsam probeweise erste Wochenarbeitszeitverkürzungen zusammen mit einem neuen Schichtplan für die Stahl-Schichtarbeiter ein (was zu heftigen Fetzereien mit den Stahlarbeitern führte, die mitten im Winter einen erbitterten Kampf für die 35 Stunden geführt hatten). Erst 1982 beschloß die IG Metall-Spitze auf einer Klausurtagung in Ludwigsburg, "den Kampf für die 35-Stunden-Woche" aufzunehmen".

Die Linie, auf der der Gewerkschaftsapparat für diese Forderung homogenisiert wurde, war von Anfang an und zu keinem Zeitpunkt eine "Arbeiterlinie", also nicht die Forderung nach weniger Arbeit, sondern immer die "arbeitsmarktpolitische Vernunft": die "vorhandene Arbeit" verteilen, ein Arbeitsloser koste die "Volkswirtschaft" mehr als die Aufteilung der Arbeit auf mehr Schultern usw.

Der Beweis dafür, daß niemals an eine effektive Verkürzung der Arbeitszeit gedacht war, liegt bereits darin, daß der Unterschied zwischen tariflicher und effektiver Arbeitszeit nicht thematisiert wurde, daß nichts unternommen wurde gegen die ständige Erhöhung der Arbeitszeit durch die Unternehmer (Terror gegen Krankenscheine, Überstunden), daß keine Arbeiterdiskussion darüber angefangen wurde, daß Überstunden in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit Streikbrecherarbeit sind usw. Ein sehr verräterisches Indiz dafür, daß die Gewerkschaftsspitze nicht an effektive Arbeitszeitverkürzung dachte, ist auch, daß die Forderung nicht konkretisiert wurde, etwa indem man die 4-Tage-Woche oder den 7-Stunden-Tag propagierte (bei der Forderung "7-Stunden-Tag" - rechnerisch das gleiche wie 35-Stunden-Woche - wäre ja als "Kompromiß" nur die bezahlte Pause, also der 7 1/2-Stunden-Tag übrig geblieben, was den Malochern mehr Freizeit, den Unternehmern bestenfalls neue Schichtpläne - durchgehende Dreierschicht - gebracht hätte; die Beliebigkeit in der 35-Stunden-Forderung war die planvoll gelassene Bresche, durch die dann Leber mit seinem "Kompromiß" einmarschieren konnte).

Aber selbst das die ganze Kampagne tragende "Arbeitsmarkt-Argument" ist bloß Propaganda. Gerade wenn man so " volkswirtschaftlich" argumentiert wie die DGB-Gewerkschaften, dann erhöht pure Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich natürlich die Lohnkosten der Unternehmer - warum sollten die dann mehr Arbeitsplätze schaffen? Ein Schuh würde ja nur draus, wenn man den kapitalistischen Standpunkt verläßt, daß sich ein Unternehmen "rentieren" muß; vom Arbeiterstandpunkt aus ist Arbeitsplatzgarantie nur durchzusetzen, wenn man sagt:

eure Rentabilität interessiert uns einen Scheißdreck, uns interessiert unser Einkommen und deshalb wird hier keiner entlassen. Ein Standpunkt übrigens, den so ähnlich andere westeuropäische Gewerkschaften eingenommen haben, die DGB-Gewerkschaften aber nie. Aber nur von einem solchen Standpunkt aus würde sich eine Arbeitszeitverkürzung auf den Arbeitsmarkt auswirken.

Die DGB-Gewerkschaften haben hingegen immer auf die Produktivität des westdeutschen Kapitals, auf seine "Weltmarkt-Konkurrenzfähigkeit" gesetzt. In den 60er Jahren verstanden sie sich durchaus nach eigenem Bekunden als Institution, die über die "Rationalisierungspeitsche" Lohnforderungen die westdeutschen Unternehmer zu immer höherer Produktivität und so Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt trieb. Und nur in dieser Konstellation läßt sich auch der "gesamtgesellschaftliche Interessenausgleich" in der diesjährigen "Tarifauseinandersetzung" verstehen. Durch die Prekarisierungsstrategie des Kapitals sind auch die Stammbelegschaften und ihre Vertretung, die Gewerkschaften, unter Druck geraten; andererseits schreit das westdeutsche Kapital seit einigen Jahren nach Maschinendurchlaufszeiten, Samstagsarbeit, weniger Lohnnebenkosten, mehr Flexibilität usw. Die "Kampagne für die 35 Stunden" war von Anfang an als Verknüpfung von beidem gedacht: die "Verkürzung der Wochenarbeitszeit" sollte den Stammbelegschaften Zucker geben, denen man ja seit Jahren immer wieder Reallohnsenkungen ausgehandelt hatte; das "arbeitsmarktpolitische Argument" bezog propagandistisch die Arbeitslosen ein, für die ja die DGB-Gewerkschaften real überhaupt nichts getan haben und auch nichts tun werden, denen gegenüber Steinkühler aber bereits sehr handfeste Kontroll- und Neutralisierungsinteressen angemeldet hat;

(siehe hierzu seine Äußerungen zur Organisierung der Arbeitslosen - im Artikel der Hamburger auf S.30)

in Wirklichkeit traute man einer Steigerung der "betrieblichen Rentabilität" durch Flexibilisierung die größte "arbeitsmarktpolitische Sogwirkung" zu. Man setzte also von Anfang an auf eine Kombination von Arbeitszeitverkürzung und Flexibilisierung.

Der Trick bestand darin, die Arbeiter für ihre eigene Flexibilisierung kämpfen zu lassen, denn ohne Streik wäre dieser Abschluß nicht gegen die eigene Basis durchzusetzen gewesen, zu offensichtlich ist ja, daß er eine Verschlechterung gegenüber dem Vorhergehenden bringt. (Auch auf Kapitalseite war dieser Abschluß ohne "Kampf" nicht durchzusetzen, denn er kommt ja vor allen Dingen den Großunternehmen zugute, für viele kleine und einige mittlere Unternehmen bringt der neue Tarifvertrag nicht besonders viel - dieses Konzept (Arbeitszeitverkürzung und Flexibilisierung zu koppeln) mußte auch auf Kapitalseite durchgesetzt werden, hier spielte die Gewerkschaft wieder ihre liebste Rolle: als ideeller Gesamtkapitalist).

Und ganz auf dieser Linie lag dann auch die "Streik"taktik: Im wesentlichen hat man Daimler Benz und Opel eingekreist. Und die haben den "Angriff" dringend gebraucht, um ihre Halden abzubauen, bzw. konnten ihn benutzen, um die neuen Produktionslinien für den Kadett zu installieren. Für den Nutzfahrzeugbereich von Daimler war der Streik sogar zu kurz: in Wörth waren bei Streikende die LKW-Halden nur zu dreiviertel abgebaut. Betriebe, die ein Streik empfindlich getroffen hätte, wurden peinlichst ausgespart. (Bei uns im Betrieb sprachen sich 90 % für Streik aus, die Auftragslage ist dermaßen gut und bei Nichteinhaltung der Termine winken so saftige Konventionalstrafen, daß der Unternehmer binnen Tagesfrist ins Rotieren gekommen wäre - Ergebnis: der Betrieb wurde nicht in die Streikkampagne einbezogen).

ARBEITERAUTONOMIE ?

Es war richtig, daß wir uns aus diesem Schmierentheater politisch rausgehalten haben.

Wenn an dem Verlauf dieser "Tarif-Auseinandersetzung" etwas erstaunlich war, dann die tatsächliche Hilflosigkeit der linken Kräfte in bzw. außerhalb der Gewerkschaft. Sie haben alle nur für die Gewerkschaft funktioniert. Die DKP sowieso, deren Mitglieder ja auf Funktionärsebene die einzigen armen Irren waren, die wirklich an die 35 Stunden glaubten und sich dafür einsetzten – die DKP brachte es nachher nicht mal fertig, öffentlich dazu aufzurufen, bei der zweiten Urabstimmung (ob man den "Leber-Kompromiß" annimmt oder den Kampf fortsetzen will) mit "Nein" zu stimmen ! so sehr befinden sich die im Arsch der DGB-Gewerkschaften. Die GIM bewegte sich genauso zwischen den Fronten: mit dem Spruch von den "35 Stunden als Einstieg" (weit entfernt von jeder realen Situation) krittelte man ein bißchen an der Streiktaktik rum. Die autonomen Erwerbslosen-Inis haben sich zum Glück bis auf wenige Ausnahmen rausgehalten : hier hatte man zunächst geplant, vor die Tore zu ziehen und – praktisch sich selbst als abschreckendes Beispiel demonstrierend – den "Kampf" zu unterstützen.

Lernprozesse sind bisher keine auszumachen. Die DKPisten hatten reflexartig drauf: "jetzt ist das allerwichtigste, daß wir massenhafte Gewerkschaftsaustritte verhindern!". Bis hin zum BWK haben alle diesen Quatsch daruf, daß diese Tarifkampagne "gescheitert" sei. Die kapieren nicht, daß der IGM und ihren Schwestergewerkschaften ein schwieriger Drahtseilakt so gut wie nur möglich gelungen ist.

In dieser verfahrenen Situation – für die Klasse verfahren – war es nicht möglich, politisch einzugreifen. Es ist ja eine Tatsache, daß "fortschrittliche Betriebsräte" "ihre Belegschaften" erstmal für die 35 Stunden agitieren mußten. Und dabei hatten sie nicht vor allen Dingen mit so Argumenten zu kämpfen wie "das ist uns zu wenig, wir brauchen mehr Lohn" u.ä., sondern mit dem Hauptargument: "35 Stunden und gleicher Lohn – wer soll das bezahlen ?" Das heißt, auf der Ebene von möglichen kollektiven Forderungen haben sehr viele Malocher erstmal die Opferideologie in den Knochen und den Köpfen (siehe ja auch CDU-Wahlsieg). Das hat nichts mit dem Schwachsinn zu tun, die Arbeiter wären zufrieden oder ähnliches, das heißt nur, sie können sich momentan nicht vorstellen, wie sie sich kollektiv gegen das Kapital durchsetzen und wieder in die Offensive kommen können. Deshalb überlegt sich ne Mehrheit erst mal, wie sie den Arbeitsplatz behalten kann, igelt sich gegen alles ein, was den jetzigen Status Quo bedrohen könnte.

In den Betrieben, wo "fortschrittliche Betriebsräte" sich wirklich eingesetzt haben für die 35 Stunden, waren große Teile der Belegschaften so weit "mobilisiert", daß sie mehrere Warnstreiks runtergerissen haben und sich bei der Urabstimmung mit Zahlen um die 90% für Streik ausgesprochen haben. Und hier lag dann auch die Zustimmung zum Abschluß meist nur knapp über den erforderlichen 25%! Das heißt, in einer Phase, wo die Arbeitshetze dermaßen gesteigert ist, die Löhne seit Jahren stagnieren oder sinken, wo der einzelne Arbeiter massiv unzufrieden ist – aber keine Möglichkeit sieht, diese Unzufriedenheit gemeinsam mit den anderen kollektiv und autonom in Kämpfe umzusetzen – , kann es passieren, daß die Malocher sich sogar an eine solche Kampagne klammern, obwohl sie in keinem Stadium die ihre war – und daß es für die Gewerkschaft schwierig werden kann, wieder aufzuhören.

ERWERBSLOSEN & JOBBERINITIATIVE

BALDUINSTR. 22 HAMBURG-ST. PAULI

Mehr Geld - weniger Arbeit !

Zum Bulleneinsatz gegen den `sozialrevolutionären bzw. Internationalismusblock´ am 1. Mai in Hamburg während und in der 1.Mai-Demonstration und zur Rolle der DGB-Führung und ihrer Ordner dabei

Wir - der Jobber- und Erwerbslosenladen in der Balduinstraße - haben zusammen mit einigen anderen linken Gruppen und einigen türkischen linken Organisationen über Plakate, Flugblätter, Aufkleber und Mundpropaganda dazu aufgerufen, einen eigenen Block in der 1.Mai-Demonstration 84 zu machen. Um uns zu sammeln, haben wir uns nicht direkt am U-Bahnhof Barmbeck - dem Treffpunkt der DGB-Einzelgewerkschaften - , sondern in der Nähe am U-Bahnhof Saarlandstraße getroffen. Für unsere Koordination und Redebeiträge hatten wir einen eigenen Lautsprecherwagen gemietet. Wir hatten vor, uns hinter den großen Gewerkschaften irgendwo zwischen den kleineren Einzelgewerkschaftsblöcken - auf jeden Fall aber vor den nichtgewerkschaftlichen Gruppen in den Demonstrationszug einzureihen. Das wollten wir gleich an der ersten großen Kreuzung der Demoroute Wiesendamm/Saarlandstraße machen.

WARUM WIR AUF DEM 1.MAI IM EIGNEN BLOCK DEMONSTRIERTEN

Für uns gab es zwei Schwerpunkte, die auch auf unseren Plakaten deutlich werden:

1. Die Thematisierung der Vereinzelung vieler Menschen unter den jetzigen Bedingungen des Kapitalismus,
2. Die Durchsetzung eines garantierten Einkommens für Erwerbslose und Jobber.

Zu 1.: In unserer Arbeit im Erwerbslosen- und Jobberladen erleben wir täglich, wie die Menschen isoliert voneinander fertig gemacht werden. Ob im Betrieb, auf den Ämtern oder im Stadtteil:

- Jeder zieht sich seine Probleme als individuelles Schicksal rein und versucht, sich allein durchzuschlagen, oft auf Kosten von anderen. Auch Linke sind nicht frei davon.
- Jeder leistet auf die eine oder andere Art Verzicht; sei es, daß auf Geld vom Sozialamt verzichtet wird, weil man das als entwürdigend empfindet; sei es, daß Kürzungen hingenommen werden, weil es zu "lästig" ist, wenn man sich "wegen jeder Kleinigkeit" gemeinsam wehrt; sei es, daß man Angst davor hat, daß einem das wenige, das man gerade bekommt, auch noch gekürzt oder weggenommen wird, wenn man alles einem formalrechtlich zustehende fordert; sei es, daß man auf tarifliche Rechte verzeichtet, weil Jobber oder Jobberin sonst aus der Leiharbeitsfirma rausgeschmissen werden oder daß die illegal beschäftigen Ausländer/innen Angst vor Abschiebung und Ausweisung haben. Auch Linke verhalten sich hier oft nicht anders!

Wir wollten gegen dieses Bewußtsein antreten und auf der 1.Mai-Demonstration einen Punkt schaffen, an dem Solidarität und Kollektivität in Ansätzen sichtbar und spürbar werden.

Zu 2. Auf der politischen Ebene wollten wir das Bedürfnis der Erwerbslosen und Jobber ausdrücken nach existenzieller Absicherung, d.h. nach Garantien für Jobber in der Arbeit (z.B. garantierte Löhne, Krankenversicherung usw.) und ein Einkommen für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber, das uns nicht als Lohn- und Streikbrecher funktionalisierbar macht und von dem wir leben können. Konkret richtet sich die Forderung nach garantiertem Einkommen gegen die Zumutbarkeitsregeln des Arbeitsamtes, gegen die Sp tung in Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, gegen die Bemessung der Ämterkohle nach vorherigem Einkommen, gegen die Bindung an das Einkommen von Verwandten bei der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ("Subsidiaritätsprinzip"), gegen die Kürzungen der Arbeitsloseneinkommen und das Kontrollieren unserer Lebensbedürfnisse durch das Sozial- und Wohnungsamt.

Im Bereich der festbeschäftigten Arbeiter entspricht diese Forderung der Auszahlung eines garantierten Lohns, der ihre Existenz absichert.
Darüber hinaus fordern wir ein garantiertes Einkommen für alle Menschen, die dem Arbeitsamt zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft nicht zur Verfügung stehen (Rentner, Hasufrauen, Kranke, ...). Wir sind aber der Meinung, daß nicht wir das für sie durchsetzen können, sondern daß sie sich auch selbst zusammenschließen müssen und dies für sich fordern müssen. Wir wissen, daß diese Forderung nach `Existenzgeld´ oder `garantiertem Mindesteinkommen´ keine "revolutionäre" Forderung ist. Sie richtet sich gegen die Kapitalisten und gegen den Staat. Wir sehen sie als eine "Übergangsforderung" an, die unsere Bedürfnisse in der jetzigen Phase zusammenfaßt und die Möglichkeit schafft, Gegenmacht zu entwickeln (d.h. Kampfformen entwikkeln und viele Menschen zusammenschließen). An dem Punkt einer breiten Gegenmacht wird diese Forderung sicherlich überflüssig werden und durch weitergehende Forderungen ersetzt werden (Abschaffung des Lohnsystems und des Geldes z.B.; Verteilung notwendiger Arbeit auf alle). Für uns hat diese Forderung allerdings auch strategischen Wert: Die Kapitalisten entziehen der Arbeiterklasse zur Zeit Riesensummen

(Reallohnverlust, Kürzungen), um ihre ihre Profite zu steigern und neue Technologien einführen zu können. Wir gehen gegen diese `Krisenabwälzung´ auf die Straße und versuchen sie zu blockieren, um damit wieder die Krise zur Krise des Kapitals zu machen, dessen Krise also zu verschärfen. Das ist ein Prinzip des Klassenkampfs.

Zum Abschluß vielleicht noch eins: Wir haben zusammen mit türkischen Organisationen in einem internationalen Block demonstriert. Dies ist für uns ein wichtiger Aspekt; nämlich die Idee der internationalen Organisierung des Klassenkampfs wieder in die Herzen der Menschen zu tragen gegen die Politik der nationalen Klassenkollaboration (Sozialipartnerschaft").

1. MAI - NACHLESE

WAS LIEF JETZT AM 1.MAI PRAKTISCH AB ?

Unser Block war ca. 6-800 Menschen groß. Noch bevor der Hauptdemonstrationszug von Barmbeck loszog, sperrte plötzlich eine Polizeikette - ca. 40-50 Bullen in Leder, allerdings ohne Helme und Schilder - die Saarlandstraße über die ganze Breite ab. Die Bullen ließen niemanden mehr in Richtung Wiesendamm durch. Auf vierschiedene Nachfragen und empörte Anmache erklärten einzelne Bullen u.a. `Hier ist gesperrt, bis der Demonstrationszug vorbei ist´, `Ihr könnte Euch hinten anschließen´, Ihr sei sowieso keine angemeldete Demonstration, und wenn wir wollen, lösen wir Euch gleich auf´(Einsatzleiter). Wir waren gerade erst am 1. September 1983 auf der Antikriegsdemonstration zweimal von den Bullen offensiv angegriffen worden; und das zumindest unter Billigung der DGB-Demonstrationsleitung, wenn nicht sogar auf Veranlassung hin ´

Wir hatten jetzt wieder den Eindruck, wir sollen auf Befehl der DGB-Führung von der Bullerei isoliert eingemacht werden. Das wollten wir nicht tatenlos abwarten. Wir versuchten, die Bullenkette beiseitezudrängen, um gemeinsam und mit dem Lautsprecherwagen in den Zug zu kommen. Der zog mittlerweile hinter der Bullenkette an uns vorbei. Wir konnten nicht sehen, welcher Gewerkschaftsblock gerade hinter der Bullenkette war. Unser Ziel war erstmal, die Bullenkette wegzukriegen. Das gelang schließlich auch. Aber durch diese Aktion war der Demozug ziemlich durcheinandergeraten, und wir wurden plötzlich auch noch von DGB-Ordnern angegriffen und beschimpft. Es war - wie im letzten Jahr - schon wieder der HBV-Block, in den wir hineingeraten waren. Die Bullen nervten uns immer noch und drängten zum Lautsprecherwagen. Wir versuchten, den DGB-Ordnern klarzumachen, daß wir nicht den HBV-Block sprengen wollten, sondern nur erstmal von den Bullen weg und zwischen zwei Gewerkschaftsblöcken rein. Das erklärten wir auch den HBV-Kollegen, soweit wir das in dem Durcheinander schafften. Schließlich war das Einreihen auch gelungen.

KAPUTTE FENSTERSCHEIBEN UND KNALLKÖRPER

Aus dem Block heraus wurden während der Demo einige Scheiben von Banken eingeworfen bzw. mit Lack bemalt. Es flogen einzelne Knallkörper, u.a. auch in Richtung Bullen und Bullenfahrzeuge.

Jetzt zum Bullenangriff am Ende der Demo vor dem Abschlußkundgebungsplatz:
Wir hatten schon an verschiedenen Stellen damit gerechnet, daß DGB-Demoleitung und Bullen uns gezielt aus dem Zug raushauen würden. Das passierte dann, als wir - wie alle anderen - mit unserem Lautsprecherwagen auf den Platz raufwollten: Am Museum für Kunst und Gewerbe griff eine mit Helm und Schildern ausgerüstete Bulleneinheit in Richtung auf den Lautsprecherwagen an. Wir hielten dagegen, drängten die Bullen vom Wagen weg. Daraufhin versperrten die Bullen uns den weiteren Weg, einige DGB-Ordner rieben sich lachend die Hände mit entsprechenden Kommentaren wie `Die sind wir los´.
Hinter unserem Block hatten DGB-Ordner (und Bullerei?) den anschließenden Demozug über einen anderen Eingang auf den Platz gelenkt - wir waren von der DGB-Ordnertruppe und den Bullen regelrecht militärtaktisch isoliert und ausgetrickst worden. Wir machten deutlich, daß wir weiterhin auf den Versammlungsplatz raufwollten. Daraufhin erklärte die Bullerei über Megaphon, daß wir ohne den Lautsprecherwagen hochdürften. Trotz Bedenken, daß dies eine Finte sein könnte, stellten wir doch den Wagen mit Beobachtungsposten ab und wurden daraufhin auf den Platz gelassen.

DGB-FÜHRUNG GEGEN EINE AUTONOME, KLASSENBEWUSSTE ORGANISIERUNG DER ERWERBSLOSEN UND JOBBER

Uns überrascht dieses Vorgehen der Gewerkschaftsführung gegen autonome Erwerbslose und Jobber nicht. Die Richtung der offiziellen Gewerkschaftspolitik gegen einen gemeinsamen Kampf mit uns gegen die Kapitalistenklasse wird deutlich in einer längeren Stellungnahme (FR, 16.3.84 oder TAZ, 17.3.84) von Franz Steinkühler. Steinkühler ist der 2. Vorsitzende der größten DGB-Einzelgewerkschaft IG-Metall und gilt als einer der Kandidaten für den nächsten DGB-Vorsitzenden.
Grundsätzlich verteidigt Steinkühler den Kapitalismus in der Form dieses Rechts- und Sozialstaates BRD.
"Verkürzt dargestellt heißt das für uns, der Kampf um die 35-Stunden-Woche, der Kampf gegen die weiter zunehmende Arbeitslosigkeit ist alles andere als ein partikulärer Kampf, sondern für uns ein Kampf von höchster gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, weil er letztenendes geführt wird um den Bestand des wird um den Bestand des Sozialstaats in seiner heutigen Ausprägung, die uns nicht gefällt und die wir verändern wollen; weil er letztenendes geführt wird um den Bestand des heutigen Rechtsstaats in seiner heutigen Ausprägung, die uns nicht gefällt und die wir weiter verändern wollen." Er hält damit u.E an einem Staat fest, der all das an Unterdrückung und Lebenszerstörung hervorbringt, gegen das wir permanent kämpfen.
Den Mitgliederschwund der Gewerkschaften sieht er nur begründet in dem Verlust von Arbeitsplätzen.
"Das heißt also, der Verlust an Mitgliedern ist zurückzuführen auf den

überproportionalen Verlust an Arbeitsplätzen."Entweder hat er es bewußt unterschlagen oder es nicht begriffen, daß zur Zeit eine entscheidende Veränderung der gesamten Arbeitsmarktsituation stattfindet: die massenhafte Zunahme der immer beschisseneren Leih- und Zeitarbeitsjobs ("Sklavenhändler"). Immer mehr Menschen, die mal garantierte Arbeitsplätze hatten oder auch noch nie solche hatten, werden heute wegen ihrer wirtschaftlichen Situation in diese Sklavenjobs (Reinigungsarbeiten, 390 DM-Jobs...) reingepreßt und durchlaufen den Kreislauf Job-Arbeits-/Sozialamt- garnix und wieder von vorn. Und all diese Leute werden von den Gewerkschaften der garantiert Beschäftigten nicht vertreten und gehen deshalb auch raus.

Ausdrücklich hebt er hervor, daß er mit uns nicht zusammenkämpfen will: "Ich kann nur sagen, all das, was wir tun wollen und können, auch für die Arbeitslosen, können wir politisch eben nur durchsetzen mit denen, die Arbeit haben. Vor '33 hat vor allem die RGO (Rev. Gewerkschaftsopposition, von der KPD getragen) den vergeblichen Versuch gemacht, mit Arbeitslosen zu streiken und ist böse auf die Fresse gefallen. Ich hoffe, die Gewerkschaften kommen nicht auf die Idee, mit Arbeitslosen gegen die Arbeitsgeber kämpfen zu wollen. Das kann man eben nur mit denen, die Arbeit haben."

Da er offenbar gar keine eigenständige Organisierung der Nichtgarantierten will, leugnet er eine eigenständige Kampfkraft bei uns und will uns in der 'Arbeiterwohlfahrt' aufheben. "Der Diskussionsstand in den Gewerkschaften ist heute noch, Arbeitsloseninitiativen selbst zu gründen. Ich würde darüber hinausgehen und sagen, daß die Strukturen der Gewerkschaften nicht geeignet sind, adäquate Aktionsplattformen für Arbeitsloseninitiativen zu bilden. Da gibt es dazu geeignetete Organisationen. Ich würde nicht die Kirchen dafür vorschlagen, sondern die Arbeiterwohlfahrt, um ein Beispiel zu nennen."

Statt aber dieser von uns aus auch gesehenen Gefahr - dem Abkippen in das nationalistische, faschistische und ausländerfeindliche rechte Lager - durch Aufforderung zu eigenständiger Organisierung zu unterstützen, ist sein einziges Interesse, die Arbeitslosen politisch zu kontrollieren und in den Griff zu kriegen:

Franz Steinkühler, 46, machte nach einer Lehre als Werkzeugmacher, nach Facharbeiterprüfung, Fachschulreife, Berufsschule und Arbeit als Werkzeugmacher eine REFA-Ausbildung, eine Meisterausbildung mit Meisterprüfung, und arbeitete dann als REFA-Mann und als Leiter der Arbeitsvorbereitung. Von Beginn der Ausbildung an war er Mitglied der IG Me-tall. Wurde 1952 [illegible]

"Aber ich sage deutlich: Um die Arbeitsloseninitiativen - ein böses Funktionärswort, das ich jetzt sage - politisch in den Griff kriegen zu können, und um zu verhindern, daß sie gegen die Interessenvertretungspolitik der Arbeitsplatzinhaber eingesetzt werden können."

Die Tatsache, daß er selbst gar keinen Klassenkampf gegen das Kapital mehr führen will, erscheint als Hintergrund seiner Meinung, die Arbeitsloseninitiativen würden vom Kapital gegen die Gewerkschaften benutzt. "Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern insgesamt bemühen wir uns seit vier Jahren, Arbeitsloseninitiativen zu gründen. Ich bin bereit, hie hier einzugestehen: aus anderen Motiven, als allgemein erwartet wird, nicht aus humanitären Gründen, sondern aus politischen Gründen. Und zwar deshalb, weil ich die Gefahr sehe, daß der Zeitpunkt nicht mehr weit weg ist, wo diese Arbeitsloseninitiativen bundesweit instrumentalisiert werden gegen die Gewerkschaften."

Kein Wunder also, daß auch in Hamburg die DGB-Führung versucht hat, uns aus der 1.Mai-Demo als beginnendem eigenständigen antikapitalistischen Selbstorganisationsansatz rauszuschmeißen. Wir hoffen, daß unsere Haltung zur gewerkschaftlichen Organisierung und zur Gewerkschaftsführung auch und gerade den in den Gewerkschaften Organisierten hierdurch etwas verständlich geworden ist: Mit solch einer Gewerkschaftsführung - und eine andere hat es spätestens seit dem Aufbau des DGB seit 1945 nicht mehr gegeben - haben wir nichts zu tun; und wir werden uns ihr weder bei Demonstrationen unterordnen, noch uns unter ihrer Führung organisieren. Und wir fordern die Gewerkschaftsmitglieder auf, sich zu überlegen, ob sie mit der Gewerkschaftsführung zusammen glauben, sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen und gegen die Lohndrückerei wehren zu können, wenn diese Führung mit Senat und Bullerei und Kapitalisten gemeinsame Sache macht - und das nicht erst seit heute. Wir werden natürlich unsere autonome Organisierung vorantreiben und uns nicht an vorgeschriebene oder erpreßte Kampfformen - von wem auch immer - halten. Und wir werden uns natürlich am nächsten 1.Mai wieder mit einem eigenen Block an der Demonstration beteiligen - lieber,ohne daß sich uns Bullen oder Ordner in den Weg stellen; und wenn sie's tun, dann sind's vielleicht nicht wieder die HBV-Kollegen, sondern mal'n paar andere, die mitkriegen, wie hier die Bullerei und DGB-Ordner zulangen; sie können sich dann ein eigenes Bild über Freund und Feind machen, das anders ist, als das, was üblicherweise in den Medien und innerhalb der Gewerkschaftsorgane über uns verbreitet wird.

Jobber-und Erwerbslosenladen
Balduinstraße, Hamburg, 15.5.84

AUTONOME ZWISCHEN PERSPEKTIV-LOSIGKEIT UND REVOLUTIONÄRER POLITIK

Seit mehr als einem Jahr zeichnet sich in Diskussionen unter Teilen der noch verbliebenen Autonomen die Einschätzung ab, daß die bisherige Politik, die einzig über die Gemeinsamkeit der "militanten Antistaatlichkeit" definiert war, in der Sackgasse ihrer Bezugslosigkeit versumpft ist. Neben dem Gejammer über allgemeine Perspektivlosigkeit werden jetzt ansatzweise Diskussionen geführt, die nach den Inhalten und der Basis autonomer Politik fragen.

Was dabei herauskommt - Festschreibung von Mythen über "die autonome Bewegung" oder Neubestimmung revolutionärer Politik seitens einzelner Autonomer - wird sich noch zeigen müssen. Für uns besteht die Notwendigkeit, die Linie revolutionärer Politik an der Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen neu zu bestimmen, und von da aus die Frage nach der Substanz autonomer Politik, an der wir heute anknüpfen könnten, aufzuwerfen. Das Folgende ist ein Versuch, einen Beitrag dazu zu leisten.

1.

Einer der Ursprünge der Autonomen, zumindest in Norddeutschland, war die Anti-AKW-Bewegung. Unsere Stärke dort hat unter anderem darin gelegen, daß wir Teil dieser Bewegung waren und nicht von außen in sie interveniert haben. Wir haben aber nicht versucht, unsere - autonomen - politischen Vorstellungen zu artikulieren. Im Nachhinein betrachtet stellt es sich auch als schwierig dar, weil viele von uns in dieser Bewegung nur eine Entwicklung vom militanten Reformismus zu einer diffusen Antistaatlichkeit gemacht haben. Unser Zusammenhalt als Autonome hat vor allem darin gelegen, daß wir unsere eigenen Widerstandsformen entwickelt und versucht haben, ihre Berechtigung und Notwendigkeit auch anderen zu vermitteln.

Diese Vermittlung mußte scheitern. Was unser Politikverständnis ausgemacht hat, war das Wissen um die Notwendigkeit einzelner Projekte (AKW, Sanierungspolitik, Startbahn West, Nato....) für das kapitalistische System und, daß sie nur in diesem Zusammenhang anzugreifen sind. Nur daraus entstand das Bewußtsein der Notwendigkeit und Berechtigung von Militanz. Wie bitte soll das nun aber den Teilen der Bewegung vermittelt werden, die aus ihrer objektiven Klassenlage heraus einzig ein Interesse an partiellen Reformen und Absicherung ihres angenehmen Lebens innerhalb dieses Systems haben ? Wir können natürlich an einigen Punkten mit reformistischen Kräften zusammenarbeiten, aber nur dann, wenn unsere eigene Position klar ist. Und wir konnten zum Beispiel nicht damit umgehen, als diese neuen Mittelschichten anfingen, eine Partei zu gründen, angeblich, um berechtigten Forderungen von uns in den Parlamenten Nachdruck zu verleihen. Unsere Kritik zielte nicht darauf ab, daß sie ihre eigenen Interessen innerhalb der Parlamente absichern wollten, sondern wir versuchten ihnen zu erklären, daß der Weg über die Parlamente der falsche wäre (unseres Wissens haben nur die Hamburger bei Gründung der Bunten Liste eine umfassende Kritik zustande gebracht).

Wir waren gar nicht in der Lage, die objektive Grundlage dieses Reformismus zu erkennen, sondern führten ihn auf mangelndes Bewußtsein zurück (ja fällt denn das richtige Bewußtsein vom Himmel ?), da wir selbst keinen bewußten Klassenstandpunkt bezogen haben.

Daran knüpfen sich für uns die Fragen, warum wir diesen Standpunkt nicht bezogen haben und ob wir dazu überhaupt von unserer eigenen Situation in der Lage gewesen wären.

2.

Enttäuscht und erschüttert ob der erschütternden Tatsache, daß sich aus der Anti-AKW-Bewegung keine Anti-Staats-Bewegung machen ließ, zogen wir uns nach und nach daraus zurück. Statt dieses Scheitern zum Anlaß zu nehmen, die Gründe dafür ausfindig zu machen und autonomer Politik eine inhaltliche Zielrichtung zu geben, suhlten wir uns in Erinnerungen an große Schlachten und Siege und das gute "Zusammengehörigkeitsgefühl" und stürzten uns gemeinsam in die politische Bezugslosigkeit eines militant-antistaatlichen Spontaneismus. Dieser Spontaneismus hatte zwei "Grundlagen", von denen aus wir uns im Gefecht wieder als Autonome zusammenrauften: einmal die von uns erkannte "Notwendigkeit", an allen Ecken und Enden gegen den Staat und seine Projekte zu kämpfen, zum anderen den Mythos der "autonomen Bewegung", mit dessen Hilfe sich die Bestimmung revolutionärer Politik umgehen ließ.
Da reisten denn die Autonomen quer durch die BRD und Westberlin und trafen sich als autonome Bewegung in Bremen 80, zur Haig- und Reagan-Demo, bei den Herbstmanövern, Schacht Konrad, in Fallingbostel, an der Startbahn West und vor den Knästen, wenn wieder eine/r eingefahren war. Die Autonomen boten immer ein imposantes, entschlossenes und geschlossenes Bild – nur wenn es im heimischen Zirkel zur Feststellung kam, daß das nicht reicht und wir unsere Inhalte verbreitern müßten, herrschte meist eine Stunde lang Schweigeminute.

Die vor sich hinschwelende Krise der Autonomen trat an dem Punkt offen zu Tage, an dem sich die aktionistische Teilhabe der Autonomen an der Revolte totlief: der Mythos reproduzierte nur noch sich selbst. Die Autonomen wurden auch von außen nur noch über ihre Militanz definiert und zunehmend isoliert (Krefeld), was zur Folge hatte, daß die Fortführung der militaristischen Praxis in der Revolte nicht mehr möglich war. Dennoch wurden keine Ansätze ausgemacht, die ein Ausbrechen aus dem selbst geschaffenen Ghetto ermöglicht hätten.
Auf dem Autonomentreffen in Lutter `83 (X) wurde dieses Problem von den meisten daran festgemacht, daß die altbewährte Form der militanten Demo überholt ist, da sich einmal nur sehr schwer Inhalte in die jeweilige Scene vermitteln lassen und politische wie materielle Erfolge in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zur Repression stehen. Die Möglichkeiten zur Überwindung der Krise sahen die einen darin, die Militanz dem staatlichen Zugriff zu entziehen und über die Erfolge politisches Bewußtsein zu schaffen. Die anderen setzten darauf, sich "in die Bewegung" auszuweiten, wobei das Ergebnis die bekannten verzweifelten Versuche der Intervention in die Friedensbewegung waren.
In sämtlichen Überlegungen, die wir damals angestellt haben, ging es letztlich – trotz formulierter Ansprüche – kaum um eine tatsächliche Neubestimmung bzw. überhaupt Bestimmung von autonomer Politik, sondern lediglich um eine quantitative Verbesserung. Diese Entwicklung von den Anfängen in der AKW-Bewegung bis heute läßt sich unseres Wissens auch von jedem anderen Ausgangspunkt autonomer Gruppen nachvollziehen. So scheint die Geschichte der Autonomen in der Häuserbewegung in Westberlin genauso, nur wie unter einem Brennspiegel konzentriert, aber mit dem selben Ergebnis verlaufen zu sein. Diese seit Lutter 83 offenkundige Situation ist ungelöst geblieben und führte zu eindeutigen Zerfallsprozessen der "autonomen Bewegung", wie an Lutter 84 und an den Diskussionen um die Auflösung der "Radikal" deutlich wurde.
Festzuhalten bleibt, daß diese Zerfallsprozesse die fehlende Substanz einer Bewegung offenlegen, die ihre Politik nur an der Oberfläche gesellschaftlicher Widersprüche und daraus entstehender Bewegungen festmachte.

3.

Für viele autonome Genossen wir die Revolte 80-82 im Nachhinein zu dem entscheidenden Neuanfang, den es aufzunehmen gilt. Wir werden aber nicht daran vorbeikommen zu erkennen, daß eine bestimmte Phase der Revolte abgeschlossen ist und dies die letzte Zuckung einer Bewegung der 70er Jahre war. Sie bildet den Bruch, an dem deutlich wird, daß der Aufstand gegen die sozialdemokratisch durchgesetzte Entwicklungs- und Befriedungsstrategie auf nationaler wie internationaler

(X) 1983 trafen sich in Lutter eine Woche lang ca. 200 bis 300 Leute, die sich nach eigenem Verständnis als autonom begriffen. Das Treffen war unter dem Anspruch angeleiert worden, Geschichte aufzuarbeiten und gegenwärtige, bzw. zukünftige Politik "der Autonomen" neu zu bestimmen. Bezugspunkt wurde es vor allem wegen der Quantität der anwesenden Leute, weniger wegen der Qualität der politischen Diskussionen.
1984 sollte dann ein ähnliches Treffen über die Bühne gehen. Es scheiterte aber schon beim ersten Vorbereitungstreffen auf Lutter. Zum einen tauchten viele erst gar nicht auf, weil ihnen nicht klar war, was sie mit noch so einem Treffen anfangen sollten, zum anderen kam die Diffusität des Begriffs "Autonome" voll zum Durchbruch: es gab mindestens zwei klar sichtbare Fraktionen (vgl. dazu den Artikel in der "Großen Freiheit" vom Juli 84), die aber ihrerseits als Fraktionen keinen geschlossenen Block darstellten, keine gemeinsame politische Grundlage hatten.

Ebene vom massierten Angriff des Kapitals überrollt wird. Die linken Sozialtechniker, ehemals Bündnispartner der Autonomen, übernehmen die Kontrolle der sozialen Bewegungen, sofern diese nicht durch die Unberührtheit des Systems durch sie wie eine Seifenblase in sich zusammenfallen. Zudem fällt es diesen sozialhygienischen Funktionären der Macht leicht, den Autonomen das politische Wasser abzugraben, da bei der rein aktionistisch bestimmten autonomen Praxis der politische und strategische Bezugspunkt, sollte es ihn je gegeben haben, völlig im Nebel des Tränengases verschwimmt. Dazu kommt, daß das Kapital versucht, auch noch die letzten Nischen, in denen Teile von uns sich aufgehalten haben, wieder seinem Kommando zu unterwerfen, den Zwang zur Arbeit auch gegenüber dem letzten Freak durchzusetzen. Wo es in den 70ern noch möglich war, hochbezahlte Schwarzarbeit, relativ gute Jobs, überhaupt relativ viel Geld für wenig Arbeit zu machen und das auch wieder sein zu lassen, um Arbeitslosen- oder Sozigeld zu ziehen, stehen wir heute oft schon Schlange, um überhaupt noch einen Job zu kriegen, der uns halbwegs das Fressen sichert. Die Zeiten sind vorbei, in denen es möglich war, Politik alleine an der Oberfläche gesellschaftlicher Widersprüche zu machen, an Punkten, die wir für erfolgversprechend hielten (oft nach sehr subjektivistischen Kriterien), da wir uns um die materielle Grundlage unseres Überlebens kaum Sorgen zu machen brauchten.

Die vielzitierte und bejammerte "Zergliederung" des gesamtlinken Spektrums hat ihre Grundlage darin, daß sich Teile der Linken ihre Freiräume (von parlamentarischer Immunität, über Eigenheime und Alternativklitschen bis zum abgeschlossenen Studium) aufgrund ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Stellung erhalten und ausbauen können, während andere Teile für ein paar Mark die miesesten Jobs und die dreckigste Maloche machen, bzw. einfach ihren Gürtel extrem eng schnallen müssen. Dies setzt sich bis in die Reihen der Autonomen hinein fort: Ohne gesicherte Existenz, die vom Kapitalangriff kaum berührt wird, gibt es kein "enthemmtes autonomes Individuum" a la Radikal, also auch keine Fortschreibung des autonomen Militarismus, der seine Politik nur noch an Lustgefühlen beim Steineschmeißen oder auf militanten Demos festmacht.

Dieser Unterschied kristallisiert sich dann auch an den politischen Bezugspunkten und an den konkreten Kämpfen heraus: Es werden Kämpfe/Protest gegen Projekte geführt, auf die die Kapitalstrategie nicht mehr abzielt oder noch nie abgezielt hat. Das beste Beispiel dafür ist die Friedensbewegung, die die atomare Vernichtung Westeuropas herbeijammert, während das Kapital dabei ist, in den Metropolen das Arbeitsregime einzurichten und den Weltmarkt ökonomisch und militärisch unter seine Kontrolle zu bringen. Nicht zuletzt bedeutet dies auch, daß unsere ehemaligen Bündnispartner in Bewegungen, die ihrem Interesse an Teilverbesserungen entsprachen, und deren radikaler, militanter Teil wir waren, die Politik des Arbeitsregimes betreiben, mit reformistischem, grünen Mäntelchen.

Allerdings ist die Tatsache, daß "die autonome Szene" zwangsweise wieder in das System der Arbeit einbezogen werden, für das Kapital nur Nebenprodukt. Der Angriff bezweckt die Rekonstruktion der Mehrwertrate in den Metropolen und richtet sich gegen Verhaltensweisen und Strukturen der Klasse, die dies verhindern könnten. Die Umstrukturierung ergreift da jeden scheinbar unwichtigen Sektor der Produktion, sprengt die größten Konzerne in die Luft und läßt sie neustrukturiert wieder erstehen, während sie der Klasse immer mehr Arbeit für immer weniger Lohn, immer beschissenere Arbeit bei immer größerer Aufsplitterung (Vom Ausgesonderten, der zur Vernichtung "frei"-gegeben wird über den Langzeitarbeitslosen, den auf dem Arbeitsmarkt rotierenden Prekären, den Klitschenarbeiter und Schwarzarbeiter bis zum Malocher in den Montagezentren) aufzwingt und auf jedweden gesellschaftlichen Bereich durchschlägt.

Wir werden nicht daran vorbeikommen, den Angriff auf die Reorganisation der Mehrwertrate zur Basis unserer Politik zu machen. In einer Situation der Zersplitterung und Aufspaltung der Klasse (wo sich kaum noch ein Linker traut, von "Klasse" zu reden) werden wir herausfinden müssen, wo vereinheitlichende Momente sind, die diesen Angriff zur Realität werden lassen, werden wir unsere Positionen, Ansichten und Fragen endlich an die Menschen, die die Klasse bilden, herantragen müssen.

4.

Es gibt Bestrebungen, die Krise der Autonomen so zu lösen, indem das, was bisher unter "autonomer Politik" gelaufen ist, auf höherem organisatorischem und technischem Niveau fortgeführt wird. Wir haben uns selbst dabei ertappt, den Mythos der "autonomen Bewegung" zu kultivieren, indem wir meinten, die Autonomen, die ihr Interesse an einer verbindlichen langfristigen Politk artikuliert haben, bruchlos in einer revolutionären Organisierung zusammenfassen zu können. Die grundsätzliche Frage, die sich zur Realisierung von Organisierung stellt, ist aber die nach der Substanz, an der wir ansetzen könnten.

Was wir uns geschaffen und erkämpft haben, sind praktische Ansätze von Solidarität und die Verbindung von Individualität und Kollektivität in der politischen Auseinandersetzung (wir haben da aus den Erfahrungen mit K-Gruppen gelernt, daß politische Hierarchien herrschaftsfreien Zusammenhängen entgegenstehen). Gemeinsmkeiten stellen sich scheinbar auch da her, wo gegen konkrete Projekte des Regimes (wie AKW´s, Nazis und ähnliches) Putz angeleiert werden kann. D.h., wenn es darum geht "den autonomen an sich" zu definieren, gerät jede/r ins Schwärmen. Dabei bleibt immer außen vor, daß es eine wie auch immer geartete "autonome Subjektivität" ohne politische und soziale Basis nicht geben kann.

Wenn autonome Strukturen aber in diesem Sinne frei - schwebend bleiben, fallen sie auseinander, wenn die Kämpfe, aus denen sie entwickelt wurden, zerbröckeln, und die Situation eintritt, daß wir uns nur noch über unser "Sein" definieren können. Der Begriff und Bezug "Autonome" zerfällt in dem Moment, wo Genossen anfangen, politische Initiativen zu entwickeln, die Strategie, Bezugspunkte, Utopie festlegen. Selbst die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Kräfte geht teilweise so auseinander, daß wir schreiend auseinander rennen.

Wir denken, daß es nicht darum gehen darf, eine diffuse autonome Bewegung neu zu definieren und zu installieren, sondern daß wir Ansätze zu einer revolutionären Politik entwickeln müssen, die vom Klassenstandpunkt ausgeht.

Aus der Diffusität der Autonomen haben sich seit Anfang der 80er Gruppen mit sogenanntem sozialrevolutionären Ansatz konzipiert, die primär aus der Thematisierung der eigenen materiellen Situation, der eigenen Betroffenheit von staatlicher Krisenpolitik entstanden sind. Ein Teil dieser Ansätze krankt an der Gleichsetzung der eigenen Situation mit der "der Klasse": In einer Bauchnabelschau übertragen sie ihre eigene Situation auf die der Unterklassen und übersehen dabei die Notwendigkeit, zu analysieren, wie sie sich heute überhaupt zusammensetzen und wo Hebel sind, die wowohl ins Bewußtsein der Unterdrückten als auch in kapitalistische Ausbeutungsmechanismen eingreifen können. Revolutionäre Strategie heißt für diese Kräfte, den eigenen Bauch zu füllen und zu meinen, den "der Arbeitslosen" automatisch mitzufüllen, und die sich damit aber im eigenen Ghetto häuslich einrichten. Die Praxis besteht dann in Bauernfängerei/Massenopportunismus (z.B. die 1500, -DM - Forderung), wobei die Ebene der reinen Betroffenselbstorganisation nie überschritten wird.

Wir sehen keinen Ansatz darin, die Krise der Autonomen zu durchbrechen, indem wiedermal ein Teilbereich - jetzt Erwerbslosenarbeit - als die revolutionäre Strategie verkauft und das linke Ghetto, wenn überhaupt, unter Freigabe revolutionärer Standpunkte in Richtung Massenopportunismus durchbrochen wird. Eine Politik, die meint, Gewerkschaften revolutionieren zu können oder ein neues, solides System der sozialen Sicherung aufbauen zu müssen, geht vollständig an der gesellschaftlichen Realität vorbei und verkommt zum Reformismus.

5.

Das Ziel von allen unseren Kämpfen ist die Überwindung des kapitalistischen Systems, der Kampf für eine herrschaftsfreie, klassenlose Gesellschaft. Bleiben wir auf dem Weg dahin im Ghetto der linken Szene stecken, sind Entwicklungen zu Putschgelüsten irgendwelcher Avantgarden, bzw. leninistischen Parteistrukturen unausweichliche Folge. Wenn wir eine herrschaftsfreie Gesellschaft erreichen wollen, dürfen wir auf dem Weg dahin nicht die hierarchische Abgrenzung vollziehen zwischen uns, die´s angeblich gefressen haben, und dem Rest der Klasse, den "Normalos". Was nicht heißt, daß wir das, was uns ausmacht, zurücknehmen, sondern vielmehr die Ideologien und Anschauungen, die die Menschen in das System einbinden und isolieren (Volksgemeinschaft, neue Mütterlichkeit, "wenns der Wirtschaft gut geht, gehts uns auch gut", Arbeitsethos, Rassismus, Frauenunterdrückung, die

Mythen und Verschleierungen über die Rolle und Stellung der Arbeiter in der Produktion ...), kapieren und über ihre Entlarvung und die Vermittlung, wie's anders geht, knacken.

Wir sehen dabei die Arbeiterklasse nicht als obskures revolutionäres Subjekt, sondern begreifen uns selbst als Teil der Klasse, ohne vorhandene Unterschiede zu vergessen.

Die heutige Situation ist die, daß das Kapital mit seinem Krisenangriff die Verschärfung der Ausbeutung und die politische Zersplitterung der Klasse durch ständigen Wechsel der Ausbeutungssituation und des -orts, durch ständige Schaffung neuer Ausbeutungsbedingungen bezweckt. Es will jeden Widerstand und jede Möglichkeit, sich gemeinsam über die Ausbeutungssituation bewußt zu werden, vollständig ausschalten.

Wir müssen deshalb darangehen, die Ausbeutungsstituationen in ihrer geamten Bandbreite (Verarmungspolitik, Lohn- und Arbeitsbedingungen, Ausländer, Frauen, Alte, Krisenpolitik von der Wohnsituation bis zur Zerstörung der Umwelt ...) vor Ort zu untersuchen. Wir müssen die Ansatzpunkte herausfinden, an denen wir Kämpfe entwickeln können, und an entstehenden Kämpfen so teilnehmen und in sie eingreifen, daß wir gegen den gewerkschaftlichen und bürgerlichen Reformismus eigene Stärke und selbstbestimmte Strukturen entwickeln, Arbeiternetze aufbauen.

Wir können in der heutigen Situation nicht mehr als die Eckpunkte angeben, die die Richtung markieren, in die unsere Politik laufen muß. Sie wird sich erst im Laufe der Entwicklung, die nicht nur von uns bestimmt wird, und durch genaueste Untersuchung der Situation, in der sich die Klasse heute befindet, konkretisieren. (Wir wollen allerdings versuchen, in einem Folgeartikel die notwendige Herangehensweise an verschiedenen Punkten zu präzisieren.)
Wir werden uns aber auf einen langfristigen, zähen Kampf um Bewußtseinsveränderung und Veränderung des Kräfteverhältnisses, der sich von der Hau-Ruck-Militanz löst, einstellen müssen und dürfen nicht gleich das Handtuch werfen, wenn nicht in vier Wochen revolutionäre Massenkämpfe ausbrechen.

BRAUNSCHWEIG, AUGUST 84

HA, MA, CY AUS DER

GRASJA

Stuttgart:

Obdachlose besetzen Haus

Vier Personen seit Montag abend in der Daimlerstraße 63

Vier Obdachlose haben in der Nacht zum Dienstag das Haus Daimlerstraße 63 in Bad Cannstatt besetzt. Bei den Besetzern handelt es sich vermutlich um zwei Frauen und zwei Männer im Alter zwischen 22 und 25 Jahren, die bisher in der städtischen Notunterkunft an der Christophstraße 25 eine Bleibe gefunden hatten. Diese Unterkunft, die ehemalige Bibelanstalt, wird nach Auskunft des Sozialamtes zum 15. August geschlossen. Die Gründe: Die drei Streetworker des Sozialamtes sind personell außerstande, die dort noch lebenden 25 Bewohner sozialtherapeutisch zu betreuen. Außerdem fehlt das Geld, um das völlig verwahrloste Gebäude zu renovieren.

Vor dem Hintergrund der beabsichtigten Schließung der Christophstraße dürfte auch die Hausbesetzung in Bad Cannstatt zu sehen sein. Die Besetzer haben angegeben, bisher in der Christophstraße 25 gewohnt zu haben. Sie befestigten im ersten und zweiten Stock des Hauses Laken mit den Parolen „Dieses Haus steht seit zwei Jahren leer" und „Wir wollen Wohnung" an der Fassade.

Die Polizei hat die Besetzung registriert, sieht allerdings bisher keinen Anlaß, einzugreifen, da sich das leerstehende Gebäude in Privatbesitz befindet. „Ein Antrag auf Räumung durch den Besitzer des Hauses wurde bisher noch nicht gestellt", äußerte sich gestern Herbert Gaißmayer, Pressesprecher der Stuttgarter Polizei, zum Stand der Dinge.

Zur Schließung der Christophstraße 25 erklärte Dieter Rilling, Leiter des Stuttgarter Sozialamtes, es sei seinem Amt aus personellen Gründen nicht länger möglich, diese Unterkunft weiterhin zu betreuen. „Es gibt dort keine funktionierende Selbstorganisation der Bewohner", erklärte der Sozialamtschef, „vielmehr gilt in dem Haus das brutale Gesetz der Hackordnung. Es gibt vielfältige Formen der Unterdrückung und auch Verbindungen ins kriminelle Milieu." Für einen teuren Umbau der ehemaligen Fabrik fehle das Geld. Außerdem sei zu befürchten, daß dadurch die genannten Probleme nicht behoben werden könnten. Die Stadt plant, in dem ihr gehörenden Gebäude nach Umbauten Büroräume des Jugendamtes einzurichten.

Rilling betonte allerdings, daß sein Amt bemüht sei, den Bewohnern andere Unterkünfte zu vermitteln. „Soweit es unser Wohnungsbestand erlaubt, versuchen wir, die Leute in anderen Häusern unterzubringen. Wenn sie es wollen, können sie dort auch in Wohngemeinschaften leben, die von uns betreut werden." Mangels geeigneter Wohnungen werde man aber nicht umhinkommen, eine Reihe von Obdachlosen aus der Christophstraße in Hotels oder Gaststätten unterzubringen.

Nascha Marte, Leiterin der Streetworker-Gruppe, sieht durch die Räumung schwierige Zeiten auf die Streetworker zukommen. „Für die Bewohner ist das etwas ganz Schlimmes, zumal sie auch praktisch keine Chance haben, irgendwo eine anständige Wohnung zu finden. Die meisten wollen einfach nicht daran glauben, daß sie in wenigen Tagen die Christophstraße verlassen müssen." wos

Konstanz:

Seit Jahren besetztes Gebäude geräumt

10.8.84 Bln

Konstanz (lsw). Ein seit vier Jahren besetztes Gebäude auf dem Konstanzer Fischmarkt ist geräumt und anschließend zum Teil abgerissen worden. Eine Hundertschaft der Polizei mußte dabei einige junge Leute, die nicht freiwillig gehen wollten, aus einem Hausflügel hinaustragen. Die meisten Bewohner und Nutzer hatten das Gebäude bereits vorher verlassen. Das ehemalige Fernmeldeamt war nach dem Auszug der Post von verschiedenen alternativen Gruppen besetzt worden. Die Stadt Konstanz hatte das Haus gekauft, um es später abreißen und dort ein Geschäftshaus mit Wohnungen errichten zu lassen. Die Besetzer hatten zwar von der Stadtverwaltung befristete Mietverträge erhalten, wollten dann aber das Gebäude nicht mehr freiwillig räumen.

Köln: Erneut eine Hausbesetzung

Stadt läßt Wohnraum vergammeln

Köln (taz). „In Köln gibt es keinen leerstehenden städtischen Wohnraum", erklärte der Leiter des Wohnungsamtes in Köln, Uwe Keßler, den Mitgliedern des Vereins „Wohnen & Leben". Er dürfte jetzt eines Besseren belehrt sein. Es gibt städtischen Wohnraum der leersteht — und zwar schon seit Jahren. Jetzt allerdings nicht mehr. Montagmorgen um neun Uhr besetzten knapp 30 Frauen und Männer das zum Teil leerstehende Haus in der Kölner Innenstadt.

„Seit Jahren verkommt Wohnraum der Stadt Köln." Mit diesem Transparent machen die Hausbesetzer auf einen Mißstand und Skandal aufmerksam. Elf Wohnungen gibt es in dem riesigen Bau an der Eisenbahnlinie, schräg gegenüber des Gewerkschaftshauses. Sechs Familien wohnen heute noch drin, die anderen sind in den letzten Jahren ausgezogen. Genervt von den ewigen Auseinandersetzungen mit dem Eigentümer — der Stadt Köln.

Die besitzt das Haus seit 1974, weil sie dort Raum für die frischgeplante Stadtautobahn suchte. Die Pläne sind mittlerweile nicht nur eingestaubt, sondern ihnen hat die Stadt höchst offiziell auch aus Geldmangel abgeschworen. Geldmangel wird es aber kaum gewesen sein, die Wohnungen in der Ludwig-Camphausen-Straße 36 verkommen zu lassen.

Zehn Jahre steht schon eine der Wohnungen frei. Ein Fakt, der von den noch heute dort wohnenden Familien bestätigt, von der Stadt schlicht und einfach bestritten wird. Das Haus ist in einem schlechten Zustand. Da es ursprünglich abgerissen werden sollte, wurde nur das Allernotwendigste getan — und das war verdammt wenig: Von den Fenstern und Türrahmen blättert der Lack ab, die Verglasung des Lichtschachts im Treppenhaus ist teilweise eingebrochen, an vielen Stellen regnet es mittlerweile rein, einige der fünf leerstehenden Riesenwohnungen sind feucht. Seit zwei Monaten funktioniert das Bad des Jugoslawen Mustafa nicht richtig. Der Vater von vier Kindern hat mehrmals bereits reklamiert. Resigniert schlußfolgert er: „Die Stadt interessiert nur das Kassieren von Geld." Mit zahlreichen Prozessen mußten die Mieter dringende Reparaturen durchsetzen. Ein höherer Amtsrichter während eines dieser Verfahren: „Ein bedauernswertes Verhalten der Stadt."

Insgesamt sind die Wohnungen allerdings ideal, vor allem für Leute, die in größeren Gemeinschaften zusammen wohnen und leben wollen. Riesige Zimmer bieten viele Möglichkeiten. Unter den Besetzern sind denn auch eine Reihe von Leuten, die aus einem räumungsbedrohten Haus jetzt in ein städtisches ausweichen. Die Kerpener Straße 57 soll abgerissen werden, und mit diesem geschickten Schachzug, ein Stadt-Haus zu besetzen, haben die Kerpener und ihre Mitbesetzer der Stadt Köln den „Schwarzen Peter" zugeschoben. Und die Stadt hat allen Grund, sich bedeckt zu halten: während sie gegen leerstehende Wohnungen wettert, hat sie selbst eigenen — zum Teil seit zehn Jahren — verrotten lassen, obwohl in Köln unzählige Menschen großen, guten und menschenwürdigen Wohnraum suchen. Andere leere Wohnungen sind in den Besitz einer Treuhandgesellschaft überschrieben, der „Grund und Boden", die allerdings im städtischen Besitz ist. Außerdem finden in Köln bald die Kommunalwahlen statt, und da ist die SPD auch auf das Wohl wollen der Alternativszene angewiesen, will sie nicht ihre Herrschaft verlieren. Für sozial schwache Sanierungsbetroffene, dafür hätten die Wohnungen zur Verfügung gestanden, hört man bei der Stadt. Nur, erstens gibt es solche Leute und zweitens wurden sie in die Ludolf-Camphausen-Straße nachweislich nicht eingewiesen.

Während in anderen Städten die Zahl der neubesetzen Häuser abnimmt, vermeldete die Besetzerszene Kölns eine Neubesetzung. Die Polizei will von dem „Nummerierungsrummel" nichts wissen. Die deshalb nur taz-offizielle Registriernummer lautet 17!

Wohnungspolitik und Häuserkampf in Westberlin

Wir sind eine kleine Gruppe von ehemaligen Hausbesetzern und halten den Häuserkampf weiterhin für einen wichtigen Bestandteil im proletarischen Kampf. Im ersten Teil des Papiers versuchen wir die kapitalistische Wohnungspolitik über die beschränkte "Abriss - Luxussanierung - Analyse" hinaus in den letzten 30 Jahren zu untersuchen. Im Verlauf unserer Untersuchung sind wir immer wieder auf Sachen gestossen, die unsere bisherigen Vorstellungen in Frage gestellt haben (wir haben z.B. geglaubt, die Sozialmieten wären um 70 für die Leute billig gewesen, was sich inzwischen als falsch erwiesen hat). Die Darstellung der Entwicklung der Wohnungspolitik ist also wenig umfassend, stellt aber die Grundentwicklungen einigermaßen klar dar.

Im zweiten Teil geht es um die Entwicklung der Hausbesetzerbewegung von 79 bis heute, vor allem um ihre Begrenzheit. Wir wissen, daß es in den letzten 15 Jahren andere Kämpfe gegen Mieterhöhung und Zwangsräumung gegeben hat (z.B. im Märkischen Viertel), dazu gibt es aber fast keine Information; diese Erfahrungen aufzuarbeiten ist auch noch wichtig für zukünftige Initiativen.

ZUM HÄUSERKAMPF

Der Kampf um Wohnungen lag schon immer an zentraler Stelle in den Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Kapital. Für das Proletariat war und ist es der Kampf für freien, menschenwürdigen Wohnraum. Wohnungen sind ein Grundbedürfnis zum Leben. Es ist ein Kampf gegen Wohnraum als Ware, gegen den Versuch des Kapitals, die Verwertungsbedingungen von Wohnraum zu verbessern, indem es immer mehr Miete aus uns presst. Durch den Zwang Miete zu zahlen werden die Proletarier gleichzeitig gezwungen, fürs Kapital zu arbeiten. Im Kampf geht es also darum, immer weniger Miete zu zahlen und die Wohnungen zu behalten. Praktisch heißt das: Mietstreiks, Besetzungen, Verhinderung von Zwangsräumungen.

In den Großstädten konzentrierte das Kapital die Arbeitermassen, die es in seine Fabriken hineinzwang und aus deren Arbeit es seine Profite saugte. Das Leben außerhalb der Arbeit - und da geht es in erster Linie um die Wohnmöglichkeiten, d.h. nicht nur schlicht ein Dach über dem Kopf, sondern auch die Art des Zusammenlebens, der eigenen Kultur, des Feierns - dieser Bereich ist stets auch vom Kapital geplant und organisiert worden. Dem Kapital geht es darum, für die Unterbringung und Reproduktion der Arbeitermassen möglichst wenig Geld zu "verschwenden" und gleichzeitig durch die baulichen Maßnahmen und räumlichen Strukturen Unruhe zu vermeiden. Die Kontrolle in der Fabrik wurde systematisch auf die Gesellschaft ausgedehnt. Gegen diese Ausdehnung der Herrschafft und Kontrolle haben sich die Proletarier ihre Wohnviertel, die noch so üblen Behausungen immer wieder angeeignet als einen Raum ihres Lebens, unkontrolliert vom Kapital; als einen Raum, in dem sie ihre Kultur und ihr Leben gegen das Diktat des Kapitals entwickelten und der den Hintergrund ihrer Kämpfe in der Fabrik bildete. Darum behält das Gesamtkapital (im wesentlichen vertreten durch die jeweilige Regierung) immer die Klassenzusammensetzung im Auge, die solidarischen Zusammenhänge der Bewohner. Diese zu zerstören, die Bewohner zu vereinzeln, und damit zu disziplinieren ist ein Interesse der staatlichen Wohnungsbaupolitik. Im Kampf müssen also die Zusammenhänge unter den Bewohnern wieder gestärkt werden, die Bullen und Sozialarbeiter vertrieben und so die Selbstbestimmung über den Lebensbereich zurückerobert werden.

DIE WOHNSITUATION HEUTE

Um die Bedeutung der Berliner Wohnungspolitik zu verstehen, muß man sich erstmal über die besondere Wohnungssituation im Gegensatz zur BRD im klaren sein. In Berlin leben mehr als 90% der Bevölkerung in Mietwohnungen; Eigenheime und Eigentumswohnungen spielen hier praktisch keine Rolle. Von der einen Million Mietwohnungen sind ca. 400 000 Sozialwohnungen. (Im Vergleich dazu: in der BRD gibt es nur 4 Millionen Sozialwohnungen). Die restlichen 500 000 Mietwohnungen sind Altbauwohnungen, die noch der Mietpreisbindung unterliegen. Durch die Mietpreisbindung wird der qm-Preis für Altbauten, die bis 1949 gebaut wurden, gesetzlich festgesetzt. Die Mietpreisbindung wird jedoch ständig ausgehöhlt, wodurch jährliche Mieterhöhungen möglich sind.

Durch die gesetzliche Kontrolle über die Sozial- und Altbauwohnungen und über die Konzentration der Verwaltung und des Besitzes vieler Häuser auf ein paar gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften kann die Wohnungspolitik und der Wohnungsmarkt weitestgehend zentral gelenkt werden, und es entstehen erheblich weniger Reibungsverluste durch Interessenausgleich, wie dies in anderen Großstädten der Fall ist. In diesem Sinn ist Westberlin ein gutes Beispiel für planstaatliche Wohnungspolitik. Doch es gibt eben nicht nur die Wohnungsbaugesellschaften, die aktiv an der Wohnungspolitik beteiligt sind. Da sind noch Kapitalistengruppen wie Spekulanten, Makler, Hausbesitzer, Bauunternehmen, Geschäftsbesitzer der Innenstadt, Klitschenbetriebe und Großunternehmen usw. Es wäre nun daneben anzunehmen, daß alle mit einer gleichgerichteten Strategie in der Wohnungspolitik intervenieren würden. Im allgemeinen werden aber unterschiedliche, oft widersprüchliche Interessen formuliert, die ihren Grund darin haben, daß die Vorraussetzungen für maximalen Profit für die einzelnen Kapitalgruppen verschieden sind. Dazu ein, zwei Beispiele:

Das Handelskapital hätte gerne in der Innenstadt kaufkräftige Kunden angesiedelt, bzw breite Straßen angelegt, die diese in die Innenstadt bringen. Es unterstützt also Luxusmodernisierung und die dazugehörigen Bebauungspläne. Letzteres gefällt zumindest mal nicht allen Hausbesitzern, die dafür ihre Häuser opfern sollen, und viele wollen auch kein Geld mehr für Modernisierung ausgeben. Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften bemühen sich demgegenüber vorallem um großflächige Sanierung, hohe Kostenmiete und Instandhaltungspauschalen, Besitzer von Altbauten um die Aufhebung der Mietpreisbindung (Weißer Kreis) und Spekulanten um die Aufrechterhaltung der Sanierungs- und Sanierungserwartungsgebiete. Für die Industrie und die Großkonzerne muß der Wohnungsbau produktionswirtschaftlichen Anforderungen entsprechen, d. h. sie brauchen für neue Fabrikansiedlungen eine intakte Infrastruktur und massig Wohnungen für die Malocher, die sie in Zukunft ausbeuten wollen. Genauso brauchen sie eine Wohnungspolitik, die die Umsetzung der Arbeitskräfte groß- oder kleinräumlich ermöglicht, um so den Prozess der Umstrukturierung und Dezentralisierung der Produktion und die damit erzwungene Mobilität der Arbeiter zu gewährleisten.

Für die Mieter und Wohnungssuchende sieht die Situation im Moment so aus:
Aus der offiziellen Statistik ergibt sich, daß jeder dritte berliner Haushalt über weniger als 1500 DM Einkommen verfügt, wovon 25 bis 40% allein für die Kaltmiete draufgehn. 1980 waren mehr als 100 000 Familien und Einzelpersonen auf Wohngeld angewiesen; 70% von ihnen müssen mit weniger als 1000 DM im Monat leben. Die Kaltmieten im sozialen Woh-

Transparent zur Besetzung der Wohnungen der Köpenickerstr. 4 am 28. April 1984

nungsbau liegen zwischen 6 und 9 DM pro qm, woraus sich Monatsmieten von 500 bis 1000 DM für eine normale Wohnung ergeben. Zu der sowieso immer konstant bleibenden Zahl von 80 - 100 000 aktiv Wohnungssuchenden, kommen mindestens noch drei mal soviel dazu, die in völlig überbelegten, feuchten und dunklen Scheißbuden leben müssen und dringend eine neue Wohnung brauchen. Unter den extremsten Bedingungen leben die vielen illegalen Ausländer.
Dieser riesigen Zahl von Wohnungssuchenden stehen ca. 40 000 leerstehende Wohnungen gegenüber (allein 15 000 Sozialwohnungen), die einfach viel zu teuer sind oder von den Besitzern nicht vermietet werden.
Aus den laufenden Sanierungsprogrammen, den schlechten Wohnungen und hohen Mieten ergibt sich vor allem in den Sanierungsgebieten eine große Zahl von Leuten, die ständig die Wohnung wechseln.
Wie es zu dieser Situation gekommen ist und was für Interessen hinter ihr stehen versuchen wir jetzt über die Geschichte der Wohnungspolitik aufzuzeigen. Wir haben die Zeit seit dem offiziellen Abschluß der "Wiederaufbauphase" in drei grobe Abschnitte eingeteilt:
1. von 1960 bis Anfang der 70er Jahre: Großsiedlungsbau am Stadtrand und Vertreibung der Leute aus den alten Bezirken
2. von Anfang der 70er Jahre bis ca. 80: keine weiteren Großsiedlungen, dafür Neuüberbauung der alten Bezirke, fortwährende Verringerung des sozialen Wohnungsbaus
3. seit ca. 80: totale Mietsteigerungen und gleichzeitig "behutsame Stadterneuerung", praktisch kein sozialer Wohnungsbau mehr.

DIE SECHZIGER JAHRE

In den ersten Nachkriegsjahren beschränkte sich die Bautätigkeit vorwiegend auf die Beseitigung der Trümmermassen und auf die Instandsetzung der teilzerstörten Häuser. Erst die Mittel des Marschallplans, das Anlaufen des Notstandsprogramms und das erste Wohnungsbaugesetz führten zum Bau von neuen Häusern. Anfang der 60er Jahre gilt die Wiederaufbauphase als offiziell abgeschlossen.
In der selben Zeit steckten die Städtebauplaner Gebiete am Stadtrand ab, auf denen sie die Errichtung von Großsiedlungen vorsahen. Auf sogenanntem Freiland wurde dann ab 1960 begonnen, Siedlungen wie Falkenhagener Feld und Gropiusstadt zu bauen. Das Märkische Viertel entstand dagegen auf einem mit alten kleinen Häusern bebautem Gebiet. Schon bestehende Siedlungen wurden erweitert. (Bei Fertigstellung dieser Siedlungen leben dann zwischen 20 000 und 50 000 Leute in jeweils 10 000 bis 17 000 Wohnungen pro Siedlung)

Stadterneuerungsprogramm 1963

Der Großsiedlungsbau gehörte genauso wie die Flächensanierung alter Stadtviertel zum von der SPD 1963 beschlossenen I. Stadterneuerungsprogramm. Vorgesehen war eine "drastische Umgestaltung" der innerstädtischen Bezirke wie Tiergarten, Wedding, Charlottenburg, Kreuzberg, Neukölln und Schöneberg. Das Programm zog die Konsequenzen für die Stadtplanung und Wohnungspolitik aus der neuen politischen Situation. Der Bau der Mauer und das endgültige Aus für die "Roll-back Pläne" zwang das Westberliner Kapital zur Rekonstruktion der Stadt mit einem neuen Zentrum und neuen Funktionen für die einzelnen Viertel.
Mit diesem I. Stadterneuerungsprogramm beabsichtigten sie für die zur Sanierung bestimmten innerstädtischen Gebiete die Auflockerung der Bevölkerungsdichte, Teilaufwertung der Viertel und die Aussiedlung der Gewerbebetriebe zu erreichen. Dieses Programm bedeutete den Beginn der Flächensanierung und damit den Abriss ganzer Straßenzüge z.B. Wedding - Brunnenstraße; Kreuzberg - Prinzenstraße und weiterer zigtausender Altbauwohnungen in den nächsten 15 Jahren.

Die systematische Vertreibung der Bewohner aus ihren Vierteln begann.
Trotz der durch das Stadterneuerungsprogramm vorgegebenen Richtlinien waren die genauen Bestimmungen der zukünftigen Funktionen der Viertel ziemlich konzeptionslos.
Die Planungen reichten z.B. für Kreuzberg von einer Autobahntangente mitten durchs Wohngebiet über den Totalabriss des ganzen Viertels bis zur Aufwertung des Viertels durch Modernisierung. Diese Konzeptionslosigkeit war jedoch kein Hinderungsgrund, den Abriss verschärft voranzutreiben.

- und was aus ihm bis 1970 geworden ist

Die angestrebten Ziele der Stadterneuerung konnten erstmal nur teilweise durchgesetzt werden. Die Auflockerung der Bevölkerungsdichte wurde kaum erreicht, weil 1. in dieser Zeit die Arbeitsimmigranten zu tausenden in die Viertel strömten, und weil 2. an die Stelle der abgerissenen Altbauten gegen Ende der sechziger Jahre riesige Wohnblocks mit Sozialwohnungen traten, (Kottbusser Tor, NKZ: neues Kreuzberger Zentrum, Prinzenstraße ....) die durch ihre Höhe die gleiche Konzentration an Leuten erreichten wie vorher in den nicht ganz so hohen Vorderhäusern mit ihren 3 Hinterhäusern und Seitenflügeln.

Ebensowenig konnten sie in allen Sanierungsgebieten bis zu dieser Zeit die vorgesehene soziale Durchmischung durchsetzen. Ganz gezielt wurden aus den an die City grenzenden Bezirken von Charlottenburg, Wilmersdorf sowie Teilen von Tiergarten die für diese Gegend nicht zukunftsträchtigen Bewohner vertrieben. Die Gegenden waren für Büros und Geschäftsräume der Banken und Versicherungen, die teuren Wohnungen für zahlungskräftige Bürger und für die Einkaufsstraßen vorgesehen. Dagegen entwickelten sich die anderen Sanierungsgebiete wie Kreuzberg, Neukölln und Wedding zum Sammelbecken für aus anderen Bezirken Vertriebene, Umgesetzte, Arbeitsemigranten, also kurz für Leute, die auf billige Mieten angewiesen waren.
Was sie auf jeden Fall erreichten, war eine massenhafte Mobilisierung und Verschiebung der Bewohner innerhalb der Sanierungsgebiete, sowie die Vertreibung der Leute in die Siedlungen am Stadtrand.
Mit zu der zum Teil eigenständigen Struktur der Viertel gehörten die Kleingewerbetreibenden, die es in fast jedem Hinterhof gab. Durch die Flächensanierung mußten sie entweder dichtmachen oder wurden in ein Gewerbegebiet umgesetzt.

Die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften

Maßgeblich beteiligt an der Sanierung und am Siedlungsbau waren die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, wie die senatseigenen GeSoBau, GSW, BeWoGe, GSG, DeGeWo und die gewerkschaftseigene NH. Sie sind die größten Siedlungsträger, und damit verantwortlich für die Planung und die Durchführung der ganzen städteverändernden Maßnahmen mitsamt den Konsequenzen für die Bevölkerung. Ihnen sind jahrelang die dicken Profite in den Arsch geschoben worden für den Bau kotzhässlicher Großsiedlungen, für den Abriß ganzer Stadtteile und deren Neubebauung.

Der soziale Massenmiet wohnungsbau

Einerseits war der Bau der Großsiedlungen ein Zugeständnis an die Leute, die eine Beteiligung am neuen gesellschaftlichen Reichtum forderten. Denn viele hatten es satt, in feuchten Hinterhausbuden ohne Bad und eigenes Klo zu hocken. Sie wollten eine bessere Wohnung.
Andererseits sollten die Großsiedlungen noch eine andere Funktion erfüllen. Sie sind nicht nur deswegen so kotzhäßlich gebaut, weil sie nach absoluter Billigstbauweise gebaut wurden, sondern weil sie auch mehr Kontrolle über die Bewohner versprachen. Die alten, unübersichtlichen Stadtteile erfüllten diese Funktion schon lange nicht mehr in ausreichendem Maße.

Der Einzug in die neuen Wohnungen, die für viele ja erst mal einen verbesserten Standard brachte, führte sehr bald zu einer Verschlechterung der ganzen Lebenssituation. Zu der höheren Miete und Nebenkosten kamen die monatlichen Raten, die für die neue Einrichtung auf Kredit abgezahlt werden mußten. Hinzu kam , daß in den auf billigste Weise gebauten Sozialwohnungen von dem anfänglichen "Komfort" bald nichts mehr zu spüren war (alles ging kaputt). Bei einem Durchschnittsverdienst von 850 DM und 355 DM Miete blieb dann einem Arbeiter und seiner Familie nicht mehr viel übrig. Die Frauen mußten mitarbeiten, um überhaupt die Miete zahlen zu können. Die Zahl der Wohngeldempfänger stieg rapide und doch gab es von Anfang an Zwangsräumungen. Mit dem Umzug war praktisch alles teurer: zu den Mieten und Heizkosten kamen noch die höheren Stromkosten. Hatte man bisher einen eigenen Stromzähler in der Wohnung, den man anbohren konnte, so waren jetzt die Zähler entweder verschlossen im Keller oder in der Wohnung mit Stahl-

platte drunter. Genauso stiegen die Kosten für Lebensmittel als auch die Fahrkosten, die durch die große Entfernung zur Stadt und zur Arbeit dazukamen. Manche Siedlungen haben bis heute noch keine U-Bahn-Verbindung; am Anfang gabs fast keine Infrastruktur, auch keine Kindergärten, Ärzte, Läden usw., was das Leben, hauptsächlich das der Frauen, besonders erschwerte. So waren die Leute bald desillusioniert über die neuen Wohnungen, sie merkten, daß die von der Propaganda der Wohnungsbaugesellschaften verarscht worden waren. Sie organisierten sich und konnten einige ihrer Ziele durchsetzen, verhinderten z.B. einige Zwangsräumungen (Märkisches Viertel 1968-73).
Obwohl die damals neue Wohnungen wollten, waren sie doch nie besonders scharf darauf gewesen in diese Trabantenstädte zu ziehen, weit weg von den sozialen Beziehungen der gewohnten Umgebung. Es gab aber keine Alternative dazu, denn im Zuge des Stadterneuerungsprogramms wurden zigtausende Bewohner aus den alten Vierteln vertrieben. Viele der bis 1974 aus den oben aufgezählten Sanierungsgebieten Umgesetzten oder Vertriebenen verteilten sich auf die 3 großen Berliner Trabantenstädte: Falkenhagener Feld, Gropiusstadt und Märkisches Viertel. Mit dieser Praxis konnten die Wohnungsbaugesellschaften die Vermietung der viel teureren Sozialwohnungen in den Stadtrandsiedlungen durchsetzen.

Mit dem Wegzug der ersten Familien begannen die Wohnungsbaugesellschaften, wo es möglich war, sofort mit dem Abriss der alten Mietskasernen. Doch nicht überall konnte die Entmietung und der darauffolgende Abriss durchgesetzt werden. Aus Spekulationsgründen standen einige Häuser, die für den Abriss vorgesehen waren, teilentmietet, mit zum Teil nur noch einer Mietspartei, jahrelang unbewohnt herum.

In diese Zeit fällt dann der vom Kapital organisierte Zustrom der Immigranten in die Stadt. Zwischen 1960 und 1970 kamen über 100 000 Immigranten hauptsächlich aus den südeuropäischen Ländern nach Westberlin. Mit ihnen bekamen die alten heruntergekommenen Häuser in den Sanierungsgebieten wieder eine Funktion, denn in diese zogen sie und ihre Familien. Überbelegt mit den ausländischen Arbeitern ließ sich mit den alten Häusern noch besser was verdienen. Außerdem versprachen sich die Sanierungsträger einen reibungsloseren Ablauf der Sanierung. Waren die Häuser erstmal halbvoll mit Arbeitsimmigranten, zogen die letzten einheimischen Familien aufgrund der Einstellung jeglicher Investitionen für Instandhaltung von selbst weg. Das ersparte den Wohnungsbaugesellschaften die Einhaltung von Kündigungsfristen, Räumungsprozesse usw. War die Planung dann soweit, und das Haus reif für den Abriss, setzten sie die ausländischen Familien in die nächsten für die Sanierung vorgesehenen Häuser. So schafften sie sich neue Sanierungsgebiete. Mit dieser Umsetzerei machten sie die Arbeitsimmigranten zum zu dieser Zeit wohl mobilsten Teil der Viertelbewohner. Die Unkenntnis der Sprache und der Verhältnisse hinderte die Immigranten zum großen Teil daran, an ihrer Wohnsituation was zu ändern. In den alten Quatieren entstanden neue schlecht kontrollierbare Ghettos die der Regierung und den Bullen ganz und gar nicht in ihre Vorstellungen passten.

DIE 70er JAHRE

Natürlich besteht die Wohnungspolitik nicht unabhängig davon, wie sich das Kapital im allgemeinen verwertet, also nicht unabhängig von den Entwicklungen und Kämpfen in den Fabriken, Klitschen und Schwitzbuden. Dazu soll hier kurz was gesagt werden.

Durch die Streiks der Arbeiter/innen Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre für höhere Löhne und weniger Maloche kam es auch in der Wohnungspolitik zu einer grundsätzlichen Neuorientierung auf Seiten der Kapitalisten.

Bisher erfolgte die Wohnungspolitik im Rahmen eines Konzepts, das wir "Keynesianismus" nennen. Es bedeutet im Groben dies: Solange sich Produktivität und Löhne im Gleichschritt bewegen, also genug für die Ausbeuter abfällt, waren die Kapitalisten auch bereit, eine "Entwicklung" zu finanzieren, etwa auf der Linie Großfabrik - Schlafstadt - Großkrankenhaus usw. Der soziale Wohnungsbau ist in dieser Logik ein durch und durch keynesianistisches Projekt. Dabei hatte dieser Wohnungsbau immer die Zwei-

schneidigkeit, wie sie oben bereits beschrieben ist: bauen ja, aber Schrott und sauteuer.
Durch die Großsiedlungen sollten folgende Ziele erreicht werden:

I. Die zentrale Unterbringung von tausenden von Proletariern und deren Auspressung durch die hohen Mieten
II. Mit den Großfabriken kam die räumliche Trennung von Arbeits-, Lebens-, Wohnbereich. Dadurch entstanden riesige Schlafstädte, reine Wohnbereiche, Arbeitsgebiete, Einkaufszentren und Erholungszentren
III. Die bessere Kontrolle und Disziplinierung der Arbeiterfamilien durch übersichtliche Bauweise, soziale Durchmischung und Vereinzelung.

Doch die Wunschvorstellungen der Städteplaner und Bonzen wurde nicht nur von der Fabrik durchkreuzt, sondern ebenfalls vom entstehenden Widerstand der Bewohner. Es gab immer wieder Aktionen von Mietstreiks und Verhinderung von Zwangsräumungen (Märkisches Viertel 68-73). Die nicht kontrollierbare Sprengkraft des Widerstands der Bewohner gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, wenn diese sich erstmal der gemeinsamen Klassenlage bewusst werden, und die immer höher steigende Kriminalität gegenüber der in anderen Gebieten waren weitere Gründe für die Einstellung des Großsiedlungsbaus.
Der Abschied vom Konzept des Keynesianismus heißt im Wohnungsbau einfach: Wohnungsnot.

Die Umstrukturierung der alten Stadtviertel

Die Erfahrungen aus den Satellitenvorstädten wurden natürlich in die Bebauungspläne der innerstädtischen Sanierungsgebiete miteinbezogen. Für die Bewohner der Sanierungsgebiete änderte sich nichts. Die in den sechzigern begonnene Politik der Vertreibung der Bewohner in die teuren Sozialwohnungen durch Kahlschlagsanierung wurde fortgesetzt. So wurden in den 70er Jahren in den Sanierungsgebieten wie Wedding, Neukölln, Kreuzberg und Schöneberg mehr wie 50 000 Altbauwohnungen abgerissen. Meistens wurde nicht darauf geachtet, ob es sich um gute Wohnungen oder um Bruchbuden handelte. Diese Art der Sanierung war in mehrfacher Hinsicht dienlich fürs Kapital:

I. Die Zahl der Wohnungssuchenden stieg weiter. Es gab immer mehr Leute, die billigen Wohnraum suchten und dann gezwungen waren, teureren zu nehmen.
II. Die Mieten in ihren Sozialwohnungen, wohin die Leute vertrieben wurden, waren schon damals höher als die in den mietpreisgebundenen Altbauten.
III. Schlecht kontrollierbare Viertel, somit deren Bewohnerstrukturen, wurden großteils zerstört und durch überschaubare Siedlungen ersetzt. So wurden ganze Straßenzüge in den innerstädtischen Bezirken abgerissen, neu aufgebaut und umgeschichtet.

Modernisierung

Natürlich darf man diese "Stadterneuerung" nicht als einen Prozess, der in allen Sanierungsgebieten einheitlich vor sich geht, begreifen. Während z.B. im Wedding noch ganze Blöcke abgerissen wurden, ging man in manchen Teilen von Kreuzberg und Charlottenburg schon dazu über, Altbauwohnungen zu modernisieren. Die Modernisierung versprach ein lohnendes Geschäft für Wohnungsbaugesellschaften und vor allem auch für die vielen Privatbesitzer zu werden. Durch die hohen Subventionsgelder, Steuererleichterungen und die enorme Wertsteigerung des Hauses wurden starke Anreize geschaffen, in die alten Häuser zu investieren. Mit diesen "Luxusmodernisierungen", die sich nicht an den Bedürfnissen der Bewohner orientierten, sollten insgesamt höhere Mieten im Altbau durchgesetzt und gleichzeitig eine ideologische Aufwertung der alten Viertel erreicht werden.
Für die Bewohner verschlechterte sich dadurch ihre Situation nur noch mehr. Genau wie bei der Sanierung zielt die Modernisierung auf die Vernichtung von billigem Wohnraum. Erst werden die Häuser entmietet, dann zerstört und leerstehen gelassen, irgendwann wird abgerissen oder modernisiert und zum zwei- bis dreifachen Preis wieder vermietet, oder gleich in eine Eigentumswohnung umgewandelt und verkauft (damit hier keine Mißverständnisse aufkommen: Von uns hier hat keiner was gegen eine Wohnung mit Innenklo, Badezimmer und Isolierfenster, aber mehr dafür zahlen, kommt gar nicht in Frage).

Diese Aufwertung und soziale Durchmischung war der Kern einer neuen Strategie zur Entghettoisierung der alten Arbeiterviertel. Wir versuchen diese Strategie mal ganz kurz am Beispiel K 36 zu erklären:

K 36 ist ein Viertel mit Mietskasernen, die fast alle 80 bis 100 Jahre alt sind. Es herrscht eine Mischung von Wohnen und Hinterhofklitschen (83% der Betriebe hat weniger als 10 Leute). Bevölkerungsstruktur: Ca. 30% Arbeitsimmigranten (seit 1975 Zuzugssperre, also viele Illegale), viele Rentner, Studenten und Sozialhilfeempfänger. In den letzten 10 Jahren Reduzierung der Betriebe von 9500 auf 6000. Kreuzberg wurde zum Randgebiet. Das Ziel der Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften war die totale Sanierung, daher seit 1945 kaum Investionen in die Häuser, keine Reparaturen mehr. Dadurch wurde die Verslumung der Häuser und des Bezirks vorangetrieben. Die Leute mit mehr Knete auf Tasche zogen in die anderen Bezirke. Jedes Jahr ziehen ca. 15 000 Bewohner weg, d.h. die sichs leisten können. Leute, die auf niedrige Mieten angewiesen sind, kommen nach. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß ohne entscheidende staatliche Maßnahmen das Gebiet zum Ghetto wird.

Um dies zu verhindern wurde 1977 der Wettbewerb "Strategien für Kreuzberg" durchgeführt. Im Zuge dieses Wettbewerbs entstanden in dem dafür vorgesehenen Gebiet, dem so-

genannten "Strategiengebiet SO 36", also das Gebiet zwischen Görlitzer Straße und Schlesische Straße, neue Projekte und Bürgerinitiativen, deren Aufgabe es sein sollte, gemeinsam mit den Alternativarchitekten der IBA (Internationale Bauaustellung) neue Ideen und Konzept zur Stadterneuerung unter Beteiligung der betroffenen Bewohner und Gewerbetreibenden zu erarbeiten. Ziel des Ganzen sollte es sein, über Verkehrsberuhigung und Hinterhofbegrünung neue Werte zu schaffen, mit denen sich die Bewohner wieder identifizieren können. Außerdem sollte ein neues Projekt, die Mietermodernisierung, ausprobiert werden. Dazu Rudolph Kujath, Leiter der Unterabteilung Stadterneuerung: "Die Möglichkeit, öffentliche Mittel so sparsam wie möglich, einzusetzen, und privates Engagement - auch zur Identifizierung mit der Wohnung und der Stadt - zu unterstützen, führte zur Einführung der Mieter-Modernisierung."

Insgesamt hatte der Wettbewerb keine größeren Auswirkungen auf Gesamt-Kreuzberg oder die anderen Sanierungsgebiete.

Innerhalb der SPD-Regierung war man sich damals einig, daß eine weitere Ghettoisierung von Kreuzberg verhindert werden mußte. Gründe dafür waren das hohe Konfliktpotential und der Verlust von Wählerstimmen. Die Strategie dagegen war: "Soziale, wirtschaftliche und letztlich städtebauliche Neuordnung des Bezirks," (Ausschreibungstext) mit dem Ziel, zumindest einen Teil der ansässigen Bevölkerung, die "sozial Niedrigstehenden" durch "bessere Bürger" zu ersetzen. Dieser Prozess wurde und wird auf zwei Ebenen durchgeführt:

I. Im materiellen Bereich durch Veränderung der baulichen Struktur, d.h. Entkernung, Modernisierung, Verkehrsberuhigung und
II. Im Ideologischen durch Imageverbesserung. "Es soll wieder Spaß machen, im alten Arbeiterviertel zu leben."

Daß dieses Konzept, zumindest bis 1983 nicht aufging, zeigen u.a. die nachfolgenden Häuserkämpfe in diesem Gebiet.

Das endgültige Aus für den sozialen Wohnungsbau.

Im Folgenden versuchen wir die Maßnahmen, die dazu geführt haben, bis Anfang der 80er Jahre aufzuzählen. Wie weiter oben schon beschrieben, wurde der Großsiedlungsbau Ende der 60er Jahre eingestellt.
Den Diskusssion
Den Diskussionen über die Zukunft des sozialen Wohnungsbau folgte bald ein Konzept, wie man ihn vom Zuschussbetrieb ganz allmählich in einen profitableren Teil des Wohnungsmarktes verwandeln kann. Im Laufe der 70er Jahre wurden zwar noch in den meisten Sanierungsgebieten Sozialwohnungen gebaut - die durch Abriss entstandenen Baulücken wurden damit aufgefüllt - doch waren die Mieten von Anfang an hoch. Über die Einführung der Staffelmiete sind mehrmalige Mieterhöhungen im Jahr vorprogrammiert. Die Mieten sind entweder nur mit mehr Arbeit und Wohngeld oder bei Sozialhilfeempfang, weil da die Miete vom Sozialamt gezahlt wird, zu bezahlen. Die Vermietung der Wohnungen wird über die Anhebung der Einkommensgrenze garantiert.

- Der soziale Wohnungsbau wurde weiter reduziert.
- 1969 wurde ein neues Förderungsgesetz erlassen; ab jetzt wurde nicht mehr das Bauobjekt an sich gefördert, sondern nur noch die Zinslasten der Bauherrn. Diese Zinssubventionen sollen jährlich um 17 Pfennig pro Quadratmeter abgebaut werden, was zur Folge hat, daß einem jährliche Mindestmieterhöhung im Neubau von 17 Pfennig pro Quadratmeter garantiert wird.

- Die Umverteilung der Subventionsgelder auf eigentumsfördernde Bauvorhaben wurde weiter verstärkt.
- Die Einkommensgrenze, unterhalb derer man berechtigt ist, eine Sozialwohnung zu mieten, wird um 40% nach oben verschoben; ab jetzt können auch besser verdienende Leute in die Sozialwohnungen gehen.
- Der Verkauf von Sozialwohnungen als Eigentumswohnungen wird ermöglicht.
- Der Phantasie der Besitzer und Gesellschaften sind keine Grenzen gesetzt; immer wieder werden neue Pauschalen und Zuschläge auf die Miete draufgeschlagen.

Mit all diesen Maßnahmen, und es sind noch längst nicht alle aufgezählt, und den zahlreichen Mieterhöhungen im Altbau wird die Ausbeutung intensiviert.
Die Konzeption des Sozialwohnungsbaus, die Versorgung breiter Teile der proletarischen Bevölkerung mit Wohnraum, wurde aufgegeben.

DIE 80ER JAHRE

"Behutsame Stadterneuerung"

In den 80er Jahren laufen die Pläne der Wohnungsbaupolitiker und Besitzer auf allen Gebieten frontal gegen die Mieter. Gleichzeitig mit dem Angriff auf die erkämpften staatlichen Leistungen, wie das Arbeitslosengeld und die Sozialhilfe, und auf die Löhne, werden die Mieten extrem erhöht. Mit einer Flut von verschiedenen Gesetzvorschlägen und Vorschriften kommt es andauernd zu neuen Mieterhöhungen. Im sozialen Wohnungsbau haben sich die Mieten in den letzten 5 Jahren um durchschnittlich 200-300 DM erhöht. Dazu kommen noch die Erhöhungen der Mietnebenkosten.

Im Altbau sollte 1981 die Mietpreisbindung aufgehoben werden, was jedoch wegen den Hausbesetzungen und der breiten Diskussion über die Wohnungspolitik erstmal nicht durchgesetzt werden konnte und auf 1990 verschoben wurde. Berlin ist die einzige Stadt, in der die Mietpreisbindung noch besteht. Trotzdem soll die Mieterhöhung bis 1990 ca. 65% (ohne Modernisierung) betragen.

Es kommt zu immer mehr Zwangsräumungen (allein in Kreuzberg 30 im Monat) und Wohngeldkürzungen. Dadurch und durch die Mieterhöhungen sind die Leute gezwungen, immer mehr zu arbeiten und auch die absolut unterbezahlten Arbeiten anzunehmen.

Im Sozialen Wohnungsbau werden praktisch keine bezahlbaren Wohnungen mehr gebaut. Die Förderung konzentriert sich auf das Bauherrnmodell, durch das hier vor allem viele westdeutsche Bonzen die großen Profite machen können. Gebaut werden entweder unbezahlbare Luxuswohnungen oder aber Wohnungen mit niedrigem Standart (nach dem "Programm zur Kostenreduzierung im Sozialen Wohnungsbau" von 1981), die trotzdem noch zu teuer sind.

Das Hauptgewicht im Wohnungsbau liegt heute aber bei der Modernisierung. Die Flächensanierung hat sich für den Staat als zu teuer und als sozialpolitisch nicht mehr durchsetztbar erwiesen. Die Wut und der Widerstand der Bewohner gegen Spekulanten und Wohnungsbaugesellschaften war ihnen zu groß. Heute heißt das Konzept (noch) "behutsame Stadterneuerung". Die Altbauten werden jetzt oft nur noch instand gesetzt, d.h. die gröbsten Mängel beseitigt, neue Fenster und Dusche eingebaut, die Straßen verkehrsberuhigt und begrünt. Man versucht die alten Bezirke wieder bewohnbar zu machen. Die Mieten steigen zwar, aber (noch) nicht so extrem wie bei der (Luxus-) Modernisierung. Das Konzept ist auf der einen Seite ein Zugeständnis gegenüber den Kämpfen der Bewohner, auf der anderen Seite ist ein Experimentierfeld für Städteplaner und Bullen.

Eine wichtige Rolle spielt hierbei vorallem die Internationale Bauaustellung (IBA). Die Aufgabe der IBA ist es, Entwicklungsplanungen für 22 Blöcke in Kreuzberg zu erstellen, um in diesen Blöcken eine bewohnerorientierte Modernisierung durchzusetzen, ohne Vertreibung der ejtzigen Mieter. Das bedeutet natürlich nicht, daß alle Mieter nach der Modernisierung in ihre alten Wohnungen zurückkönnen. Umsetzungen und Neuzusammensetzung der Bewohner sind auch bei der IBA fest im Programm, nur eben in viel geringerem Umfang und Ausmaß, viel verdeckter und vorsichtiger, als dies bisher die Praxis war. Es wird eine Instandsetzung der Häuser praktiziert, die nicht zu totalen Mietsprüngen führt. Natürlich gibt es eine echte Beteiligung der Mieter an der Planung auch bei der IBA nicht. Oft genug mußten die Leute bei einer Versammlung, bei der es um die Modernisierung ihres Hauses ging, feststellen, daß schon fertige Pläne auf dem Tisch lagen und es nur noch darum ging, diese abzusegnen. Bei der IBA geht es also hauptsächlich um eine Aufwertung von Kreuzberg, optisch durch restaurierte alte Fassaden, hinter denen die Leute oft weiter mit feuchten Wänden leben müssen, und einer Neubelebung der sogenannten Mischstruktur, d.h. Wohnen und Arbeiten am besten im selben Haus. Die Tendenz ist dahingehend, die räumliche Trennung zwischen Arbeiten, Leben und Wohnen wieder aufzuheben. Auf diesem Gebiet spielen die alternativen Betriebe keine unwichtige Vorreiterrolle auch in Bezug auf ungarantierte Arbeitsverhältnisse und niedrige Löhne.

Die Neustrukturierung von Teilen Kreuzbergs durch die IBA verfolgt im Groben 2 Ziele:

- Die Schaffung neuer Werte, für die es sich lohnt mitzuarbeiten,
- und die Einbindung von Protest und Widerstand in die "behutsame Stadterneuerung".

Was mit den vorhergehenden Methoden noch nicht gelungen

SANIERUNGS- UND MODERNISIERUNGSKONZEPTE DER LETZTEN 15 JAHRE

Von Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre dominiert die Kahlschlagsanierung nach dem 1. und 2. Stadterneuerungsprogramm. Wegen der hohen Kosten und massiven Protesten der Bewohner, der Gewerbetreibenden und der Privathausbesitzer gegen die radikale Baupolitik verlegte das Kapital sein Planungskonzept auf Modernisierung der Altbauten. Hierdurch sollten auch die Privathausbesitzer in dem Sinn aktiviert werden, daß sie ihre Häuser modernisierten und so den Wohnungsbaugesellschaften einen Teil der Drecksarbeit, nämlich den Rausschmiß der alten Mieter abnahmen. Doch trotz großer finanzieller Anreize blieb der Anteil der Privathausbesitzer weiterhin gering. Durch das 1972 in Kraft getretene Städtebauförderungsgesetz wurde der gesetzliche Rahmen für die Finanzierung der Modernisierung geschaffen.

Modernisierungs- und Energiespargesetz (ModEng)

Ab 1975 werden umfangreiche Gelder für das neue Mod.Eng. zur Verfügung gestellt. Das Mod.Eng. wurde verabschiedet, weil niemand mehr bereit war, die hohen Kosten für eine Flächensanierung zu übernehmen.

Zukunfts-Investions-Programm

Es folgte 1977 das ZIP. Das Geld, das für dieses Programm zur Verfügung stand, sackten neu-entstandene Gesellschaften ein, die mit Hilfe von westdeutschen Kommanditistenkapital massig Altbaugrundstücke aufkauften. In kleinerem Maßstab wiederholte sich das alte Spiel: Verwahrlosung, Entmietung, Leerstand, danach Luxusmodernisierung, die zu totalen Mietsprüngen führte.

Instandsetzung

Im Sommer 1980 wurden erstmalig Mittel für die Instandsetzung bereitgestellt, damals als "Integrationshilfen" zu Gunsten ausländischer Arbeiter bezeichnet.

Frühjahr 81: Abkehr von der mühselig anlaufenden Modernisierung nach ZIP und anderen ähnlichen Modellen. Diese Art der Modernisierung verlor ihre Priorität für die Stadterhaltung und – erneuerung. Die Finanzierung von Instandsetzung hat ab jetzt den Vorrang.

1982: Veränderung der Modernisierungspolitik

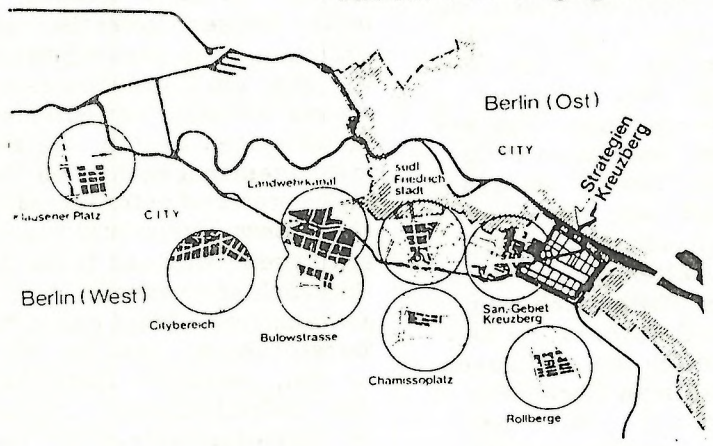
- Seit Sommer 1981 wird die durchgreifende Modernisierung nur noch stark eingeschränkt nach dem 2. Wohnungsbaugesetz (§17) öffentlich gefördert. Die lange Dauer der Entmietung, im Durchschnitt für ein Haus bis zu 2 Jahre, und der wachsende Widerstand gegen Leerstand und Luxusmodernisierung machten diese Modernisierung zu uneffektiv und teuer.
- Reduzierung des Landes-Modernisierungsprogramm (LaMod).
  Die Nodernisierung nach LaMod, die als "mittlere Modernisierung" das zentrale Instrument der Stadtreparatur werden sollte, wurde wieder fallengelassen, noch ehe es zur Wirkung kam. Die darin vorgesehene Rücksichtnahme auf die Mieter sowie die umständlichen langwierigen Verfahrenswege wurden vom Kapital als Hemmnisse für Planung und Ausführung kritisiert. Das LaMod wird im Umfang, in Standart und Bauaufwand reduziert. Es sollen künftig nur noch 2000 Wohnungen jährlich nach LaMod verbessert werden.
- Öffentliche Förderung der Mietermodernisierung.
  Die Mietermodernisierung, die Modellcharakter besitzt, wird hier in Westberlin als ein Ergebnis der Kämpfe propagiert. Sie soll privates Engagement fördern. Die Mieter verpflichten sich, das Haus selbst instandzusetzen, und werden dabei vom Senat finanziell unterstütz. Vorraussetzung ist, daß der Hausbesitzer einverstanden ist und die ganze Sache mitfinanziert. Diese Mietermodernisierung wird zur Zeit nur in ein paar Häusern praktiziert.
- Neues Instandsetzungsprogramm.
  Auf der Grundlage von ModEng stellt der Senat bis 1985 270 Millionen für die "MiniModernisierung" von ca. 39 000 Wohnungen zur Verfügung. Die Mittel dieses Programms flossen bisher – wie sollte es anders sein – in alle möglichen Taschen und Bauten, nicht aber in die Stadtteile, in denen der Anteil an schlechten Wohnungen am größten ist. Im Sommer '81 wurde dieses Programm dann nochmal berlin-spezifisch erweitert. Diesmal wurden 570 Mio. für die Förderung von Instandsetzung bereitgestellt. Dieses neue Landes-Instandsetzungs - und Modernisierungsprogramm (LaInst.) steht seit 1.1.82 als flexibles Dauerprogramm zur Verfügung.
- Weitere Förderung von Selbsthilfemaßnahmen.
  Zitat Rudolph Kujath, Leiter der Unterabteilung Stadterneuerung: "Seit 1978 werden in Kreuzberg im Rahmen der "Strategien für Kreuzberg" Selbsthilfeaktivitäten von Gruppen gefördert, die eigenverantwortlich und selbstbestimmt soziale Zielsetzungen für sich formulierten und im Zusammenhang mit der Stadterneuerung durchführen wollen. Die bisher realisierten Objekte erwiesen sich vor allem deshalb als erfolgreich, weil sie das soziale Anliegen der Stadterneuerung aufgreifen und preiswerten Wohraum für benachteiligte Gruppen bereitstellen. Die bisher geförderten Gruppen haben vorher unbewohnbare Häuser mit weitgehender Eigenleistung hergerichtet. Mit dem Sozialpädagogischen Institut (SPI) der Arbeiterwohlfahrt steht eine Institution zur Verfügung, um vor allem Ausbildungs- und Wohnprojekte im Jugendhilfebereich mit Baumaßnahmen zu verknüpfen."

ist, wird jetzt auf "alternative Art" durchgesetzt. Kreuzberg wird sauber und übersichtlich. Neben den Instandsetzungen werden durch die IBA noch einige Musterneubauten (Sozialer Wohnungsbau) in bester Lage errichtet, deren hoher Mietzins sich nur die progressiven IBA-Architekten, Anwälte und andere Schleimer leisten können.

Ob sich das Konzept der "behutsamen Stadterneuerung" als ein wichtiges Instrument zur Stadtplanung erweist, muß noch offen gelassen werden. Einige neue Anweisungen und Neuregelungen des Senats deuten darauf hin, daß der "behutsamen Stadterneuerung" so langsam der Geldhahn zugedreht wird. Z.B. wurde die Vorfinanzierung für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen für Häuser, für die eine Modellförderung in Aussicht stand, gestrichen.

Für die proletarischen Bewohner hat sich nicht viel geändert. Sie müssen sich weiterhin um die paar halbwegs billigen Wohnungen reißen, sich von den Vormietern, Maklern und Wohnungsbaugesellschaften zwingen lassen, Schmiergelder zu zahlen, um überhaupt an eine Wohnung ranzukommen, und dann immer mehr arbeiten um sie zahlen zu können.

Aktuelle Planungsgebiete



2. TEIL - DIE BERLINER HÄUSERBEWEGUNG VON 1979 BIS HEUTE

Anfang 1979 wurden die ersten Besetzungen über die BI 36 und die Mieterläden organisiert. Mit diesem bisher radikalsten Mittel wollte man die Hausbesitzer zur Vermietung der leerstehenden Wohnungen zwingen. Erfolge gab es hier nicht, trotzdem wurden immer mehr Wohnungen besetzt, was von einer Kampagne gegen die Kahlschlagsanierung begleitet wurde. In der Kampagne ging es hauptsächlich um das Leerstehen und den Abriss der alten Häuser und die damit verbundene Zerstörung der Kiezstrukturen. Der Vorschlag der Mieterläden war:

In die Häuser reingehen, sie selber instandsetzen und mit dem Vermieter einen Vertrag abschließen. Das ganze wurde "Instandbesetzung" genannt.

Im Januar 1980 werden die ersten Häuser unabhängig von den Mieterläden und der BI besetzt, die aber politisch und organisatorisch weiter dominieren. Eine Zusammenarbeit mit den Mieterläden gab es nur am Anfang. Zwar wurden ihre Informationen und ihre Vorarbeit für weitere Besetzungen benutzt, doch eine politische Zusammenarbeit wurde abgelehnt. Dies wurde damit begründet, daß ihre Politik auf Einzelerfolge durch Mauscheleien mit den zuständigen Behörden ausgerichtet war.

Die Leute aus den Häusern waren im Besetzerrat organisiert, der schon nach den ersten Besetzungen als lose Organisation einberufen worden war. Einmal wöchentlich trafen sich Leute aus besetzten Häusern, um Informationen auszutauschen, weitere Schritte und Aktionen zu diskutieren. Der Besetzerrat war beschlußfähig und galt als die Vertretung aller Häuser gegenüber dem Senat und den Wohnungsbaugesellschaften, es gab einen Gesamtbesetzerrat für alle Häuser und gleichzeitig die Räte auf Bezirks- und Blockebene.

Bei einer am 10. Oktober 1980 von den unabhängigen Gruppen organisierten Demonstration gegen angedrohte Räumungen kommt es zu den ersten Zusammenstößen mit den Bullen und den ersten Verhaftungen. Der eigentliche Anstoß zur grossen Besetzungswelle war aber erst der 12.12. 1980. Zu diesem Zeitpunkt waren zwar erst 20 Häuser besetzt, aber es hatte sich soviel Haß und Wut bei vielen Leuten angehäuft, daß es nach der Räumung eines Hauses am Fränkelufer zu dreitägigen schweren Straßenschlachten kam, an denen sich viele beteiligten, die bisher nicht zur Besetzerszene gehörten. Es gab Schwerverletzte und viele Verhaftungen. Die Häuser, die bereits in Verhandlungen über Pacht- und Mietverträge steckten, brachen diese ab und stellten zusammen mit allen anderen die Forderung nach Freilassung aller Gefangenen als Vorraussetzung für weitere Verhandlungen. Es wurden jetzt wöchentlich mehrere Häuser besetzt, bis es im Frühjahr 1981 ca. 160 waren.

Die Besetzungswelle war auf der einen Seite nur möglich, weil der Senat nicht wußte, wie er sich gegenüber der plötzlich entstehenden militanten Massenbewegung verhalten sollte. Die anfängliche Zurückhaltung war also nicht nur ein taktischer Schritt um Zeit zur Erarbeitung wirksamer Strategien gegen die Bewegung zu gewinnen, sondern auch ein Ausdruck der

Macht der Militanten. Die Herrschenden hatten noch keinen Überblick über die soziale Zusammensetzung der Besetzer und die mögliche Ausweitung der Kämpfe auf große Teile der proletarischen Mieter, die zu diesem Zeitpunkt massiv mit der Wohnungspolitik des Senats konfrontiert waren.

Auf der anderen Seite war die Regierung durch den Druck der "demokratischen Öffentlichkeit", einer Reihe von Skandalen in der mit der SPD verbundenen Bauwirtschaft und der daraus folgenden Regierungskrise nicht in der Lage, die Besetzungen durch militärisches Eingreifen zu verhindern.

Häuser und Besetzer

Bis auf wenige Ausnahmen waren die Häuser, die besetzt wurden, in ziemlich kaputtem Zustand. Oft mußte man neue Wasser- und Stromleitungen legen, Klos einbauen usw. Eine Ursache dafür war die, von den Mieterläden und Bürgerinitiativen vertretene, moralische Rechtfertigungsargumentation. Der verkürzte Inhalt dieser Argumentation war:

"Wir gehen in die alten Häuser, die die Besitzer verrotten ließen, und machen sie in Eigenarbeit und mit eigenen finanziellen Mitteln wieder bewohnbar, um sie vor dem Abriss zu retten. Deshalb haben wir ein Recht darauf, in den Häusern zu bleiben."

Diese Rechtfertigung der Besetzungen sollte eine breitere Diskussion über Eigentum und Enteignung abwürgen und gegen Kriminalisierung schützen. Jeder Besetzung von gutem, neuem Wohnraum sollte dadurch vorbeugend die Unterstützung durch die großen Mieterinitiativen entzogen werden. Auf diese Unterstützung konnte man aber, zumindest in der Anfangsphase, nicht verzichten. So sah man sich gezwungen, ob man wollte oder nicht, auf dieser vorgegebenen Linie zu bleiben, um nicht eine sofortige Räumung zu riskieren. Ein anderer Grund, warum so viele Schrotthäuser besetzt wurden, war der, daß viele eine Abneigung gegen Neubauten hatten. Die Leute wollten nicht anders wohnen, sie fühlten sich wohl in den alten Gemäuern, in denen man endlich tun und lassen konnte, wozu man Bock hatte. Es waren fast alles Altbauten in den alten Arbeitervierteln, die von der Flächensanierung betroffen waren, also vorallem Kreuzberg, aber auch Schöneberg und Wedding. Das sind auch die Bezirke, in denen die meisten Immigranten, Sozialhilfeempfänger, Rentner, Studenten, Freaks und Punks wohnen.

Die Besetzer kamen aus allen sozialen Schichten, viele hatte schon seit Jahren versucht, sich so weit wie möglich und vereinzelt dem Arbeits- und Leistungszwang der Fabrikgesellschaft zu entziehen, sie lebten vom Jobben, von Arbeitslosen- und Sozialgeld. Für sie war die Besetzung zu erst mal die Eroberung von freiem Wohnraum, die Durchbrechung der Vereinzelung durch das Zusammenleben mit anderen. Die Bewegung war in den ersten Monaten wie eine Explosion, sie zeigte, daß es möglich ist, gemeinsam zu kämpfen und sich Lebens- und Wohnraum anzueignen. So brachen viele Schule oder Lehre ab, befreiten sich aus ihren erdrückenden Verhältnissen. Mit der Zeit besetzten auch die, die sich aus Angst vor Bullen und Knast eher zurückgehalten hatten, und auch Leute, deren Interesse nur darin bestand, sich in den Häusern gemütlich einzurichten. Die ganze Bewegung war also ein Gemisch aus einer Masse von unterschiedlichen, meist jungen Leuten, die sich mit auseinandergehenden Vorstellungen und unterschiedlichem Bewußtsein zusammenschlossen. Was uns trotz der Unterschiede verband, war der gemeinsame Kampf gegen die Zerstörung der billigen Wohnungen, gegen den Angriff auf das "befreite Gebiet" und unsere Verhaltensweisen und Lebensgewohnheiten (in großen Gruppen zusammenleben, Essen klauen, Musik, usw.). Über politische Forderungen und Ziele konnte man sich nur selten auf eine gemeinsame Position einigen. Diese eigenen Lebensformen und Bedürfnisse der Besetzer, so richtig sie auch waren, ließen sich nicht verallgemeinern, was vom Großteil der Besetzer auch nicht beabsichtig war.

Vor allem das Leben in Großgruppen und der Absolutheitsanspruch, mit dem dies vertreten wurde, trennte die Besetzer von den Bedürfnissen des Großteils der Proletarier. Besetzungen dieser Art waren also nur für einen begrenzten Kreis von Leuten möglich und für den Großteil der Proletarier nicht nachvollziehbar. Natürlich war ihnen ihre Miete zu hoch, die Wohnung zu klein oder zu schlecht, aber welche Malocher/in mit Familie hat schon ein Interesse, in der Freizeit auch noch unbezahlt ein Haus instandzusetzen, um dann wieder rauszufliegen. Zudem hätte es meistens eine Verschlechterung des erreichten Standarts bedeutet. Von seiten der Immigranten, die vor allem in Kreuzberg einen großen Teil der Bevölkerung ausmachen und die für ihre Löcher die höchsten Mieten zahlen, gab es zwar vor allem anfangs viel Sympathie gegenüber den Besetzern, Ansätze von gemeinsamer Diskussion und Organisierung von Besetzern und Immigranten oder von Mietstreiks hatte es so gut wie nie gegeben.

Die zwei Linien in der Bewegung

Im Groben kann man in der Bewegung zwei Hauptrichtungen unterscheiden. Diese wurden auch von den Herrschenden ziemlich früh erkannt. Harry Ristock, SPD-Bausenator, am 8. 9. 1980 auf einer Pressekonferenz:
"Instandbesetzungen sind kein Massenproblem". Die Besetzer müsse man differenzieren, "es gibt durchaus eine Gruppe von Idealisten, die wirklich mit Farbe an die Häuser rangehen, aber neben einer zweiten Gruppe von Punkern und Rokkern gibt es eine dritte, die an der Konfrontation mit der Staatsgewalt interessiert ist."

Diese beiden Linien waren von Anfang an klar, doch die offene Spaltung der Bewegung wurde bis zum Sommer 1981 durch eine Reihe von Einheitserklärungen der Besetzerräte mit der gemeinsamen Forderung nach Freilassung der Gefangenen verhindert. Als dann nach den harten Auseinandersetzungen klar war, daß die Gefangenen nicht frei zu bekommen waren, und die damit verbundene Forderung nach Legalisierung der Besetzungen von leerstehenden Wohnraum politisch nicht realisierbar war, fiel die wichtigste verbindende Forderung zwischen den Fraktionen weg. Für einen großen Teil der Besetzer ging es nur noch um die Erhaltung ihrer Häuser, für die sie mit der Zeit immer erniedrigendere Vertragsbedingungen akzeptierten. Sie hatten Angst, ihre Häuser zu verlieren, in die sie massig Zeit, Geld und Arbeit gesteckt und in denen sie eine begrenzte Selbstbestimmung erreicht hatten. Diese Angst wurde von Seiten der Regierung durch andauernde Räumungsdrohungen, Durchsuchungen und Räumungen gezielt verstärkt.

Die Gegenstrategie lief unter dem vielbenutzten Begriff "Die Berliner Linie". Dieses Konzept wurde noch unter der SPD-Regierung gemeinsam mit den Bullen und Hausbesitzern ausgearbeitet. Offiziell sollte damit jede weitere Besetzung verhindert werden, was dann von der CDU-Regierung ab Mai 1981 auch durchgesetzt wurde. Das Hauptziel dieses Konzepts lag in der Spaltung der Bewegung, d.h.

- Jede Verbindung zwischen den Besetzern und den Massen von Mietern und Wohnungslosen zu verhindern,
- Verhandler gegen Nichtverhandler zu stellen usw.

Die Entscheidung ob Räumung, Scheinverhandlung oder Verhandlung mit Vertragsabschluss nach den Richtlinien der "Berliner Linie" liefen meistens unter folgenden Gesichtspunkten:
Soziale Durchmischung der Bewohner des Hauses, soziales Umfeld, weitere Verwertbarkeit des Hauses fürs Kapital, Bedeutung des Hauses für die Bewegung, psychologischer Effekt zur Einschüchterung und Spaltung.

So wurde dann auch bei jedem Verhandlungsgespräch oder Vertragsentwurf, egal ob von Wohnungsbaugesellschaften, Senat oder Besetzerseite, immer wieder betont, es handle sich um ein Lösungskonzept für ein oder höchsten ein paar Häuser, es könne nicht verallgemeinert werden und es müsse für jedes Haus ein ganz inviduelles Konzept erarbeitet werden. So schlug die Strategie zur Spaltung, Integration und Zerschlagung der Bewegung voll ein. Die Verhandler hatten also keine gemeinsame Grundlage mehr, auf der sie ihre Stärke hätten erhalten und entwickeln können, sondern schlugen sich meist einzeln mit ihren Lösungsvorschlägen rum.

Weitere wichtige Instrumente zur Spaltung und Integration waren vor allem die neugegründeten Trägervereine wie S.H.I.K., Stattbau, die evangelische Kirche, die Paten und die IBA, die alle als Vermittler zwischen Besetzern, Senat und Wohnungsbaugesellschaften auftraten. Ihre Aufgabe war es, die Auseinandersetzungen vor, während und nach Räumungen für Politiker und Bullen berechenbar zu machen. Paten z.B. sollten in den Häusern, in denen sie sich eingenistet hatten, für die Gewaltfreiheit der Besetzer bei der Räumung garantieren, während die alternativen Trägervereine und die evangelische Kirche die Verhandler endgültig auf den Weg der Legalität zurückführen sollten. Kein Wunder, daß bei solch wichtigen Aufgaben nur sehr kompetente Leute vom Senat als Vermittler akzeptiert wurden. Nur ein Beispiel von vielen, die man aufzählen könnte:

Reiner Papenfuss, von Beruf Rechtsanwalt und SPD-Mitglied. In den 70ern war er lange Zeit Geschäftsführer der SPD-Abgeordnetenfraktion und genau in der Zeit vom Januar bis Juni 1981, als hier auf den Straßen die Barrikaden brannten, war er Chef der Senatskanzlei, der Stelle im Rathaus,

die für die Verbindung zwischen Alliierten, Bullen und Geheimdienst auf politischer Ebene verantwortlich ist. Und genau dieser Reiner Papenfuss war bis zum 18. 7. 1983 der Beauftragte der evangelischen Kirche für Hausbesetzerfragen, also einer, der für die Legalisierung der Häuser vermittelt hat.

Aber, wie gesagt, nicht nur die Evangelische Kirche hat hier in ihrer Funktion als Instrument zur Aufstandsbekämpfung einen sogenannten "Modellcharakter". Ganz Westberlin war während der Häuserkämpfe ein einziges Manövergebiet und Versuchsgelände für Bullen und Militärs aus der ganzen Welt. Hier wurde probiert, taktiert und studiert, wie sie in Zukunft gedenken, mit sozialen Revolten fertig zu werden.

Daß die Bewegung so schnell in die Defensive gedrängt wurde, liegt jedoch nicht nur an der Wirksamkeit der staatlichen Gegenstrategien und dem opportunistischen Verhalten eines Teils der Besetzer, sondern vor allem auch an der Unfähigkeit des militanten Teils, den Kampf auszuweiten. Weder dachten die Besetzer an eine Verbreiterung des Kampfes nach außen, noch konnten sie der von oben diktierten Spaltung innerhalb der Bewegung etwas entgegensetzen. Eine Spaltung war vorherzusehen und auch unausweichlich. Doch die Fronten, an denen entlang sie verlief, wurden weder konstruktiv überbrückt noch zu einer politischen Zuspitzung der Kämpfe genutzt. Ein großer Teil der Militanten glaubte allein mit der Gewalt auf der Straße, mit der Drohung von ein paar 100 000 Sachschaden nach jeder Räumung, die Häuser halten zu können. Obwohl klar war, daß eine Spaltung bevorstand und die Macht auf der Straße eine begrenzte Sache war, fiel den Radikalen nicht viel mehr ein, als auf der Forderung nach Freilassung der Gefangenen zu beharren.

An dieser Stelle muß gesagt werden, daß es den militanten Teil der Bewegung oder die Militanten als homogene Struktur, als Einheit, nicht gab. Sie waren sozial genauso bunt zusammengewürfelt wie die ganze Bewegung. Deshalb sind hier Aussagen über Militante oder Gruppenaufteilungen sehr grob und undifferenziert.

In der wichtigsten Phase für den Häuserkampf, also im Frühjahr 1981, war ein nicht geringer Teil der Militanten mit der Mobilisierung und Unterstützung des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und anderen Gefangenen beschäftigt. Die Diskussionen, die über die Perspektive des Häuserkampfes geführt wurden, bezogen sich fast ausschließlich auf die Organisierung einer militanten Kiez- und Hausverteidigung. Diskussionen und Aktivitäten in Richtung proletarischer Mietkampf und Mietboykott usw. gab es nur vereinzelt. Das Fehlen einer revolutionären Perspektive und weitertreibende Kampfvorschläge zum Häuserkampf machte es den Alternativen leicht, die weiteren Diskussionen zu bestimmen. So gaben viele Leute auf, die noch zwischen den Fronten standen, die sich aber anfangs vielmehr an den Militanten als an den Alternativen orientiert hatten. Ein großer Teil der Militanten sah die besetzten Häuser mit der Zeit nur noch als eine Art Ausgangsbasis für den Kampf für "höhere Ziele", die sich vorallem in solchen Parolen wie "Zerschlagt das Schweinesystem", "Zerschlagt die NATO" und "Kampf dem US - Imperialismus" ausdrückten. Wir gehen weiter unten noch genauer auf die Entwicklung des militanten Teils ein und wieso wir glauben, daß es so gelaufen ist, jetzt aber erst noch →

Das traurige Ende der Geschichte

Auf der einen Seite unterschrieben immer mehr Häuser Verträge, weil sie darin die einzige Möglichkeit sahen, sich zu retten, während der Rest geräumt wurde, ein Teil trotz laufender Verhandlungen. Die Kraft der Militanten verbrauchte sich, mit der Zeit ließ sich niemand mehr für die jeweilige Demo nach einer Räumung mobilisieren, die Bullen trafen auch bei Räumungen auf fast keinen Widerstand mehr. So wurde ein Bezirk nach dem anderen aufgeräumt, bis die ganze Szene auf Kreuzberg zurückgedrängt war. Hier wurden die Häuser später natürlich auch geräumt, aber es gab im Vergleich zu anderen Gebieten die meisten Legalisierungen.

Und wie siehts heute aus:
Ca. 60 Häuser haben Verträge gekriegt und die letzten 10 versuchen verzweifelt noch welche zu bekommen. In den legalisierten Häusern haben die Leute beschissene Verträge unterschrieben, nach denen sie fast oder genausoviel Miete zahlen müssen, wie in normalen Altbauwohnungen, d.h. ein paar tausend Mark im Monat. Die hohen Mieten und die Tatsache, daß einige Bewohner für ihre monatlichen Zahlung verantwortlich gemacht wurden, sind ein Grund für die Streitereien in den Häusern.

Die Mieten sind jedoch nicht das einzige Problem. Mit den Pachtverträgen verpflichteten sich die Leute unter Aufsicht von alternativen Sanierungsträgern wie z.B. Stattbau oder Architektenkollektiven die Häuser ordnungsgemäß instandzusetzen.

Der Senat verfolgte und erreichte mit der Legalisierung folgende Ziele:

- Sollten Vorzeigeobjekte geschaffen werden, die die Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems beweisen, und deren Modellcharakter sich hervorragend für Studien der Sozial- und Städteplaner eignet
- Sind jetzt Leute mit der Renovierung ihrer Häuser beschäftigt, die in Besetzerzeiten nie daran gedacht hätten soviel Zeit und Gedanken an der Instandsetzung des Hauses unter Aufsicht der Sanierungsträger zu verschwenden. "Stattbau" selbst versteht sich unter anderem als "Institut zur Arbeitsbeschaffung"
- Spart der Senat mit dieser Art der Modernisierung einen Haufen Geld, weil die Alternativbetriebe, an die großteils die Bauarbeiten vergeben wurden, und die Bewohner der Häuser zu niedrigeren als den ortsüblichen Löhnen arbeiten. Der Senat hatte also nur die Material- und Lohnkosten zu tragen. Die Profite der Baugesellschaften, die normalerweise bei Modernisierungsdurchführungen eingestrichen worden wären, fielen flach.

So wurden in der Legalisierung der Häuser letzen
So wurden in der Legalisierung der Häuser letztendlich nur die Form des Zusammenlebens, mit vielen in einem Haus zu leben, erkämpft.

Der Rest der Häuser wurde geräumt, dann abgerissen oder inzwischen saniert und jetzt teuer vermietet oder steht jetzt noch leer. Der größte Teil der ehemaligen Besetzer wohnt wieder vereinzelt oder in WGs in Mietwohnungen. Problem wie die Miete aufbringen oder das Essen ranschaffen sind wieder Privatsache. Die meisten großen Gruppenzusammenhänge haben sich aufgelöst.

AUS DEN KÄMPFEN LERNEN!

Angesichts der heutigen Situation müssen wir uns fragen, wie es möglich war, daß sich die revolutionäre Kraft einer Bewegung von ein paar tausend Leuten so schnell verbrauchen konnte, wieso der Häuserkampf als Angriff auf die Besitzenden, als Aneignung von Wohn- und Lebensraum so schnell vorbei war. Gleich am Anfang tauchen Fragen auf, die wir nur unbeantwortet vorneweg in den Raum stellen können.

Hat eine solche Bewegung überhaupt ein Interesse daran, den Kampf auszuweiten und Forderungen aufzustellen, die sich an den Bedürfnissen weiter Teile der Klasse orientieren?
Ist es überhaupt möglich, einen proletarischen Häuserkampf zu führen, ohne daß gleichzeitig Kämpfe auf der Produktionsebene stattfinden und diese untereinander verbunden werden?

Doch trotzdem wollen wir versuchen, herauszuarbeiten, wieso der militante Teil der Bewegung, der sich klar gegen die Besitzer und Integrationsstrategen gestellt hatte, nicht in der Lage war, den Kampf für Wohnraum zu verbreitern, und als Klassenkampf zu begreifen. Es geht uns hier nicht darum, die staatliche Gegenstrategie zu analysieren oder die Rolle der alternativen Sozialstrategen zu klären, (was auch nötig wäre).

Einer der wichtigsten Gründe ist, daß die meisten Leute erst durch die Bewegung aus ihren vereinzelten Bedingungen rausgekommen sind, viele hatten sich zwar gegen die perversen Lebensbedingungen aufgelehnt und sich so gut wie möglich der kapitalistischen Maschinerie entzogen, aber nur sehr wenige hatten die Erfahrung vom kollektiven Kampf. Was die meisten von uns zusammenbrachte, war wohl die gemeinsame Ausgangsbasis. Der Großteil war neu in Westberlin, hatte hier keine sozialen Bindungen, miese Wohnungen, wenig Geld usw., kurz gesagt: wir hatten nichts zu verlieren, und durch die Besetzungen ne Menge zu gewinnen. Die Erfahrungen, die wir bis dahin mit dem System gemacht hatten, waren inviduelle Erfahrungen. Jede/r hatte eine eigene Geschichte. Was uns vereinigte, war das Bedürfnis zusammen zu leben, und der Wille, für die eigenen Bedürfnisse zu kämpfen.

Berlin ist schon

Es gab zwar einige schon länger existierende Gruppen, aber von diesen hatte keine eine Ausrichtung auf den Aufbau einer revolutionären Gegenmacht. Die einen orientierten sich vor allem an den Befreiungsbewegungen der 3. Welt und am Guerillakampf hier. Sie vertraten eine antiimperialistische Politik, die nicht von den Klassengegensätzen hier ausgeht.

Die anderen bauten auf der Bewegung den Mythos vom autonomen Kämpfer auf, was durch die Medien noch gefördert wurde. Ihre politische Position war:
"Wir kämpfen für uns und führen keine Stellvertreterkämpfe. Wir kämpfen nicht für Ideologien, nicht fürs Proletariat, nicht fürs Volk, sondern für ein selbstbestimmtes Leben. Die Macht ist schlecht, also wollen wir auch keine Gegenmacht aufbauen." (aus dem Thesenpapier der Autonomen 1981)

Der weitaus größte Teil der Militanten lehnte zwar diese Positionen daer oben genannten Gruppen ab, war aber wegen mangelnder politischer Klarheit und Erfahrung nicht in der Lage, ihnen etwas entgegenzusetzen.

Was auf jeden Fall wichtig war an der Bewegung, war das Ausgehen von den eigenen Bedürfnissen. Das war auch der Grund für die Durchschlagskraft dieser Revolte, sie entstand spontan aus der eigenen Lage heraus. So konnten sich tausende an dem Aufstand beteiligen. Der entscheidende Fehler solcher diffusen Revolten ist meistens der, daß die Unterschiede und Gegensätze zum Großteil der Klasse hervorgehoben werden, anstatt sich an den Gemeinsamkeiten und den vereinheitlichenden Forderungen zu orientieren. Es kam zu keiner längerfristigen Auseinandersetzung über Bedeutung und die Perspektiven der Besetzungen für eine revolutionäre proletarische Bewegung, weder in den Besetzerräten noch auf den Autonomenplenen, weil die verschiedenen Gruppen sich gegenseitig ablehnten und weil die meisten gar nicht die Notwendigkeit dafür sahen.

Die Erfahrungen früherer berliner Häuserkämpfe oder in anderen Städten wie z.B. Frankfurt 1974 oder in Italien wurden nie aufgearbeitet und diskutiert. Auch bei den Kämpfen in Amsterdam ging es fast nur um die spektakulären Räumungen und Straßenschlachten.

In der Anfangsphase der Besetzungswelle gab es einige wichtige Ansätze zur Verbreiterung des Häuserkampfes auf andere Teile der Bevölkerung. So besetzte eine Mietergruppe aus dem Block 145 im November 1980 die Häuser in der Forsterstraße 16 und 17 und setzte die Wiedervermietung an türkische Familien durch. In der Kottbusserstraße wurde im Februar 1981 ein Haus zusammen mit einigen türkischen Frauen mit Kindern besetzt. Ferner gab es eine Mietboykottgruppe, die sich jedoch nur einige Male traf. Diese Erfahrungen wurden jedoch von den meisten fast nicht beachtet. Stattdessen befassten sie sich nur mit dem eigenen Haus und der Szene, genossen eine zeitlang das aufregende Leben, fühlten sich gegenüber der restlichen Bevölkerung als die ganz Besonderen und sahen die anderen als die dummen Bürger, die noch immer nichts verstanden hatten. Überlegungen der Autonomen, den Kampf auszuweiten, endeten oft in einer Art "Öffentlichkeitsarbeit", die sich nur wenig von der der Alternativen unterschied und die meist zum Ziel hatte, bevorstehende Räumungen zu verhindern. Der Begriff der "Öffentlichkeit" wurde nicht vom Klassenstandpunkt aus bestimmt, es ging allein darum, möglichst viele Leute für eigene Interessen zu mobilisieren. Die Wohnsituation eines Großteils der proletarischen Mieter wurde weder erkannt noch thematisiert. Die Militanten interessierten sich für die hohen Mieten in den Sozialwohnungen genausowenig wie für die täglichen Zwangsräumungen, wunderten sich aber gleichzeitig, daß sich die vielen Unzufriedenen nicht am Häuserkampf beteiligten.

Das Ghetto, in das wir gedrängt wurden, wird von uns akzeptiert, man begreift sich als Randgruppe und damit fällt auch jede revolutionäre Perspektive weg, die die ganze Klasse umfasst; es gibt nur noch Widerstand in Form von Sabotage und kurzen Revolten. Es fehlt das Bewußtsein, daß wir nur als Mehrheit der Unterdrückten und Ausgebeuteten, als Klasse siegen können, daß Zerschlagung des Kapitalismus vor allem Organisation und Kampf der ganzen Klasse heißt.

ein paar

WOHNUNGSKAMPF IST KLASSENKAMPF!

Eine umfassende Einschätzung der Möglichkeiten, jetzt einen breiten Wohnungskampf zu organisieren, können wir hier nicht geben, dazu sind wir

1. keine relevante Gruppe, die die Kraft hätte, Siege zu erringen und
2. wissen wir zuwenig darüber, wie die proletarischen Mieter der Sozial- und Altbauwohnungen den Angriff, der dem Kapital die Kontrolle über alle Lebensbereiche wieder sichern soll, überhaupt verkraften, einschätzen und erwidern.

Wir finden es jedoch wichtig zu sagen, was es zur Zeit an konkreten Ansätzen im Kampf um Wohnraum und gegen die Mieterhöhungen gibt:

- schon immer wurden Wohnungen von Einzelnen besetzt. Die Leute versuchen dann entweder im Stillen, so lange es geht in den Wohnungen zu bleiben oder sie fordern vom Eigentümer Mietverträge.
- in vielen Altbauhäusern haben sich die Bewohner hausintern organisiert und zahlen zum Teil schon seit Jahren keine Mieterhöhung mehr.
- in der letzten Zeit wird wieder versucht, leerstehende Häuser und Wohnungen nach altem Stil zu besetzen (Transparente raushängen, Flugblätter verteilen....)
- in einer NH-Sozialwohnungssiedlung in Mariendorf kämpfen hunderte von Mietern seit 2 Jahren mit Selbstreduzierung der Miete gegen die ständigen Mieterhöhungen. Ein Teil von ihnen will einen totalen Mietboykott durchsetzen. (Dieser Mietkampf ist, soviel wir mitgekriegt haben, stark von bürgerlichen Leuten beeinflusst.)

Daß all diese wichtigen und richtigen Ansätze bis jetzt nur eine begrenzte kleine Basis haben, liegt unter anderem daran, daß jede dieser Gruppen, ob es nun die Leute aus der Siedlung in Mariendorf oder die Besetzer in Kreuzberg sind, nur über ihre spezifischen, individuellen Probleme und Forderungen diskutiert und keine vereinheitlichenden Forderungen, die den Großteil der proletarischen Mieter und Wohnungslosen betref-

Steine wert

fen, aufgestellt werden. Wir wissen selbst, daß es schwierig ist, vereinheitlichende Forderungen nicht nur aufzustellen, sondern auch auf ihre politische Bedeutung und Durchsetzbarkeit zu untersuchen, finden aber die Auseinandersetzung darüber besonders wichtig.

Schließlich zielt der Angriff des Kapitals gegen die Klasse auf weitere Spaltung, Vereinzelung und Mobilität. Für uns muß die Antwort darauf in der Überwindung der Vereinzelung und der Stärkung der Organisationszusammenhänge bestehen, die einen Widerstand ermöglichen.

Schon längst haben die Kapitalisten die Ausbeutung und die Kontrolle auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgedehnt und intensiviert. Deshalb ist es unumgänglich, daß jeder Kampf um weniger Miete und um guten Wohnraum für alle, immer auch ein Kampf für die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums und für Selbstbestimmung begriffen werden muß. Mit dem Begreifen des Wohnungskampfes als eines Teils des Klassenkampfes sollen jetzt nicht alle konkreten Einzelforderungen fallengelassen und nur noch alle Bereiche erfassende "Rundumforderungen" aufgestellt werden. Die Erfahrungen aus der Geschichte zeigen, daß sich oft mit den Lohnämpfen oder Wohnungskämpfen andere soziale Kämpfe entwickeln, seien es nun die Kämpfe für den Nulltarif, billigeres Essen oder Kämpfe von proletarischen Frauen. Um aber eine Perspektive im Wohnungskampf zu sehen, ist es wichtig, sich keine falschen Vorstellungen über unsere Situation zu machen. Die Defensive, in der die Klassenauseinandersetzungen zur Zeit sind, erfordert von jeder Gruppe, die dabei ist, Initiativen im Wohnungskampf zu entwickeln, eine längerfristige, schwierige Arbeit, die nicht auf einzelne Aktionen begrenzt bleiben darf.

Wir sagen jetzt noch, um was es uns bei zukünftigen Kämpfen gehen muß. Es ist abzusehen, daß die Wohnungssituation (und nicht nur die) in den nächsten Jahren ständig verschärft wird. Der Intensivierung der Ausbeutung über die steigenden Mieten gilt es einen proletarischen Mietkampf entgegenzusetzen. Ein erster Ansatzpunkt dabei ist die organisierte Verweigerung der höheren Mietzahlung. Inwieweit die Thematisierung und Propagierung eines einheitlichen Mietpreises von z.B. "eine Mark pro qm zahlen wir und mehr nicht", Chancen hat, sich zu verbreiten und von der Klasse überhaupt als Forderung getragen werden kann, können wir noch nicht einschätzen. Wir denken, daß eine Diskussion darüber ansteht. Es wird auf jeden Fall abhängig sein von laufenden Kämpfen und deren Entwicklung.

Einhergehend mit den Mieterhöhungen gibt es immer mehr Zwangsräumungen. Da wir wissen was es heißt, auf der Straße zu sitzen, müssen wir versuchen Zwangsräumungen in Zukunft zu verhindern.

Angesichts der Tatsache, daß immer noch tausende von Wohnungen leerstehen, und zwar nicht nur im Altbau (zur Zeit stehen mindestens 15 000 Sozialwohnungen leer), und der Tatsache, daß massig Leute keine oder ne miese Wohnung haben, ist die Aneignung von Wohnraum immer noch ein geeignetes Mittel, sich eine Wohnung zu beschaffen.

Wir denken, daß es noch mehr Ansatzpunkte gibt, doch versprechen wir uns wenig von einer Aufzählung von Forderungen, hinter denen nicht viel Praxis steckt. In der jetzigen Situation ist es uns erstmal wichtig, genauer herauszufinden, inwieweit die Umstrukturierung der Stadtviertel mit der Dezentralisierung der Produktion zusammenhängt, und welche Teile der Klasse am meisten davon betroffen sind, wie sie sich dagegen wehren, wieweit sie bereit sind sich zu organisieren und für ihre Bedürfnisse zu kämpfen.

Erst mit der Beantwortung dieser Fragen haben wir eine Grundlage, von der aus wir bestimmen können, an welchen Kristallisationspunkten wir intervenieren müssen. Wir meinen, daß die Diskussion in diese Richtung geführt werden muß, um den Angriff auf unsere Wohnungen und Häuser erwidern zu können.

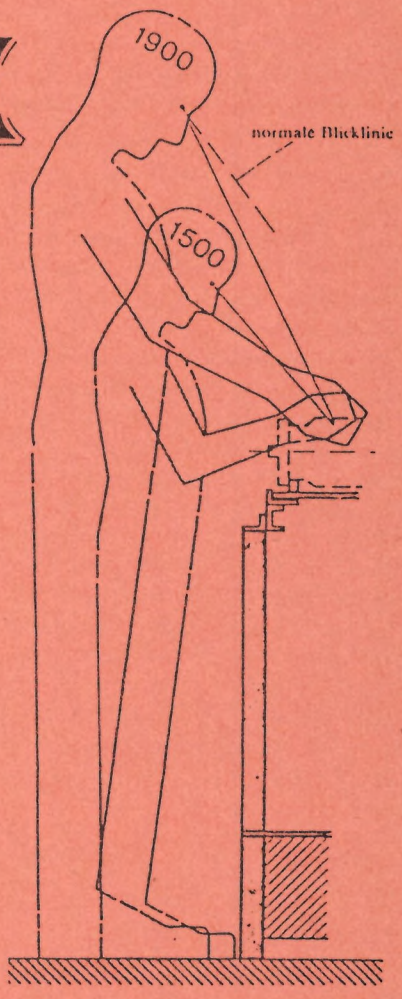
BERLIN IM JUNI 1984

In der Diskussion über die neuen Technologien und die verwissenschaftlichte Kontrolle der Arbeit werden - gerade auch von linker Seite - eine Reihe von Mythen produziert, die der militanten Untersuchung der Klassenrealität im Wege stehen. Wir selbst haben in unserer Diskussion gemerkt, wie schwierig es ist, nicht in solche Mythen und Vereinfachungen abzugleiten, sondern die reale Widersprüchlichkeit im Auge zu behalten.
Der folgende Artikel ist aus einer Diskussion entstanden, die sich auf drei verschiedene Analysen der technischen und arbeitswissenschaftlichen Gestaltung der kapitalistischen Produktion bezog:

- eine Neuerscheinung zur Entstehung der Arbeitswissenschaft in den USA: Angelika Ebbinghaus : Arbeiter und Arbeitswissenschaft, Westdt. Verlag, Opladen 1984
- die Schrift des I.W.W.-Theoretikers Austin Lewis : The Militant Proletariat von 1911, in: Wobblies Band 2 (zu kriegen bei uns)
- die Analysen der italienischen Operaisten, v.a. die Texte von Negri und R. Alquati zur militanten Untersuchung (TheKla 5)

TAYLOR'S ALPTRÄUME

Die Fetischformen des Kapitals als Basis der Arbeitswissenschaft



Es steht außer Frage, daß die Arbeitswissenschaften vom Arbeiterstandpunkt aus nur eine Bemäntelung und Verschleierung der kapitalistischen Herrschaft im Produktionsprozeß darstellen, hinter ihrer ganzen Wissenschaftlichkeit der Ausbeutungsdrang des Kapitals steckt. Um zu untersuchen, welche Bedeutung die Arbeitswissenschaft im Klassenkampf hat, reicht diese ideologiekritische Feststellung aber nicht aus. Hier geht es um die Frage ihrer Wirksamkeit: wie und warum gelingt es den Arbeitswissenschaften, die Ausbeutung der Arbeiter zu intensivieren und diese in das Kapitalverhältnis zu integrieren ? Nur so kann die Frage der Arbeitswissenschaft dann in revolutionärer Absicht gestellt werden: durch welches Arbeiterverhalten wird ihre Wirksamkeit durchbrochen, verliert sie ihre Funktion für die Ausbeutung ?

Um die Bedeutung der Arbeitswissenschaft zu verstehen, müssen wir von dem grundlegenden Widerspruch des Kapitalverhältnisses ausgehen, der in der Arbeit selbst liegt. Sie wird einerseits vom Kapital als gesellschaftliche Arbeit entwickelt, andererseits muß es die Arbeit als Grundlage der Kapitalverwertung politisch atomisieren, als ver-einzelte Arbeit fixieren. (1)

Und diesen Widerspruch bringen die Arbeiter in ihren Kämpfen ganz praktisch zum Ausdruck. Die Gesellschaftlichkeit der Arbeit, die zunächst vom Kapital entwickelt wird, begreifen sie als ihren eigenen Zusammenhang, als eine Gesellschaftlichkeit, die nicht unabhängig von ihnen existieren kann, sondern täglich durch sie und ihr Verhalten hergestellt wird. Die Methoden, mit denen das Kapital die Arbeit und

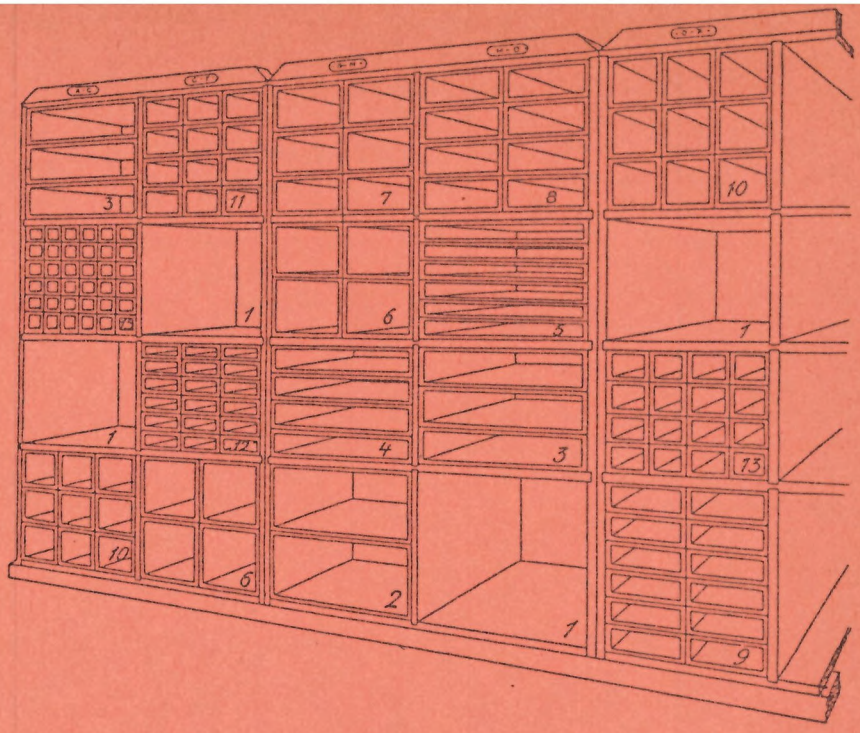
(1) Den Widerspruch in der Arbeit selbst zu sehen und von daher den Klassenkampf als Kampf gegen die Arbeit zu begreifen, ist der zentrale Ausgangspunkt revolutionärer Theorie. Darin unterscheidet sie sich auch grundsätzlich von den diversen Bemängelungen der kapitalistischen Gesellschaft.
Die reformistischen Theoreme lamentieren über die ungerechten Verteilungsverhältnisses - entweder des Reichtums, oder wie stets zu Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Arbeit.
Eine andere Variante ist die Empörung über die Monotonie und Stupidität der Arbeit im Kapitalismus, die Klage über die Zerstörung von Subjektivität und Persönlichkeit. Dem wird dann das Abziehbild einer humanen und sinnvollen Arbeit gegenübergestellt.
Während der Reformismus so für Verteilungsgerechtigkeit streitet, um die Produktionsweise und den Arbeitszwang des Kapitals um so besser zu legitimieren unddurchsetzen zu können, führt die zweite Position zum "Kampf um die Arbeitsfreude" oder - wie es heute heißt - zur "Humanisierung der Arbeit". Obwohl hier zunächst auch eine Kritik an der Arbeit geführt wird, schlägt diese Kritik in Motivationsstrategien des Kapitals um, mit denen die Arbeiter zur gesteigerten Beteiligung an der eigenen Ausbeutung getrieben werden sollen. Welche Verdienste sich auf diesem Feld gerade die "linke" Arbeitswissenschaft erworben hat, wollen wir in einem 2. Teil in der nächsten Nummer der SZ zeigen.

deren Produktivität entwickelt – die Zusammenarbeit von tausenden Proletariern in einem Produktionsprozeß, die Zerlegung und Teilung der Arbeit und der Einsatz der Maschinerie – sind zugleich Methoden, die den Zusammenhang der Arbeiter in der Produktion entwickeln; aber in einer Weise, die das Bewußtsein der Arbeiter über diesen Zusammenhang gerade ausschließen soll (2).

Für das Funktionieren und den reibungslosen Ablauf der Produktion und für deren Produktivität wird die Kooperation der Arbeiter, das Wirken eines kombinierten Gesamtarbeiters damit entscheidend. Viel mehr als auf die Fähigkeiten der Einzelnen, kommt es auf die Gesellschaftlichkeit der Arbeit an (3).

An der ganzen Geschichte des Klassenkampfes ließe sich nachzeichnen, wie die Arbeiter sich immer wieder aufs neue diesen Zusammenhang und die Gesellschaftlichkeit der Arbeit als ihre eigene Kampfstärke angeeignet haben.

Wichtig ist uns hier, zunächst einmal festzuhalten, daß das Kapital nur auf die Potenzen der gesellschaftlichen Arbeit zurückgreifen kann, es besitzt und entwikkelt keine eigenen. Das Märchen, Maschinen würden Mehrwert produzieren, das Kapital könne sich also letztlich von den Arbeitern frei machen, findet in jeder Phase verstärkter Rationalisierung immer wieder neue Anhänger. Darin verschwindet gerade die Einsicht, daß das Kapital ein gesellschaftliches Verhältnis ist, auf Ausbeutung beruht. Nur wenn das Kapital als Ding oder Sache vorgestellt wird, kann dieser Schein entstehen, es sei selbst produktiv – und eben diesen Schein versucht die Arbeitswissenschaft zu verstärken.



Der Doppelcharakter der produktiven Kooperation

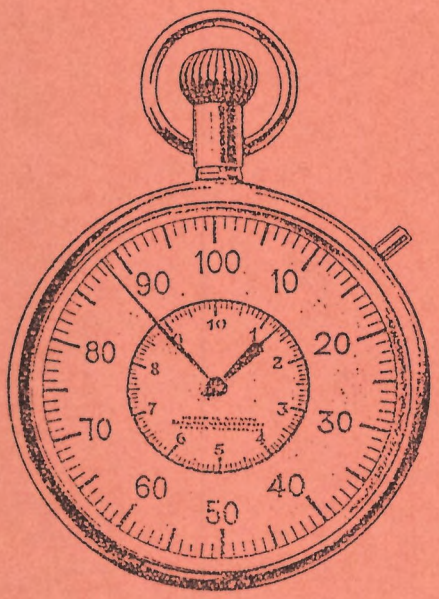
Auf der rein begrifflichen Ebene hebt Marx stets hervor, daß das Kapital keine eigene, selbständige Produktivität besitzt, sondern nur die der gesellschaftlichen Arbeit ausbeutet. Aber die Momente des Umschlagens des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit in Klassenkampf kommen bei Marx zu kurz, sind allenfalls angedeutet. Er begreift zwar die permanente Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit als Triebfeder des Prozesses der "reellen Subsumtion", aber wie sich die Arbeiter die zunächst vom Kapital gesetzte Gesellschaftlichkeit aneignen, fällt aus seiner systematischen Analyse heraus.

Und genau hier setzt die Theorie der italienischen Operaisten an. Sie halten zunächst den von Marx entwickelten Arbeiterstandpunkt fest und untersuchen dann konkret, wie die Arbeiter ihre produktive Kooperation für das Kapital umdrehen. Denn zunächst mal bedeutet ja die produktive Kooperation der Arbeiter für das Kapital das Gelingen der Ausbeutung der gesellschaftlichen Arbeit. So schreibt Romano Alquati in einer Voruntersuchung zur Arbeit bei Olivetti: "Die Kooperation der Arbeiter zeigt dem Kapitalisten an, wie weit der Gesamtarbeiter dem Kapital bereits einverleibt ist." (TheKla 5, S. 118) Zugleich wurde die Widersprüchlichkeit dieser Entwicklung genau gesehen: "Das Ziel des Kapitalisten ist es immer gewesen, in den Produktionsverhältnissen ein Maximum an übertragener Verantwortung und objektiver Vergesellschaftung mit einem Minimum an Bewußtsein und politischer Einheit der Arbeiterklasse zu verbinden." (ebenda S.105) Von dieser Position aus geht die operaistische Linke in Italien Anfang der 60er Jahre "wieder hin und guckt, wie diese verdammten Fabriken funktionieren, was das für Arbeiter sind, wie das Kommando in der Fabrik funktioniert; man gibt die Parole der Untersuchung aus, Untersuchung gemeinsam mit den Arbeitern, die man sowohl aus Gründen der Erkenntnis wie aus praktischen Gründen durchführt, für Kampf und politische Initiative von unten" – wie Negri es im Nachhinein charakterisierte (TheKla 5, S. 8). Die Aneignung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit durch die Arbeiter

(2) Die Entwicklung dieser Methoden bezeichnen wir als "reelle Subsumtion der Arbeiter unter das Kapital" – im Unterschied zur formellen Subsumtion, die schon im Verkauf der Arbeitskraft an den Kapitalisten enthalten ist. In der Entwicklung der reellen Subsumtion, die Marx in den Kapiteln "Kooperation", "Teilung der Arbeit und Manufaktur" und "Maschinerie und große Industrie" untersucht, geht das Kapital zunächst von den vorgefundenen Arbeitsweisen aus, kombiniert und zerlegt diese und gestaltet den Produktionsprozeß schließlich ohne alle Rücksichtnahme auf die vorgefundenen Fertigkeiten und Arbeitsweisen. Es entwickelt so die Gesellschaftlichkeit der Arbeit, aber dergestalt, daß sie jedem einzelnen Arbeiter gegenüber als fremde Macht erscheint.

(3) Austin Lewis hatte diesen Prozeß konkret vor Augen und erkannte darin die Macht der Maschinenarbeiter, denen bis dahin als Ungelernten und mobilen Arbeitskräften die Fähigkeit und Möglichkeit des Kampfes abgesprochen worden war: "Die Unternehmer kaufen die Arbeitskraft en gros ... ohne Rücksicht auf individuelle Qualitäten der einzelnen lebendigen Gefäße jenes Vermögens, die erst in der Summierung die erforderliche Arbeitskraft bilden." (Wobblies, Bd. 2 S. 130)

Notwendige Arbeit — Mehrarbeit — Lohnfetisch



Ausbeutung hat in allen Gesellschaftsformen bedeutet, daß einige wenige von der Arbeit anderer leben, daß der von der "Gesellschaft" produzierte Reichtum nur für einige Reichtum bedeutet, den Arbeitenden aber davon nur eben so viel zukommt, wie sie zum Erhalt ihrer Arbeitsfähigkeit und ihrer Reproduktion benötigen. Die Arbeit, die für diese Reproduktion der Arbeitenden aufgewandt wird, nennen wir notwendige Arbeit; alles, was darüber hinausgeht — und nur der Mästung der Sklavenhalter, Feudalherren oder Kapitalisten dient — ist Mehrarbeit.

In der kapitalistischen Gesellschaft wird diese Teilung der Arbeit durch die Tauschbeziehung zwischen Kapital und Arbeit verdeckt. Scheinbar stehen sich gleichberechtigt die Besitzer von verschiedenen Waren gegenüber: der eine liefert seine Arbeit, der andere bezahlt sie. Der Lohn erscheint so als Bezahlung der Arbeit. Tatsächlich erhält der Arbeiter nur die notwendigen Reproduktionsmittel, der Lohn ist der Preis für seine Arbeitskraft, entspricht der notwendigen Arbeit. "Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus." (Das Kapital, I, S. 562). Diese Verkehrung, die im alltäglichen Bewußtsein vor sich geht, bezeichnen wir als Lohnfetisch, da hier die wirklichen Verhältnisse wie im mystischen oder religiösen Bewußtsein auf den Kopf gestellt werden.

"Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhn alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie." (ebd.)

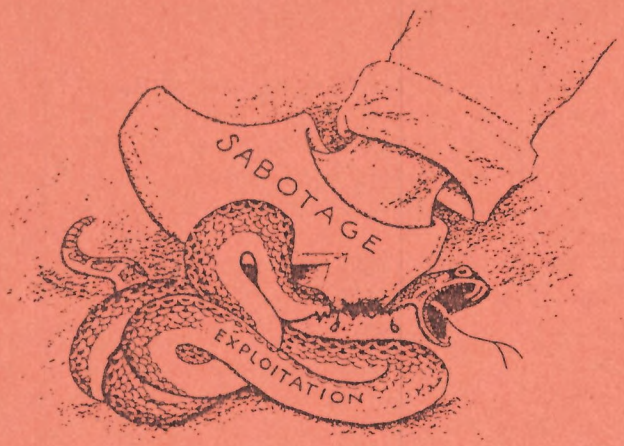
Diese Mystifikation wird verstärkt dadurch, daß einerseits die Arbeitslöhne mit der Länge des Arbeitstages wechseln (Zeitlohn) und zum anderen für Arbeiter, die dieselbe Funktion verrichten, individuell unterschiedlich sind (Akkordlohn). Gerade an der zweiten Form, die den Lohn als bezahlte Arbeit zu beweisen scheint, feilt die Arbeitswissenschaft herum.

wird in dieser Diskussion vor allem am Begriff der "produktiven Kooperation" festgemacht: "An einem bestimmten Punkt bemerken wir, daß die produktive Kooperation nicht nur für die Realisierung der Produktion funktioniert, sondern auch für die Realisierung der massenhaften und kämpferischen Arbeiterkommunikation. Das heißt, an einem bestimmten Punkt sehen wir, daß die produktive Kooperation..., sagen wir, ich, du, er, sie arbeiten im selben Zyklus — das ist nicht nur eine Kooperation unserer Arbeit für die produktive kapitalistische Verwertung, sondern das bringt auch eine Reihe von sekundären Effekten hervor...." (ebd. S.28)

Wenn heute dieses Bewußtsein wieder verschüttet ist, die neuen Formen der Arbeitsteilung und Maschinerie nur als unumkehrbare Entmachtung der Arbeiter in der Produktion wahrgenommen werden, so ist dies nicht nur ein theoretisches Verschulden. Die Quaderni Rossi wußten um die Bedeutung der praktischen Konfliktualität der Arbeiter für jeden Versuch, das Kapital theoretisch vom Arbeiterstandpunkt aus zu kritisieren: "Mit der Wiederaufnahme der Kämpfe verbreitet sich heute auch das Bewußtsein von der Rolle, die die Arbeiterklasse zu spielen hat, damit 'der Laden läuft'" (Alquati, a.a.O.S.110)

Die verdrehte Erscheinungsform, das Kapital sei selbst produktiv, beruht nicht auf einer verdummenden Manipulation, sondern geht aus dem Austausch zwischen Kapital und Arbeit hervor, und besitzt gegenüber dem einzelnen Arbeiter eine handgreifliche Realität, die durch Bezeichnungen wie Erscheinungsform oder Fetisch nicht heruntergespielt werden soll.

Der Arbeiter verkauft dem Kapitalisten, das was er besitzt: seine individuelle, vereinzelte Arbeitskraft. Erst durch diesen Verkauf tritt er in den Produktionsprozeß und damit in eine Kooperation mit den anderen Arbeitern (historisch besaßen die Arbeiter natürlich schon immer Zusammenhänge außerhalb der Fabrik, sei es in ihren dörflichen Gemeinschaften, Wohnvierteln etc., und ihre Kampfstärke zehrte von diesen Zusammenhängen. Deswegen sucht das Kapital auch in der ganzen historischen Entwicklung, diese Zusammenhänge auszulöschen, die Arbeiter ausserhalb der Produktion faktisch so vereinzelt zu setzen, wie es die Fiktion des isolierten Arbeitskraftbesitzers will). "Als unabhängige Personen sind die Arbeiter Vereinzelte, die in ein Verhältnis zu dem selben Kapital, aber nicht zueinander treten. Ihre Kooperation beginnt erst im Arbeitsprozeß, aber im Arbeitsprozeß haben sie bereits aufgehört, sich selbst zu gehören. ... Die Produktivkraft, die der Arbeiter als gesellschaftlicher Arbeiter entwickelt, ist daher Produktivkraft des Kapitals." (Kapital, S.352) Die Mystifizierung des Kapitalverhältnisses, als sei es selbst produktiv, hat also eine ganz materialistische Basis.



Aber das Kapital muß auch ständig dafür sorgen, daß diese Schizophrenie "vereinzelter Arbeitskraftbesitzer - kollektiver Arbeiter als Eigentum des Kapitals" nicht durchbrochen wird. Es versucht dies zum einen durch eine Organisation der Arbeit und eine technische Gestaltung der Produktion, die dem Arbeiter den Zusammenhang seiner Tätigkeiten als ihm äußerlich und fremd gegenüberstellt. Zum zweiten durch die Weiterentwicklung des Lohnfetischs, der den Unterschied zwischen verkaufter Arbeitskraft und realisierter Arbeit verschwinden läßt. Ein Bewußtsein davon, daß der Lohn nur dazu dient, diese spezielle Klasse von bloßen Arbeitskraftbesitzern zu reproduzieren, wird damit verhindert. Auf diese beiden Momente der Mystifizierung stützt sich die Wirksamkeit der Arbeitswissenschaften.

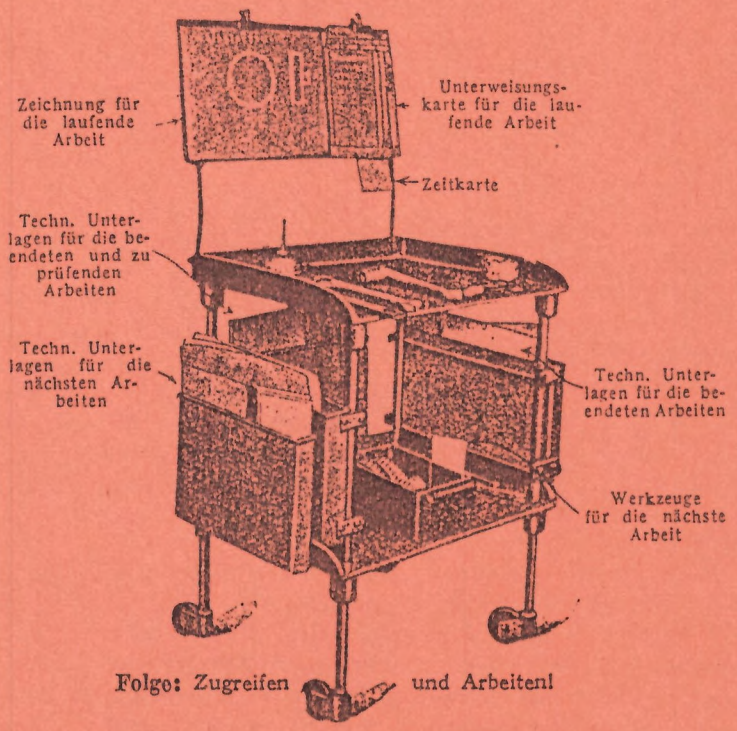
Zusammengefaßt: Der Mythos von der Produktivität des Kapitals und der Lohnfetisch haben ihre reale Grundlage in der kapitalistischen Produktion. Diese Bewußtseinsformen lösen das Kapitalverhältnis nicht kritisch auf, sondern vollziehen gedanklich den kapitalistischen Standpunkt nach. Diese Mystifizierungen sind dann der feste und materialistische Boden der Arbeitswissenschaft. Die Arbeitswissenschaft kann also von der falschen Auflösung des oben dargestellten grundsätzlichen Widerspruchs ausgehen, sie kann unmittelbar an Arbeitsorganisation und Lohn ansetzen, um die beständige politische Atomisierung des Gesamtarbeiters im unmittelbaren Produktionsprozeß wissenschaftlich zu organisieren. Alquati nennt daher zurecht "die politische Isolierung der Arbeiter die wahre Seele der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit" (ebd.S.110)

Die Entwicklung der Arbeitswissenschaft

In ihrem Buch "Arbeiter und Arbeitswissenschaft" stellt Angelika Ebbinghaus die Herausbildung der Arbeitswissenschaft in den USA anhand der Theorien der ersten Vertreter des "Scientific Management" ("Wissenschaftliche Betriebsführung") dar. Im Anschluß daran untersucht sie die Reaktionsformen der Arbeiterbewegung darauf.

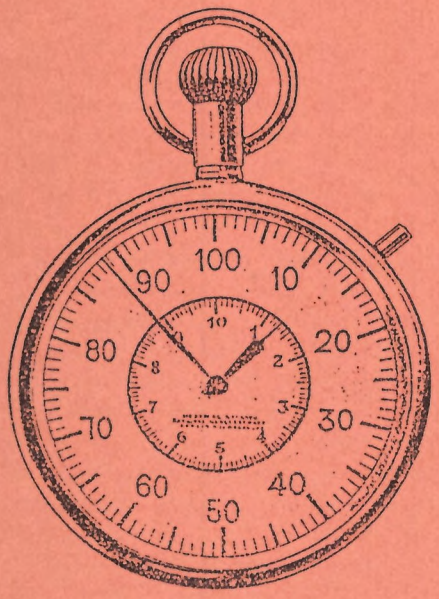
So gesehen müßte das Buch "Arbeitswissenschaft und Arbeiter" heissen, wenn die Reihenfolge im Titel überhaupt was aussagen soll. Denn die Entwicklung der Arbeitswissenschaften wird gerade nicht aus dem Arbeiterverhalten, den politischen Kontrollproblemen in den Betrieben in der damaligen historischen Situation erklärt. Die Darstellung der Taylorschen Theorie geht nicht von der spezifischen Konfliktualität, mit der sich das Kapital damals konfrontiert sah, aus, sondern sieht in Taylors Vorschlägen "die entscheidende Lösung der `Arbeiterfrage´" (S. 48) An Taylors Prinzipien interessiert sie gerade "ihre immer noch währende Aktualität" (ebd.) und wie in den meisten linken Darstellungen des Taylorismus werden hier die allgemeinen Prinzipien des Taylorismus herausgearbeitet, ohne die betrieblichen Strukturen, an denen sich Taylors Gedanken entzünden, ins Auge zu fassen.

Erstens kann so, wie sie es darstellt, die Entwicklung der Arbeitswissenschaft nur noch als theoriegeschichtliche erscheinen, auch wenn wir indirekt aus den Zitaten der "scientific manager" einiges über die betrieblichen Strukturen und deren eigentümliche Konfliktualität erfahren, z.B. woran sich Konflikte entzündeten, aufgrund welcher Strukturen die Arbeiter zu gemeinsamen Kämpfen kommen. Zweitens bleibt mit dieser Darstellung völlig ungeklärt, welche reale Wirksamkeit die tayloristischen Methoden im unmittelbaren Produktionsprozeß entfalten konnten. Wir hören zwar einiges über die diversen Anwendungen, aber daraus geht nicht hervor, ob es durch diese verwissenschaftlichte Arbeitsorganisation gelang, die Konfliktualität einzudämmen.



Notwendige Arbeit – Mehrarbeit – Lohnfetisch

Ausbeutung hat in allen Gesellschaftsformen bedeutet, daß einige wenige von der Arbeit anderer leben, daß der von der "Gesellschaft" produzierte Reichtum nur für einige Reichtum bedeutet, den Arbeitenden aber davon nur eben so viel zukommt, wie sie zum Erhalt ihrer Arbeitsfähigkeit und ihrer Reproduktion benötigen. Die Arbeit, die für diese Reproduktion der Arbeitenden aufgewandt wird, nennen wir notwendige Arbeit; alles, was darüber hinausgeht – und nur der Mästung der Sklavenhalter, Feudalherren oder Kapitalisten dient – ist Mehrarbeit.



In der kapitalistischen Gesellschaft wird diese Teilung der Arbeit durch die Tauschbeziehung zwischen Kapital und Arbeit verdeckt. Scheinbar stehen sich gleichberechtigt die Besitzer von verschiedenen Waren gegenüber: der eine liefert seine Arbeit, der andere bezahlt sie. Der Lohn erscheint so als Bezahlung der Arbeit. Tatsächlich erhält der Arbeiter nur die notwendigen Reproduktionsmittel, der Lohn ist der Preis für seine Arbeitskraft, entspricht der notwendigen Arbeit. "Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus." (Das Kapital, I, S. 562). Diese Verkehrung, die im alltäglichen Bewußtsein vor sich geht, bezeichnen wir als Lohnfetisch, da hier die wirklichen Verhältnisse wie im mystischen oder religiösen Bewußtsein auf den Kopf gestellt werden.

"Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhn alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie." (ebd.)

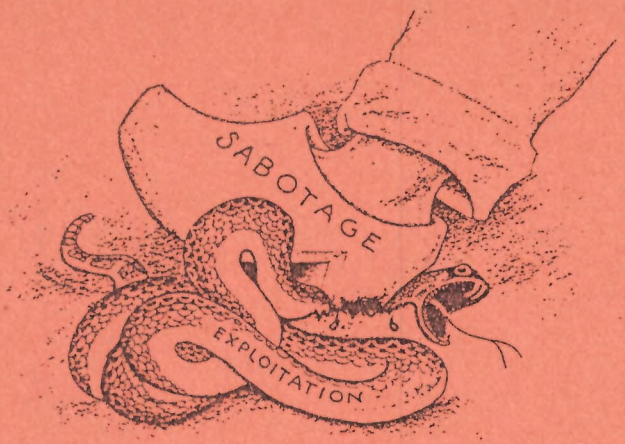
Diese Mystifikation wird verstärkt dadurch, daß einerseits die Arbeitslöhne mit der Länge des Arbeitstages wechseln (Zeitlohn) und zum anderen für Arbeiter, die dieselbe Funktion verrichten, individuell unterschiedlich sind (Akkordlohn). Gerade an der zweiten Form, die den Lohn als bezahlte Arbeit zu beweisen scheint, feilt die Arbeitswissenschaft herum.

wird in dieser Diskussion vor allem am Begriff der "produktiven Kooperation" festgemacht: "An einem bestimmten Punkt bemerken wir, daß die produktive Kooperation nicht nur für die Realisierung der Produktion funktioniert, sondern auch für die Realisierung der massenhaften und kämpferischen Arbeiterkommunikation. Das heißt, an einem bestimmten Punkt sehen wir, daß die produktive Kooperation..., sagen wir, ich, du, er, sie arbeiten im selben Zyklus – das ist nicht nur eine Kooperation unserer Arbeit für die produktive kapitalistische Verwertung, sondern das bringt auch eine Reihe von sekundären Effekten hervor...." (ebd. S.28)

Wenn heute dieses Bewußtsein wieder verschüttet ist, die neuen Formen der Arbeitsteilung und Maschinerie nur als unumkehrbare Entmachtung der Arbeiter in der Produktion wahrgenommen werden, so ist dies nicht nur ein theoretisches Verschulden. Die Quaderni Rossi wußten um die Bedeutung der praktischen Konfliktualität der Arbeiter für jeden Versuch, das Kapital theoretisch vom Arbeiterstandpunkt aus zu kritisieren: "Mit der Wiederaufnahme der Kämpfe verbreitet sich heute auch das Bewußtsein von der Rolle, die die Arbeiterklasse zu spielen hat, damit 'der Laden läuft'" (Alquati, a.a.O.S.110)

Die verdrehte Erscheinungsform, das Kapital sei selbst produktiv, beruht nicht auf einer verdummenden Manipulation, sondern geht aus dem Austausch zwischen Kapital und Arbeit hervor, und besitzt gegenüber dem einzelnen Arbeiter eine handgreifliche Realität, die durch Bezeichnungen wie Erscheinungsform oder Fetisch nicht heruntergespielt werden soll.

Der Arbeiter verkauft dem Kapitalisten, das was er besitzt: seine individuelle, vereinzelte Arbeitskraft. Erst durch diesen Verkauf tritt er in den Produktionsprozeß und damit in eine Kooperation mit den anderen Arbeitern (historisch besaßen die Arbeiter natürlich schon immer Zusammenhänge außerhalb der Fabrik, sei es in ihren dörflichen Gemeinschaften, Wohnvierteln etc., und ihre Kampfstärke zehrte von diesen Zusammenhängen. Deswegen sucht das Kapital auch in der ganzen historischen Entwicklung, diese Zusammenhänge auszulöschen, die Arbeiter ausserhalb der Produktion faktisch so vereinzelt zu setzen, wie es die Fiktion des isolierten Arbeitskraftbesitzers will). "Als unabhängige Personen sind die Arbeiter Vereinzelte, die in ein Verhältnis zu dem selben Kapital, aber nicht zueinander treten. Ihre Kooperation beginnt erst im Arbeitsprozeß, aber im Arbeitsprozeß haben sie bereits aufgehört, sich selbst zu gehören. ... Die Produktivkraft, die der Arbeiter als gesellschaftlicher Arbeiter entwickelt, ist daher Produktivkraft des Kapitals." (Kapital, S.352) Die Mystifizierung des Kapitalverhältnisses, als sei es selbst produktiv, hat also eine ganz materialistische Basis.



Aber das Kapital muß auch ständig dafür sorgen, daß diese Schizophrenie "vereinzelter Arbeitskraftbesitzer - kollektiver Arbeiter als Eigentum des Kapitals" nicht durchbrochen wird. Es versucht dies zum einen durch eine Organisation der Arbeit und eine technische Gestaltung der Produktion, die dem Arbeiter den Zusammenhang seiner Tätigkeiten als ihm äußerlich und fremd gegenüberstellt. Zum zweiten durch die Weiterentwicklung des Lohnfetischs, der den Unterschied zwischen verkaufter Arbeitskraft und realisierter Arbeit verschwinden läßt. Ein Bewußtsein davon, daß der Lohn nur dazu dient, diese spezielle Klasse von bloßen Arbeitskraftbesitzern zu reproduzieren, wird damit verhindert. Auf diese beiden Momente der Mystifizierung stützt sich die Wirksamkeit der Arbeitswissenschaften.

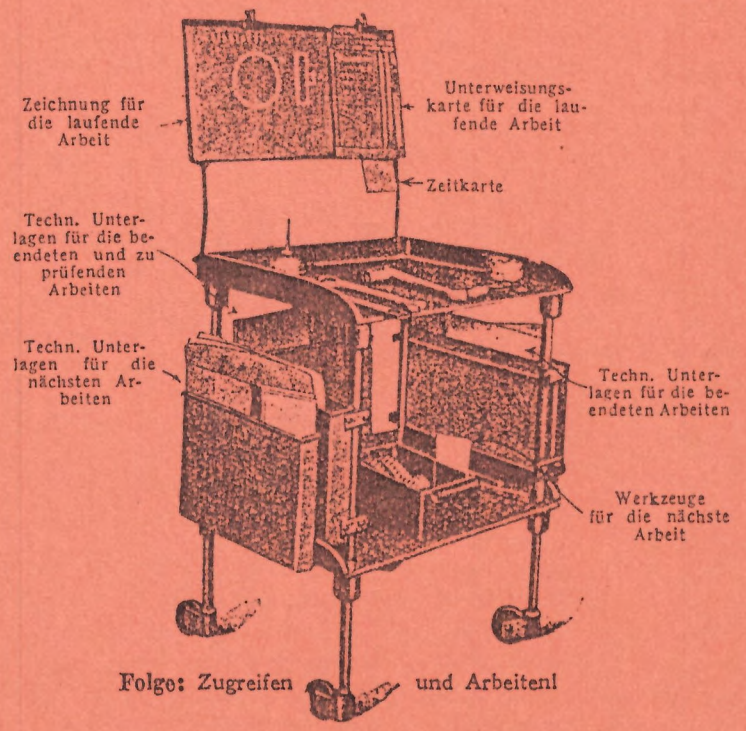
Zusammengefaßt: Der Mythos von der Produktivität des Kapitals und der Lohnfetisch haben ihre reale Grundlage in der kapitalistischen Produktion. Diese Bewußtseinsformen lösen das Kapitalverhältnis nicht kritisch auf, sondern vollziehen gedanklich den kapitalistischen Standpunkt nach. Diese Mystifizierungen sind dann der feste und materialistische Boden der Arbeitswissenschaft. Die Arbeitswissenschaft kann also von der falschen Auflösung des oben dargestellten grundsätzlichen Widerspruchs ausgehen, sie kann unmittelbar an Arbeitsorganisation und Lohn ansetzen, um die beständige politische Atomisierung des Gesamtarbeiters im unmittelbaren Produktionsprozeß wissenschaftlich zu organisieren. Alquati nennt daher zurecht "die politische Isolierung der Arbeiter die wahre Seele der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit" (ebd.S.110)

Die Entwicklung der Arbeitswissenschaft

In ihrem Buch "Arbeiter und Arbeitswissenschaft" stellt Angelika Ebbinghaus die Herausbildung der Arbeitswissenschaft in den USA anhand der Theorien der ersten Vertreter des "Scientific Management" ("Wissenschaftliche Betriebsführung") dar. Im Anschluß daran untersucht sie die Reaktionsformen der Arbeiterbewegung darauf.

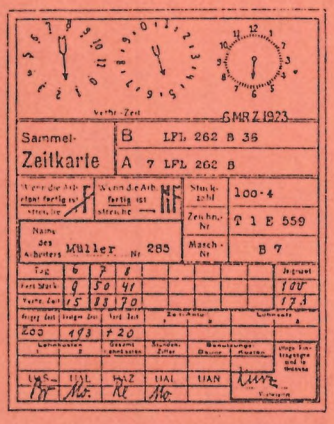
So gesehen müßte das Buch "Arbeitswissenschaft und Arbeiter" heissen, wenn die Reihenfolge im Titel überhaupt was aussagen soll. Denn die Entwicklung der Arbeitswissenschaften wird gerade nicht aus dem Arbeiterverhalten, den politischen Kontrollproblemen in den Betrieben in der damaligen historischen Situation erklärt. Die Darstellung der Taylorschen Theorie geht nicht von der spezifischen Konfliktualität, mit der sich das Kapital damals konfrontiert sah, aus, sondern sieht in Taylors Vorschlägen "die entscheidende Lösung der 'Arbeiterfrage'" (S. 48) An Taylors Prinzipien interessiert sie gerade "ihre immer noch währende Aktualität" (ebd.) und wie in den meisten linken Darstellungen des Taylorismus werden hier die allgemeinen Prinzipien des Taylorismus herausgearbeitet, ohne die betrieblichen Strukturen, an denen sich Taylors Gedanken entzünden, ins Auge zu fassen.

Erstens kann so, wie sie es darstellt, die Entwicklung der Arbeitswissenschaft nur noch als theoriegeschichtliche erscheinen, auch wenn wir indirekt aus den Zitaten der "scientific manager" einiges über die betrieblichen Strukturen und deren eigentümliche Konfliktualität erfahren, z.B. woran sich Konflikte entzündeten, aufgrund welcher Strukturen die Arbeiter zu gemeinsamen Kämpfen kommen. Zweitens bleibt mit dieser Darstellung völlig ungeklärt, welche reale Wirksamkeit die tayloristischen Methoden im unmittelbaren Produktionsprozeß entfalten konnten. Wir hören zwar einiges über die diversen Anwendungen, aber daraus geht nicht hervor, ob es durch diese verwissenschaftlichte Arbeitsorganisation gelang, die Konfliktualität einzudämmen.



So wie der Ansatz der historischen Darstellung des Taylorismus in diesem Buch gewählt ist, können die Fragen nach seinem Ausgangspunkt im Klassenkampf und seiner Wirksamkeit auch nicht geklärt werden: das Kapital entwickele die Arbeitswissenschaft, um "unangepaßtes bis produktionsfeindliches Verhalten auf Seiten der Arbeiter(innen) einzudämmen und womöglich zu beseitigen" (S.216), indem es sie "auf Funktionen von ausführenden Organen zurückschrauben" suche (S.217), zu Anhängseln der Maschine degradiere und das "was menschliche Tätigkeit wesentlich ausmacht" zerreiße (S.59). Als "Reaktion" auf diesen Angriff entwickelten die Arbeiter ihre Kämpfe – wobei sie die Reaktionsformen der legalistischen Berufsgewerkschaften und der I.W.W. gegenüberstellt, mit dem Resultat, daß die I.W.W. als explizite Reaktionsform auf den Taylorismus verstanden werden. Diese Kämpfe gipfeln in der Revolte 1919-23, die von der "Ablehnung taylorisierter Arbeit überhaupt" (S.156) bestimmt gewesen sei, die aber durch die einsetzende Repressionswelle und den inneren Zerfall der Wobblies scheiterte. Ich habe das jetzt mal absichtlich stark verkürzt und den Argumentationsfaden herausgeschält, um ihn diskutierbar zu machen. Der ausführlichen und interessanten Darstellung im Buch soll das keinen Abbruch tun.

Aber nicht nur die oben angesprochenen Fragen können, wie ich noch zeigen werde, so nicht geklärt werden; die Zitate führen uns auch unmittelbar in eine grundsätzliche Debatte über Arbeit und Qualifikation.



Arbeit und Subjektivität – der Mythos der Dequalifikation

Durch die gesamte Taylorismus-Debatte der Linken zieht sich ein Kritikmuster, das im wesentlichen den Taylorismus als Zerstörung von Subjektivität, von menschlicher Arbeit und als Enteignung der Arbeiter geißelt. Ein Kritikmuster, das auch in der Arbeit von Ebbinghaus enthalten ist.

Klar ist, daß es weder "die" menschliche Subjektivität, noch "die" menschliche Arbeit oder Tätigkeit gibt, sondern stets bestimmte historische Formen, die sich in der Dialektik des Klassenkampfs verändern. In den Taylorismuskritiken wird aber eine bestimmte historische Form als "Subjektivität" schlechthin unterschoben: das handwerklich/kleinbürgerliche Ideal der individuellen Autonomie, einer Arbeit, die auf eigenem Wissen, Geschick und Fähigkeiten beruht, die privatisierbar sind. An dieser "Subjektivität" – sei sie handwerklichen oder akademischen Ursprungs ! – ist in revolutionärer Perspektive aber nichts zu verteidigen. Marx dazu : "Daher ging aber auch jeder mittelalterliche Handwerker ganz in seiner Arbeit auf, hatte ein gemütliches Knechtschaftsverhältnis zu ihr und war viel mehr als der moderne Arbeiter, dem seine Arbeit gleichgültig ist, unter sie subsumiert." Was die Kämpfe der Handwerker und Facharbeiter auslöste, war gerade, daß sie der Besitz einer individuellen Qualifikation vor dem Verkauf der nackten Arbeitskraft bewahrte, sie hatten noch mehr zu verkaufen! Zu diesem Zusammenhang führt A. Ebbinghaus ein Zitat aus der Zeitschrift der amerikanischen Formergewerkschaft an:"Handwerkmäßige Kenntnis und gewerbliche Geschicklichkeit sind das einzige Eigentum der Arbeiter...." und vor diesem Hintergrund wird dann der Taylorismus angeklagt, er mache aus dem Handwerker "ein belebtes Werkzeug des Unternehmers" (S.103). Aber statt diese Kritikform auf die Illusion der handwerklichen, individuellen Autonomie zurückzuführen, sieht A. Ebbinghaus hier den unternehmerischen Angriff "bestechend klar analysiert" (ebd.).

Einerseits bildet diese individuelle und privatisierbare Qualifikation eine Schranke für die Unterordnung des Produktionsprozesses unter das Kapital, andererseits versperrt sie gerade die Perspektive des Kampfs als Klasse. Genau von dieser Einsicht ausgehend weint der Wobbly-Theoretiker Lewis der Auflösung der individuellen Qualifikation keine Träne nach: "Wir müssen darauf bestehen, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht als eine Bewegung der Arbeiter als Arbeiter entstanden ist, etwa zum Schutz der Arbeiterklasse als solcher oder zur Entfaltung der Kräfte des Proletariats. Vielmehr entstand sie als Vereinigung von Besitzern eines ganz bestimmten Eigentums zum Wohle dieses Eigentums und seiner Besitzer." (Lewis, a.a.O.,148).

Im Unterschied zu den Handwerkern und Facharbeitern, für deren Kämpfe die Verteidigung ihres Status entscheidend war, sind dem Massenarbeiter oder "Maschinenproletariat", wie Lewis es nennt, alle privaten Perspektiven, alle Illusionen individueller Subjektivität verbaut. (Die Unterscheidung Facharbeiter-Massenarbeiter ist so zu schematisch, wir machen sie hier nur der Deutlichkeit halber) Er findet sich im Produktionsprozeß als kombinierter Gesamtarbeiter, der als solcher, also kollektiv "den Laden am Laufen hält". Auf seine individuelle Qualifikation kommt es dabei nicht mehr an (4).

Die Kooperation in der Fabrik ist eine vom Kapital erzwungene und die produktiven Potenzen dieser Kooperation bleiben den Arbeitern äußerlich, gehören dem Kapital. Genau an diesem Punkt weist die Argumentation von Lewis Schwächen auf, analysiert nicht nur, welche Bedeutung der Maschinenprozeß für den Klassenantagonismus hat, sondern scheint in ihm bereits die Grundlage kommunistischer Produktion zu sehen.

(4) Wir wollen damit nicht in das alte Mißverständnis abgleiten, in der kapitalistischen Fabrik entstehe bereits die kollektive Subjektivität, wachse gewissermaßen automatisch die Basis kommunistischer Gesellschaft heran.
Das Bestreben, unmittelbar und positiv an der Vergesellschaftungsform des Kapitals anzuknüpfen, beherrscht die gesamte II. und III. Internationale, die damit einer revolutionären Umwälzung der Produktionsverhältnisse im Wege stand: "So wie heute in einem großen industriellen Unternehmen Produktion und Lohnauszahlung wohlüberdacht und planmäßig geordnet sind, so wird dies auch in einer sozialistischen Gesellschaft der Fall sein müssen, sie ist nichts als ein einziger, riesiger industrieller Betrieb." (Kautsky)

Aber Fakt ist, daß das Maschinenproletariat in seinen Kämpfen nur an kollektivem Wissen, Fähigkeiten usw., so verstreut sich diese zunächst auch darstellen mögen, anknüpfen kann. Die kollektive Subjektivität, die sich die Klasse so erobert, ist aber stets eine antagonistische ! In seiner technischen Zusammensetzung schafft das Kapital so ständig mit der Vergesellschaftung der Arbeit Ansatzpunkte einer Kollektivität, die es zugleich politisch bekämpft.

Die Dimension von Subjektivität und Autonomie der Arbeiterklasse, die sich damit hier auftut, liegt deshalb von vornherein jenseits aller individualistischen Mythen und des Persönlichkeitskults. Die italienische Operaismusdebatte hat das in folgendem Zitat vielleicht am besten auf den Punkt gebracht: "Nie wird man die romantisch-reaktionäre Ideologie genügend denunzieren können, die diese gewaltige, vor unseren Augen ablaufende Entwicklung als Prozess der Dequalifizierung verstanden wissen will. Diese Entwicklung hat im Gegenteil die höchste Stufe der Arbeitsproduktivität, der Vergesellschaftung der Arbeit innerhalb der Produktion erreicht. Sie ist das Ende jedes "Berufscharakters" der Arbeit, das Ende jeder individuellen bürgerlichen Qualifikation. Auf dieser Stufe der Entwicklung nämlich ist die Tätigkeit des Lohnarbeiters universelle Arbeit." (Cacciari, Qualifikation und Klassenbewußtsein, S. 31) Cacciari betont damit, daß das Kapital selbst die Tendenz hat, die individuelle Qualifikation zu überwinden, in seiner Produktion immer stärker von der gesellschaftlichen Produktivität, dem Wirken eines Gesamtarbeiters abhängig ist - auch wenn es immer wieder versucht, durch neue Berufsbilder und Hierarchien dem Gesamtarbeiter sein Bewußtsein über sich zu nehmen.

An einigen Stellen taucht auch in A. Ebbinghaus' Buch die gestiegene Bedeutung des Gesamtarbeiters in der taylorisierten Fabrik auf, was aber in den Gesamtzusammenhang ihrer Taylorismusanalyse nicht eingeht: "Wie nie zuvor waren die Unternehmer von der Disziplin der Arbeiter abhängig: während die Mechanisierung und Taylorisierung der Arbeit auf die Unterhöhlung der traditionellen Positionen der Arbeiter zielten, schufen sie ein viel schwerer faßbares und kontrollierbares Widerstandsverhalten." (S.131) Diese Beobachtung widerspricht natürlich der Einschätzung, es sei dem Taylorismus um die "totale Kontrolle über den arbeitenden Menschen" gegangen (S.48). Was Ebbinghaus als "totale Kontrolle" begreift, ist in der Tat der ständige Versuch des Kapitals, das politische Bewußtsein der Klasse von der eigenen produktiven Bedeutung zu zerstören. Diese Zerstörung nennen wir hier "politische Dequalifikation" - gerade um den Unterschied zum ganzen Gejammere über die berufliche, arbeitsmäßige "Dequalifikation" deutlich zu machen.

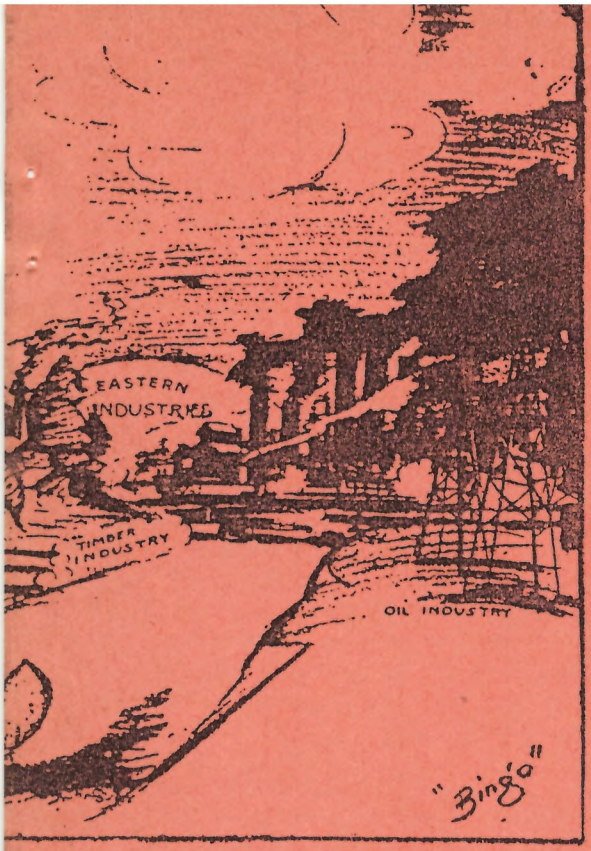
Die Beharrlichkeit, mit der in der linken Taylorismusdebatte dem Ideal bürgerlicher Subjektivität nachgetrauert wird, drückt letztendlich den Versuch aus, Subjektivität an der Arbeit festzumachen - und dann gibt es in der Tat keine Perspektive kollektiver Subjektivität und Autonomie, sondern gerade das Streben nach "sinnvoller" Arbeit und persönlichen Fähigkeiten. Durchaus konsequent im Sinne dieser Kritik gipfelte die "linke" Arbeitswissenschaft in der BRD in dem Ruf nach "persönlichkeitsfördernden (!) Arbeitsplätzen" (Volpert).

Die Arbeiter schaffen sich ihre Autonomie gegen das Kapital nur darin, daß sie in ihrem Kampf das einlösen, was Vergesellschaftung der Arbeit dem Inhalt nach heißt: Zurückdrängung der Arbeit als gesellschaftlich regulierendes Prinzip, Überwindung der Arbeit ! Es gibt keine Klassensubjektivität ohne den Kampf gegen die Arbeit.

Arbeiterverhalten

Auch wenn im Buch von Ebbinghaus das Kritikmuster der zerstörten Arbeitersubjektivität auftaucht, so analysiert sie, wie der Taylorismus gerade auf die Zerschlagung der Arbeiterzusammenhänge zielt und von daher auch der Selektion der Arbeitskraft, ihrer betrieblichen Zusammensetzung eine große Bedeutung zumißt. Aber sie faßt das eigentliche Problem, das sich der Taylorismus stellen muß, nicht: nämlich bei wachsender und fürs Kapital immer wichtigeren Kooperation der Arbeiter im Produktionsprozeß sie zugleich politisch zu atomisieren.

Der Taylorismus kann daher den Arbeitern nicht als gänzlich fremde Macht und nackter Zwang gegenübertreten, sondern er will erreichen, daß die Arbeiter in höherem Maß für ihre eigene Ausbeutung Verantwortung tragen, ihre produktiven Fähigkeiten für die Kapitalverwertung einbringen. Und dazu ist er gezwungen, das konfliktorische Arbeiterverhalten zu berücksichtigen und umzulenken, indem er einzelne Momente des Antagonismus zu isolieren versucht und sich dieser bedient. (Das schließt nicht aus, daß die arbeitswissenschaftlichen Bemühungen von einem Ausbau des betrieblichen Repressionsapparats flankiert werden, wie wir es auch in den 70er Jahren parallel zur Humanisierungsdebatte erlebt haben.) Taylor



und Arbeitswissenschaft

selbst schafft das zu seiner Zeit nicht. Er redet zwar viel vom notwendigen Konsens, kann aber die grundsätzlichen Kontrollprobleme dieser Phase nicht lösen.

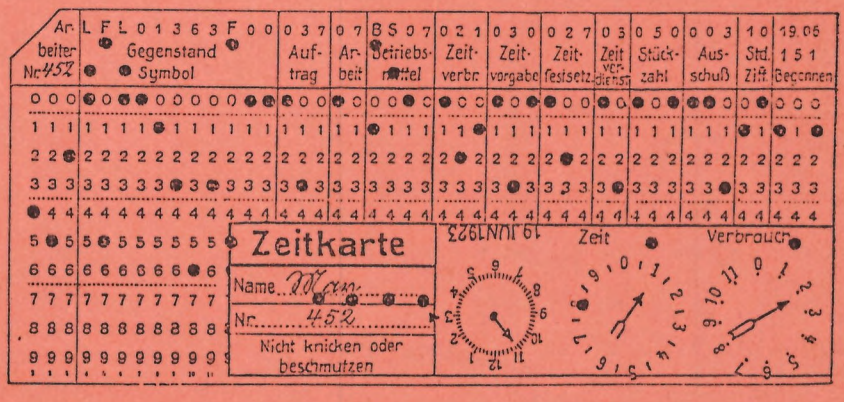
Den Ausgangspunkt nehmen Taylor und die anderen Begründer der Arbeitswissenschaften bei der "Bummelei" der Arbeiter, ihrer Verweigerung und kollektiven Organisierung am Arbeitsplatz – das heißt, offensichtlich wird das Kapital zu dieser Zeit erneut damit konfrontiert, daß die politische "Disponibilität" der Arbeiter zusammenzubrechen droht. Sie sind daher gezwungen, sich mit der konkreten Struktur des betrieblichen Herrschaftsgefüges auseinanderzusetzen, das die Transformation von Arbeitskraft in Arbeit nicht mehr garantiert. Aus den Zitaten von Taylor oder Gantt, die A. Ebbinghaus anführt, läßt sich einiges über diese Struktur ausmachen.

Noch bis ins 20. Jahrhundert hinein ist die kapitalistische Herrschaft im Produktionsprozeß durch unmittelbar personelle und hierarchische Strukturen geprägt. Im Übergang vom Meisterbetrieb zum kapitalistischen Betrieb stützt sich das Kapital auf die persönliche Beziehung zwischen dem einzelnen Kapitalisten und seinen Arbeitern, die vom feudalistischen Mythos der Verbindung von Willkürherrschaft und Fürsorge getragen wird (was heute noch immer oder wieder für die Klitschenproduktion gilt). Mit der Produktion in immer größerem Maßstab, der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, das so die Produktivität gesellschaftlicher Arbeit entwickelt, wird dieser Herrschaftstyp beibehalten, muß aber immer weiter untergliedert werden in einem hierarchischen Meistersystem. Um sich ein Bild von dieser – mit der heutigen nicht mehr vergleichbaren Struktur machen zu können: die Meister, die unmittelbar mit den Arbeitern konfrontiert waren, kontrollierten allein den gesamten Austausch zwischen Kapital und Arbeit. Sie waren für Lohnfragen zuständig, handelten in der Werkstatt mit den Arbeitern die Akkordsätze aus, sie entschieden über Einstellung und Entlassung von Leuten (z.T. waren die Meister regelrechte Subunternehmer in der Fabrik, die auf eigene Kosten arbeiteten und Arbeiter einstellten), damit auch über Zuteilung oder Verlust einer Werkswohnung, sie bestimmten allein und ohne eine höhere Kontrollinstanz über Disziplinarmaßnahmen. Diese Struktur bestimmte das Bild in Fabriken mit 10000 und mehr Proleten, z.B. in extremer Form bei U.S. Steel ! Das System wurde auf diesem Niveau zunehmend despotisch und terroristisch, ohne den patriarchalischen Mythos aufrechterhalten zu können. Die persönliche Note, der Mythos, für "ihren" Kapitalisten zu arbeiten, mußte bei den Arbeitern zusammenbrechen.

(Lewis sieht hier die Wirksamkeit des Maschinenprozesses: "Unreligiösität und Unduldsamkeit gegenüber äußerem Zwang (d.h. persönlichen Machtverhältnissen, Anm. d. V.) wurden als Eigenheiten beim städtischen Proletariat festgestellt, jenem besonderen sozialen Produkt des Maschinenprozesses." S.113)

In den großen Fabriken erfuhren sich die Arbeiter gerade gegenüber den Meistern als Klasse und hatten sie sich einmal von den Mythen dieser Struktur befreit, so wendeten sie ihre produktive Kooperation gegen die Meister (das ist es, was Taylor als "systematische" Bummelei, im Unterschied zur natürlichen, bezeichnet). An der Willkür und dem Terror dieser Meisterherrschaft entzünden sich Streikbewegungen wie die 1894 bei Pullmann oder 1919 bei U.S. Steel (5).

Die "scientific manager" nehmen diese steigende Dysfunktionalität des Werkstattmeistersystems genau wahr; so kritisiert Taylor die in den Fabriken herrschende militärische Ordnung (Ebbinghaus, S.58), Gantt kritisiert

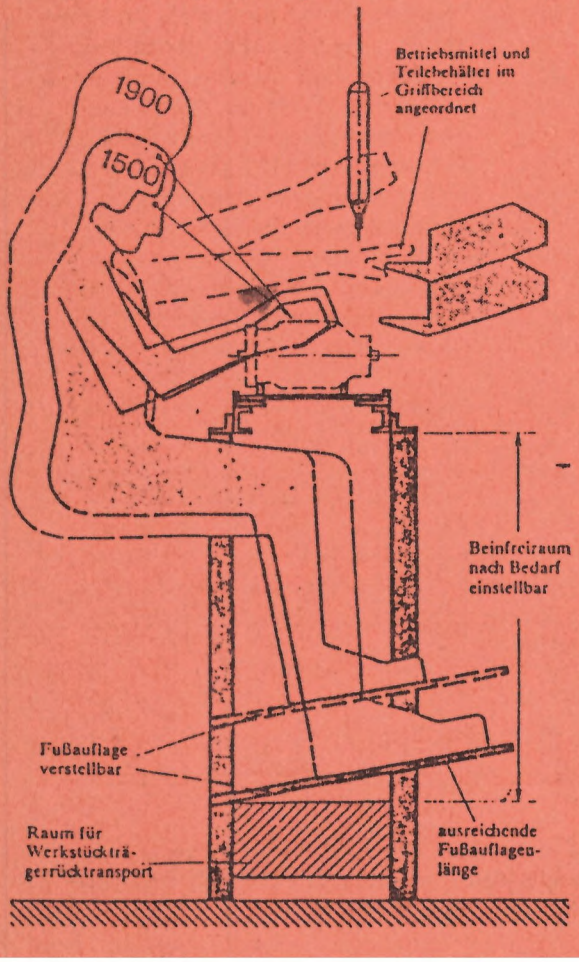


(5) Es kennzeichnet die schwammige Benutzung des Begriffs "Taylorismus" für alles, was an der Arbeit als kapitalistischer Zwang gesehen wird, wenn A. Ebbinghaus im Streik von 1919 den "Arbeiter der taylorisierten Massenproduktion" ausmacht (S.162) – mit den Taylorschen Prinzipien hatte die Struktur bei U.S. Steel wenig zu tun, auch wenn es mechanisierte Massenproduktion war.

die eigenständige Macht der Meister: "Die inneren Angelegenheiten des Unternehmens wurden so tatsächlich von den Meistern/Vorarbeitern geleitet und geführt und nicht von der Betriebsleitung." (ebenda S. 70), womit er auch darauf aufmerksam macht, daß die Meister eigene, dem Kapitalzweck unter Umständen widersprechende Interessen verfolgten. Der Kern der Kritik - wenn auch von ihnen bewußt nicht ausgesprochen - ist aber der: das Meistersystem ist dysfunktional, weil sich daran systematische Bummelei und Klassenkampf entzünden; diese personelle Autorität wird von den Arbeitern nicht mehr "anerkannt" und die Verhandlung über Lohn und Akkord in der Werkstatt fungiert nicht mehr als Fetisch des "gerechten Tauschs" sondern wird zur permanenten Konfliktualität. Hier setzen auch in Deutschland die ersten Versuche an, die Akkordfestsetzung aus der Werkstatt in technische Büros zu verlagern.

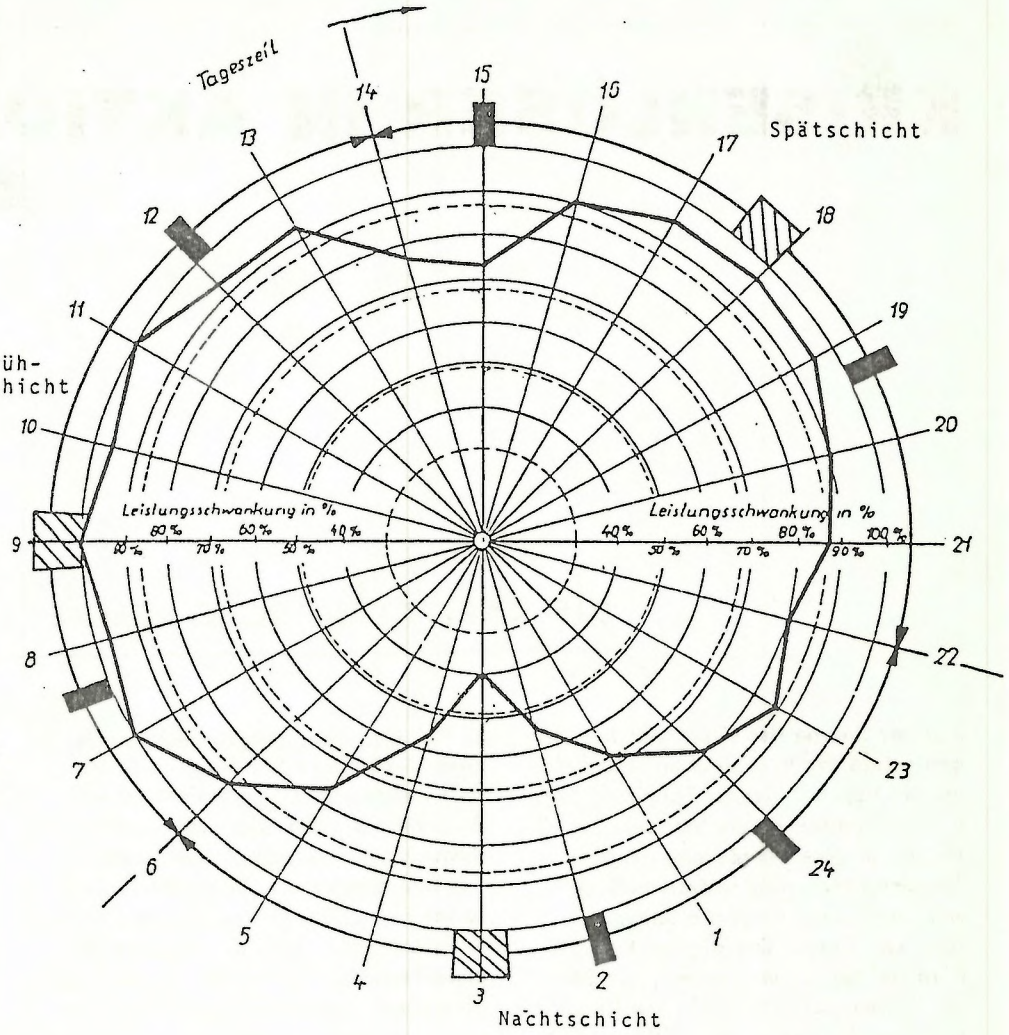
Die Entwicklung der Arbeitswissenschaft ist daher nicht einfach ein neuer Terrorismus des Kapitals, der so daherkommt, sondern in ihr wird das Problem der erneuten Integration der Arbeiter ins Kapital angegangen. Um dies zu erreichen, müssen die Techniken des Managements an dem ansetzen, was ansatzweise von den Arbeitern akzeptiert wird (Vorstellungen über gerechte Entlohnung, begründete Hierarchie usw.). Die "scientific manager" versuchen daher, der klassischen Herrschaftsstruktur eine neue entgegenzusetzen, die genau die Momente beseitigt, an denen sich die Kämpfe der Arbeiter entzündeten. Herrschaft und Ausbeutung müssen durch neue Mythen wieder verschleiert werden: da die Willkür der Meister, was Arbeit und Lohn betrifft, als Willkür und Herrschaft des Kapitals deutlich wurden, entwickeln Taylor & Co eine neue Form der Willkür des Kapitals, die eine allgemeine und objektive Gestalt annimmt: die wissenschaftliche Bestimmung der Tätigkeiten und der davon abgeleiteten Löhne. Das Meistersystem selbst wird dementsprechend funktional zergliedert (s. A. Ebbinghaus S. 60). Natürlich bleibt dies die Willkür des Kapitals, aber sie ist nicht mehr an persönlichen Entscheidungen festzumachen (die Tendenz zur Standardisierung von Zeiten und Normierung von Akkordgrößen hat es - gerade in Deutschland - schon viel früher gegeben, Taylor entwickelt dies nur zu einer umfassenden Philosophie). Diese Vorschläge und Experimente (mehr ist das zunächst nicht!) zur Lösung des "Integrationsproblems" setzen an der allgemeinen Struktur der Fetischproduktion an. Indem die Arbeitstätigkeiten scheinbar ganz vom Kapital zusammengesetzt und bestimmt werden, ohne jeden Rückgriff auf überlieferte Erfahrung und Geschick, erscheint diese Produktivität allein dem Kapital zu gehören, die Arbeiter müssen sich diesen Anweisungen ja "nur" unterwerfen und anpassen. Dieser Kapitalfetisch läßt verschwinden, daß diese "Anpassung", d.h. die Fähigkeit, die vorgegebenen Tätigkeiten auszuführen, die Zeiten zu erfüllen oder mit dem Maschinentakt zurechtzukommen, die neue Kreativität und Qualifikation der Arbeiter darstellt, auf die das Kapital angewiesen ist, und für deren Entwicklung es auf die "Mitarbeit" der Arbeiter und ihre Kooperation untereinander angewiesen ist. Die Vorstellung, der Arbeiter werde dadurch zur Maschine oder bloßen "Störgröße"(Ebbinghaus, S.59) ist in der Tat das Bewußtsein, das dieser Kapitalfetisch bei den Arbeitern provozieren soll (politische Dequalifikation!).

In gleicher Weise wird der Lohnfetisch weiterentwickelt, dessen bestimmte historische Form zusammengebrochen war. Diese Form des Lohnfetischs beruhte auf dem individuellen Vertrag zwischen Arbeitern und Kapitalist, der zwischen zwei Individuen ausgehandelt wurde. Die Mechanisierung der Produktion hatte diesem Vertragsmythos die Basis entzogen:"Ganz offenbar ist das individuelle Lohnaushandeln in der Maschinenindustrie praktisch unmöglich und würde den reibungslosen Ablauf der Arbeit ge-



nauso wie die Wechselbeziehung zwischen den verschiedenen Teilbereichen der Industrie stören, die doch für ihr zufriedenstellendes Funktionieren unentbehrlich sind." (Lewis a.a. O. S.116) Und Lewis sieht ganz genau, welche Bedeutung der Zusammenbruch dieses Fetischs für den Klassenkampf hat: "Verschwindet die Vorstellung eines Vertrages, bleiben - ohne weitere Illusionen und Vernebelungen - zwei Klassen übrig, die miteinander um den Besitz des Produkts ringen. Ist das einmal ins Bewußtsein des Arbeiters gedrungen, wird sich sein Standpunkt schlagartig ändern. Er wird sich nicht länger als Individuum begreifen, das mit einem anderen Individuum verhandelt und dabei in bestimmte Rechtskonzeptionen und vorgegebene Einschränkungen seiner Position gegenüber dem anderen Individuum eingebunden ist. Er sieht sich im Gegenteil als Mitglied einer Gruppe, die im Kampf steht..." (ebd. S. 159). Aber Lewis täuscht sich darüber, welche Möglichkeiten dem Kapital zur Entwicklung eines neuen Lohnfetischs, der ja im Kern die Illusion beinhaltet, die Arbeit werde bezahlt, gegeben sind.

Pausenregime-Vorschlag nach Rühl



Tagesschwankungen der Leistungsbereitschaft
(nach Bjerner, Holm und Swenson)

Erholungspause (10 min)

AZO - Pause (30 min)

Mit der wissenschaftlichen, das heißt objektiven und verallgemeinerbaren Bestimmung von Akkord oder Prämie, wird das im Tauschakt enthaltene Versprechen "Verkauf der Arbeit" wieder eingelöst. Trotz der allgemeinen Durchsetzung von Kollektivverhandlungen (s. Lewis, S. 116) kann so der Lohnfetisch wieder wirksam werden. Denn bei der wissenschaftlichen Lohnbestimmung geht es nicht um das Lohnniveau, dies kann durchaus gewerkschaftlichen Kämpfen und Verhandlungen unterworfen bleiben. Der Versuch, durch die neuen Formen der Lohnbestimmung die Gewerkschaften für überflüssig zu erklären oder gegen alle kollektiven Zusammenschlüsse vorzugehen, ist einer der Gründe für das unmittelbare Scheitern Taylors. Die objektivierte Lohnbestimmung zielt gerade auf die individuelle Differenzierung der Löhne (vom Akkord bis zur analytischen Arbeitsplatzbewertung), um damit die Illusion eines privaten Austauschverhältnisses zum Kapital trotz kollektiver Verhandlungen zu befestigen. In der konkreten Konfliktualität mit der Meisterherrschaft versprach diese wissenschaftliche Lohnbestimmung den Arbeitern zudem die Überwindung von Willkür und Korruption.

Soweit setzen diese Arbeitswissenschaftler tatsächlich an den entscheidenden Punkten an, um die Arbeiter effektiver in ihre eigene Ausbeutung zu integrieren. Unmittelbar scheiterten sie allerdings; die konkrete, von Taylor entwickelte Managementpraxis setzte sich in den USA nicht durch. Zum einen, weil die Arbeitsanweisungen des Kapitals noch keine dingliche, fixe Gestalt annahmen (wie später im Fließband - und das Kapital konnte nicht neben jeden Arbeiter einen kleinen Taylor stellen, der Anweisungen gab, wie Taylor es mit seinem Musterarbeiter Schmidt gemacht hatte!), zum anderen, weil sie selbst noch als Meister auftraten, die den Arbeitern ein neues System aufzwingen wollten. Obwohl sie ständig die Wichtigkeit des Konsens, die Bedeutung der Mitwirkung der Arbeiter betonten, schufen sie selbst neue Konfliktpunkte und führten damit ihre Versuche ad absurdum. Aber im weiteren Prozeß der bürokratischen Regelung und Institutionalisierung des unmittelbaren Produktionsprozesses nutzte das Kapital diese ersten Versuche. In dem Maße, wie die Produktionsmaschinerie durch eine bürokratische Maschinerie, die detaillierte und objektivierte Reglementierung der Herrschaftsstruktur ergänzt wurde und die Gewerkschaften - getrennt vom unmittelbaren Produktionsprozeß - in Akkordkommissionen usw. am "scientific management" beteiligt wurden, konnten die taylorschen Überlegungen ihre Wirksamkeit entfalten. In diesem Sinne mag man heute von "Taylorismus" sprechen.

FORTSETZUNG VON SEITE 10

KRISENLÖSER IN AKTION

DIE KAPITALISTISCHE PERSPEKTIVE

Aus der Summe der einzelnen Kürzungen allein ergibt sich aber noch kein neuer, kapitalistischer "Entwurf". An vielen Punkten ist die Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung genauso "vordergründig und unsystematisch", wie Lambsdorff einst die Schmidt´sche kritisierte. Die eigene Klientel wird fleißig subventioniert, die Mittel fließen beileibe nicht nur in wirklich "produktive" Investitionen (siehe z.B. die Subventionierung der Bauern für die Milchreduzierung), bei Kürzungen wird genau austariert, was ohne Verluste an Wählerstimmen möglich ist, gleichzeitig wird unter ideologischen Gesichtspunkten wieder Umverteilungspolitik betrieben, die doch eigentlich den neuen wirtschaftspolitischen Grundsätzen zuwiderläuft. (Familienpolitik z.B.). Aber die "Wende-Regierung" trägt ja auch an einem schweren historischen Erbe - nur ist es eben nicht das einer "verfehlten sozialdemokratischen Finanzpolitik", wie sie es propagandistisch gern hinstellt, sondern das Erbe einer langjährigen Pattsituation mit der Klasse.

Die Krise des Kapitals führte zu einer Krise all der Institutionen, die den Druck der kapitalistischen Verwertung nach unten weitergeben, Kontrollfunktionen ausüben, vermittelnd eingreifen, die Lasten der Krisenpolitik unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des sozialen Friedens verteilen mußten. Dem Druck der Klasse auf die öffentlichen Transferzahlungen wurde zunächst genauso nachgegeben wie man Maßnahmen zur "Entlastung des Arbeitsmarktes" finanzierte. Durch diese "Abmilderungsprogramme" wurde zwar die soziale Stabilität des "Modell Deutschland" garantiert, diese Ausgaben wurden aber mehr und mehr dysfunktional für die Rekonstruktion der Mehrwertraten. Denn die Proletarier betrachteten Krankengeld, Arbeitslosengeld, BAFöG, Sozialhilfe, Erwerbsunfähigkeitsrenten immer mehr als etwas, das einem zusteht und das man sich gezielt aneignet, als soziale Eroberung, die einen vor zu viel und zu mieser Arbeit schützte. Deshalb konnte auch eine Arbeitslosigkeit von 1 Million nicht die erwünschten Auswirkungen auf die Arbeitsmoral haben.

Der keynesianistische Klassenkompromiß, den Lohndruck der Arbeiter durch soziale Garantien in ein System kontinuierlicher Arbeit und Qualifikation einzubinden, Arbeitsleistung durch Konsumangebote zu kompensieren und durch die "effektive Nachfrage" den Zyklus zu steuern, war also von innen heraus durch die Proletarier ausgehöhlt worden. Über die Haushaltskürzungen wurde daraufhin eine Schrumpfung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in Gang gesetzt. Aber die bisherigen Einschnitte am Sozialsystem ergeben auch vor dem Hintergrund der verstärkten Klassenspaltung über Arbeitsbedingungen und Einkommenshierarchien noch kein neues Modell, erweisen sich immer wieder als funktionsunfähig gegenüber dem metropolitanen Proletariat, das das Überleben im Fürsorgedschungel gelernt hat. Selbst bei einer offiziellen Arbeitslosigkeit von 10 - 15% ist es nicht ausgeklügelt und verschärft genug, um die Klasse in einem für das Gesamtkapital ausreichenden Maß zu Arbeit, Mobilität, Qualifizierung und Rotation zu zwingen.

Diese Anforderungen erfüllen Vorschläge, wie sie schon in den 70er Jahren in den USA und in England diskutiert wurden, wie sie Milton Friedman propagiert und denen jetzt in der FAZ häufiger Platz eingeräumt wird. Es geht um die Einführung einer "Negativen Einkommenssteuer". (im Kasten auf den folgenden beiden Seiten ist ein solches vom Liverpooler Professor Minford entwickeltes Modell dargestellt)

Deshalb werden seit einigen Jahren Modelle für ein neues Sozialsystem diskutiert, deren Grundlagen eine neue Definition von Arbeit (Ausweitung der unbezahlten Arbeit getarnt als "familiäre Dienste", "ehrenamtliche Blabla", "Tätigkeit" usw. usf.), das genauere Austarieren von Arbeit und Einkommenslosigkeit, die striktere Anbindung aller Formen von "Schwarzarbeit" an den Zyklus des multinationalen Kapitals und die Trennung der sozialen Sicherung vom Beschäftigungsverhältnis sind.

Am bisherigen Sozialsystem üben die Funktionäre des Kapitals folgende Kritik:

- die Lohnnebenkosten sind zu hoch, machen die Arbeitskraft zu teuer;
- dadurch werden Leistung und Mehrarbeit bestraft (hohe Abzüge bei Überstunden);
- wenn das Arbeitslosengeld fast so hoch ist wie ein möglicherweise zu erzielender Arbeitslohn, kann selbst eine millionenfache Arbeitslosigkeit nicht in der gewünschten Weise als industrielle Reservearmee funktionieren;
- im Vergleich zu den Kosten sind die Leistungen der öffentlichen Unternehmen ineffektiv, die Löhne der dort Beschäftigten zu hoch;
- die Versicherungspflicht für jede Art von Arbeit ist für viele Dienstleistungsunternehmen nicht bezahlbar.

Ein neues System der sozialen Sicherung müsse dagegen:

- Leistung und Mehrarbeit fördern;
- die Beschäftigung auch bei niedrigem Lohn erzwingen - bis hin zu unentlohnter Arbeit;
- Pflichtleistungen auf das Notwendigste begrenzen - wer mehr "Sicherheit" will, soll seinen Beitrag freiwillig erhöhen;
- die Sozialversicherungen (Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung) in private Hände überführen, um das System zu effektivieren;
- die soziale Absicherung vom Arbeitsverhältnis abkoppeln.

Bei diesem Vorschlag werden alle sozialen Leistungen des Staates an Arme und Erwerbslose in ein neues Besteuerungssystem integriert, das die komplizierte Einzelfallhilfe mittels tausender verschiedener Transferzahlungen komplett ersetzen soll. Jedem Bürger wird ein Grundbetrag gutgeschrieben, der gerade die notwendigsten Bedürfnisse deckt. Mittellose erhalten diesen Betrag vom Staat. Was darüber hinaus verdient wird, muß versteuert werden, die Grenzsteuerbelastung ist aber immer so, daß das über das Minimum hinaus verdiente Geld nicht überproportional versteuert werden muß. Ein noch so geringer Lohn, noch so viele Überstunden "lohnen" sich also. Die Versicherung gegen Krankheit usw. ist private Pflicht jedes Bürgers, der Unternehmer beteiligt sich nicht, die Löhne werden also "konkurrenzfähig". Die Trennung zwischen "legaler Arbeit" und Schwarzarbeit ist aufgehoben und kann Reserven mobilisieren.

Solche Reißbrettmodelle sind natürlich noch weit von ihrer Umsetzung entfernt, auch eine Thatcher-Regierung hätte sehr viele Widerstände zu überwinden: die Arbeiter, die Gewerkschaften, die Sozialbürokratie... Trotzdem sind sie richtungsweisend für die strategische Diskussion, finden die hier aufgezeigten Grundsätze Schritt für Schritt Eingang in die laufenden Gesetzesänderungen.

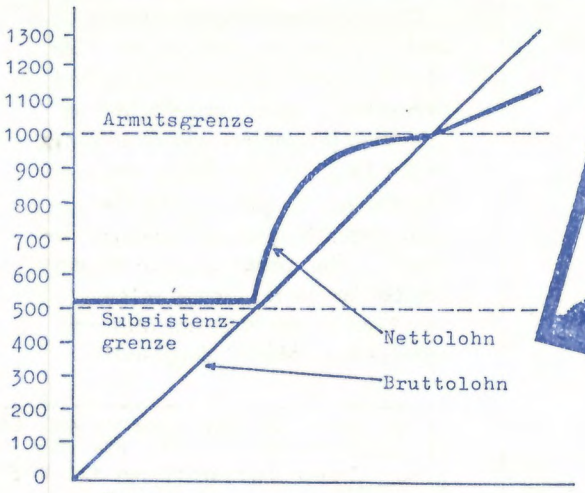
Und was Biedenkopf und Miegel schon 1978 formulierten ("Wege aus der Arbeitslosigkeit", Stuttgart 1978), ist gar nicht so weit von Minford entfernt. Ihre Argumentation kreist vor allem um die Löhne der Un- und Angelernten, die im Vergleich zu anderen Industrieländern und zu den Löhnen der Qualifizierten viel zu hoch seien. Da aber bereits 1/4 der Arbeitnehmerhaushalte an der Sozialhilfeschwelle lägen, könne hier kein Einkommen mehr gekürzt werden - diese niedrigeren Einkommen solle in Zukunft der Staat aufstocken, das sei immer noch billiger, als diesen Leuten Arbeitslosengeld zu bezahlen, weil ihr Arbeitsplatz wegfallen müßte. Das ist im Prinzip nichts anderes als staatlich durchgesetzte Zwangsarbeit, staatlich subventionierte Ausbeutung zum Niedriglohn. Für Sozialhilfeempfänger ist diese Behandlung der "arbeitenden Armen" nichts Neues. Es ist ja allgemeine Praxis der Sozialämter, den versicherungsfreien 390,-Mark-Lohn von Frauen durch Beihilfen aufzustocken. Der von Miegel und Biedenkopf gemachte Vorschlag will praktisch 1/4 aller Haushalte der Kontrolle durch die Sozialämter unterwerfen.

KONSUM ÜBER DEN STAAT

Die wichtigsten Dienstleistungen, die vom Staat für die Bevölkerung angekauft und an diese zu ermäßigten Preisen oder gratis weitergereicht werden, sind Schulbildung und medizinische Versorgung. (...) Die Ineffizienz solcher Vorgänge ist bereits diskutiert worden. Wenn jedermann gleiches Einkommen hätte, könnte hier leicht Abhilfe geschaffen werden: Jeder könnte die Geldmenge seiner Wahl für Gesundheit oder Bildung ausgeben. Damit würde die Ineffizienz sofort verschwinden, und auch dem Allgemeinwohl wäre Rechnung getragen.

Wir erreichen hier den Angelpunkt der Debatte um den "Wohlfahrtsstaat." Einkommen sind ungleich verteilt. Unter dem bestehenden System wäre den Armen damit der Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung im Vergleich zu den Bessergestellten erschwert. Für manche folgt daraus, daß der Staat als Käufer und Verteiler von medizinischer Versorgung und Bildung auftreten muß, wenn für die Armen "angemessene" (oder "gleiche") Zugangschancen zu diesen Gütern gesichert werden sollen. Erwiesenermaßen bedeutet Versorgung durch den Staat jedoch Ineffizienz, die der Gesamtgesellschaft Kosten verursacht.

Unter der gemachten Voraussetzung, es sei eins unserer Ziele, den Armen den "notwendigen" Zugang zu Bildung und Gesundheit zu verschaffen - läßt sich unter dieser Voraussetzung der offensichtliche Konflikt zwischen dem, was wir anstreben, und der Ineffizienz im Konsum lösen? Die Antwort lautet: Ja, denn es ist überflüssig, den Staat als Käufer auftreten zu lassen, um den Armen irgendeinen Zugang zu sichern. Die effiziente Vorgehensweise besteht darin, den Armen die Mittel zum Ankauf dieser Dienstleistungen zukommen zu lassen und die Mittel (die ja nicht sachfremd verausgabt werden sollen, sei es für Nahrungsmittel, Opernkarten oder Lotto) an eben diese Dienstleistungen zu binden, und zwar durch "Bildungsgutscheine" und Zuschüsse zur Versicherung gegen Krankheit. Die Gesellschaft mag über den Umfang entscheiden, in dem sie den Armen Unterstützung angedeihen lassen möchte, und dann ihnen und jedermann überlassen, die Unterstützung und private Mittel zum Kauf von privatwirtschaftlich produzierter medizinischer Versorgung und Bildung zu verwenden - mit der Annehmlichkeit der freien Auswahl.



Bruttolohn- und Nettolohnkurven
bei Negativer Einkommensteuer (Minford)
Armuts- und Subsistenzgrenze Annahmewerte

Effiziente Armenbekämpfung durch Negative Einkommensteuer

Die folgenden Abschnitte sind einem längeren Aufsatz des Liverpooler Professors Patrick Minford entnommen, der an Zynismus und Klassenhaß kaum zu überbieten ist, abgedruckt in der Beilage April-Juni 1984 der "Economic Affairs".

Ausgerichtet an den Prioritäten des gesellschaftlich wünschenswerten sollte diese Unterstützung einkommensabhängig sein. Die Gesellschaft wünscht, den Armen zu helfen und nicht den Wohlhabenderen. Gerade die für jedermann zugänglichen Leistungen verursachen die chronische Finanzkrise im Bildungs- und Gesundheitswesen.

Medizinische Versorgung

Hier gehen wir von der Voraussetzung aus, daß der Einzelne die Dienstleistungen im Gesundheitswesen selbst bezahlt. Hierzu schließt er eine umfassende Krankenversicherung ab, die nach üblichen Grundsätzen aufgebaut ist und im Breich schwerster Krankheit nahezu 100 % Deckungssumme erreicht. Hier hat die Gesellschaft zu befürchten, daß die Armen an der privaten Krankenversicherung zu sparen versuchen werden. Diese Gefahr könnte durch einen einkommensabhängigen Zuschuß zur privaten Krankenversicherung behoben werden, zahlbar gegen Vorlage der Krankenversicherungspolice und der Einkommensnachweise.

Diese Vorgehensweise schafft jedoch schwierige Probleme dadurch, daß eine weitere einkommensabhängige Leistung auf ein vorher schon komplexes System von Besteuerung und Leistung getürmt wird. Und sie vergrößert die "Armutsfalle". Das vorgegebene Ziel kann mit geeigneteren Mitteln erreicht werden. Für die Gesellschaft stellen sich zwei Aufgaben: Einmal sollen die Armen dabei unterstützt werden, einen Lebensstandard oberhalb der Subsistenzgrenze zu erreichen, ohne daß Leistungsanreize dabei ausgehöhlt werden. Zum anderen muß sichergestellt werden, daß die Armen im Rahmen ihres Einkommens angemessene Ausgaben für ihre gesundheitliche Versorgung tätigen. Die obenerwähnte Unterstützung läßt sich am besten in Form einer Negativen Einkommensteuer (NESt) verteilen, die die Verminderung des Nettoeinkommens abbremst, wenn das Bruttoeinkommen zur Subsistenzgrenze hin absinkt. Die Negative Einkommensteuer beeinträchtigt die Anreize zu größerer Arbeitsanstrengung und höherem Verdienst nicht, trotz einer hohen Grenzsteuerbelastung (ca. 70%). Darüberhinaus schützt sie die Armen in völlig verallgemeinerter Weise, nämlich durch Einkommen. Wir gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß die Negative Einkommensteuer sämtliche einkommensabhängigen Leistungen ersetzt, einschließlich Wohngeld und Abzahlungshilfen sowie Hilfen zum Lebensunterhalt für Familien.

Ist eine Negaive Einkommensteuer eingeführt, so kann ihre Verwendung für die Krankenversicherung bei den Armen ganz einfach dadurch sichergestellt werden, daß ihre Auszahlung von der Vorlage eines Nachweises über Krankenversicherung zu einem bestimmten Mindestsatz abhängig gemacht wird. Der Mindestsatz könnte gesetzlich festgelegt werden, vergleichbar den Vorschriften über das Anlegen von Sicherheitsgurten.

EFFIZIENTE ARMUTSBEKÄMPFUNG BEI ALLEN ALTERSGRUPPEN

Wie dargelegt wurde, vermag die Negative Einkommenssteuer Armut bei Menschen zu beheben, sofern sie arbeiten, und dies unter Wahrung von Bildungs- und Krankenversicherungsnormen. Untersucht wurden die wichtigeren Bereiche staatlichen Konsums, nicht jedoch drei bedeutende Felder staatlicher Ausgabenpolitik, nämlich die Transferleistungen des Sozialministeriums an die Arbeitslosen, die Staatsrentner und an die Erwerbsunfähigen.

Arbeitslosenunterstützung

Wie bei der Hilfe gegen Armut für Arbeitende führen wir Negative Einkommenssteuer mit einer Grenzsteuerbelastung nicht über 70 % ein (ein bereits hoch angesetzter Wert!), um die Arbeitsanreize nicht völlig zu ersticken. Damit macht die Arbeitslosenunterstützung das Festsetzen eines Höchstbetrages innerhalb des Grenzsatzes der Steuerbelastung notwendig, die im Falle der Arbeitsaufnahme wirksam wird. Dies könnte durch Begrenzung der Unterstützungsleistung auf 70 % des vorherigen Einkommens erreicht werden. Sobald dieser Höchstbetrag festgesetzt würde, müßte sich die Unterstützung für die arbeitslos Bleibenden vermindern. Bei Einführung zu einem Zeitpunkt der Steuerminderung auf Niedrigeinkommen, wie im vorliegenden Beitrag als möglich nachgewiesen, würden aber die Steuerminderungen die Nettolöhne anheben, die bei Arbeitsaufnahme erzielt werden können. Die verbesserten Einkommenschancen wären willkommen, während das Absinken der Unterstützungsleistungen den Anreiz, sie zu suchen, erhöhen würde. Eine Veränderung in die hier angezeigte Richtung wäre für die Gesellschaft sowohl praktisch als auch moralisch ohne Einschränkung vertretbar. Auf längere Sicht könnte es dem Einzelnen überlassen werden, ob er auf dem freien Markt eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit abschließen will. Für Arbeitswillige wäre das Soziale Netz in Form der Negativen Einkommenssteuer gespannt. So kann es der persönlichen Entscheidung überlassen bleiben, ob man eine Beschäftigung aufnehmen oder weiterhin arbeitslos bleiben möchte. Prinzipiell gibt es für die Gesellschaft keinen Anlaß, in diese Entscheidung mit Unterstützungsleistungen einzugreifen.

Sozialversicherung, Kindergeld und Leistungen an Arbeitslose

Nun wollen wir uns mit dem beschäftigen, was ich die "effiziente Armutsbekämpfung bei allen Altersgruppen" genannt habe. Wir haben im Entwurf den Wohlfahrtsstaat in ein privates Dienstleistungsunternehmen umgewandelt, wo jedermann seine Rechnungen selbst bezahlt und Firmen der Privatwirtschaft Wohlfahrtsleistungen produzieren. Wir haben aber immer wieder betont, daß in diesem System ein Sicherheitsnetz für die Armen vorgesehen werden muß: der Leistungsbezug der Negativen Einkommensteuer soll ihnen die Bezahlung der Dienstleistungen möglich machen. Es würde den Armen auch verwehrt, auf diese Dienstleistungen zu verzichten. Denn Zahlung von Negativer Einkommensteuer würde nur dann geleistet, wenn die Dienstleistungen tatsächlich gekauft wurden. Zusätzlich kann durch Gesetz das erwünschte Verhalten erzwungen werden.

Es soll im folgenden untersucht werden, wie Armutsbekämpfung solchen Typs verwirklicht werden kann. In mehreren Aspekten erweist sich dies als das Problem, das am schwierigsten effizient zu lösen ist. Gegenwärtig liefert die Gesellschaft hier nur Pfusch, deutliche Symptome hierfür sind "Armutsfalle" und "Arbeitslosigkeitsfalle".

Beginnen wir mit den Leistungen für arbeitende Arme. Mein Gedanke ist einfach. Für jede Familienzusammensetzung wird ein "Subsistenzeinkommen" der Höhe nach festgelegt, und zwar als ein echtes Minimum, das alles beiseite läßt, was nicht unmittelbar das Überleben sichert. Anderenfalls verteuert sich das ganze System hoffnungslos. Als zweite Orientierungsmarke für das Einkommen wird eine "Armutsschwelle" festgelegt, oberhalb derer nach gängiger Meinung die Gesellschaft zu Unterstützungsleistungen nicht mehr bereit wäre. Dies wäre auch der Schwellenbetrag, oberhalb dessen normale Einkommensteuer zu zahlen ist. Die Negative Einkommensteuer leistet hier zweierlei: sie verhindert, daß das Einkommen unter die Subsistenzgrenze fällt, und bei Einkommen unterhalb der Armutsgrenze gibt sie einen Zuschuß in Höhe von 70 % der Differenz zur Armutsgrenze. Außer Negativer Einkommensteuer werden keine anderen Geldleistungen irgendwelcher Art fällig. So steigt die Grenzsteuerbelastung für die Armen nie über 70%, es sei denn, ihr Einkommen läge unterhalb der Subsistenzgrenze. In diesem Fall muß die Grenzsteuerbelastung auf 100 % ansteigen.

So wird zugleich Armut behoben und Anreiz geschaffen, härter und besser zu arbeiten.

Schließlich bleibt uns noch das Thema "Leistungen an Arbeitslose". Das Kernproblem besteht hier darin, sicherzustellen, daß verfügbare Beschäftigungen angenommen werden und daß der Reiz der Arbeitslosenunterstützung nicht die Schaffung und die Übernahme niedrig bezahlter Arbeit verhindert. Wir gehen hier von der andernorts hinreichend bewiesenen Annahme aus, daß es für irgendeinen Lohn immer Arbeit gibt, die von Arbeitslosen geleistet werden könnte. Nach meiner Schätzung würde bei Löhnen, die um 10 % unter den gegenwärtig am Markt gezahlten liegen, die Arbeitslosigkeit praktisch verschwinden. Anders ausgedrückt: 2 1/4 Millionen Beschäftigungsmöglichkeiten existieren bei einem Lohnniveau bis zu 10 % unterhalb desjenigen, bei dem Arbeiter heute eine angebotene Arbeit ablehnen. Diese Beschäftigungsmöglichkeiten werden nicht in Anspruch genommen und in vielen Fällen nicht einmal mehr von den Unternehmern angeboten, weil Zeit und Geld dafür verschwendet wären. Der Grund: der Lohn, der für die Arbeit angeboten wird, ist im Vergleich zur Arbeitslosenunterstützung zu niedrig. Folglich verliert die Gesellschaft die Arbeit und die Werte, die von den Arbeitslosen als Gegenleistung für die Zuschüsse zu ihrem Einkommen geliefert werden könnten.

Das ist heller Wahnsinn. Das Gemeinwesen darf erwarten, daß Menschen arbeiten, sofern sie können. Es läßt ihnen Unterstützung zukommen, sei es in Gestalt herkömmlicher Leistungen oder in Gestalt der Negativen Einkommensteuer, muß jedoch wenigstens soviel von ihnen zurückerhalten, wie sie für die Gesellschaft leisten können.

Mein Grundsatz wird deshalb sein, für Arbeitslose Anreize zur Übernahme möglicherweise vorhandener niedrig bezahlter Arbeit zu schaffen. Ein solcher Beitrag von ihrer Seite ist die Voraussetzung für die Unterstützung durch die Gesellschaft.

In erster Linie schlagen wir hier als Verfahren vor, einen Höchstbetrag der Unterstützungsleistungen festzulegen, der sich auf 70 % des vorherigen Einkommens bemißt, und zwar netto. So wäre im allgemeinen wenigstens ein Arbeitsanreiz in Höhe der restlichen 30 % gegeben.

DIE "LINKEN KRISENLÖSER"

Die Diskussion über die "Negative Einkommensteuer" wird hierzulande merkwürdigerweise vor allem in grünen und "autonomen" Kreisen geführt: die Aussicht auf ein Minimaleinkommen ohne Arbeit, das darüber hinaus selbstbestimmte Arbeit ermöglichen soll, scheint Sozialstaatsillusionen in die Zukunft zu verlängern.

Der Spruch vom "Ende der Arbeitsgesellschaft", um dessentwillen Dahrendorf seit zwei Jahren in den linken Medien hofiert wird, hat die Geister verwirrt. Die in den 70er Jahren greifbaren Utopien vom Ende der Arbeit und Mühsal angesichts eines unermeßlichen akkumulierten Reichtums und einer selbstbewußt agierenden Klassenbewegung und sozialen Bewegung werden nun neu thematisiert, doch diesmal nicht als Ergebnis harter Kämpfe, sondern als Option, die das Kapital selbst setzt: durch die millionenfache Freisetzung von Arbeitskräften aus den hochindustrialisierten Produktionsprozessen werde eine weitgehend autonome Reproduktion in selbstbestimmter "Tätigkeit" möglich.

Nehmen wir einmal die "WEGE INS PARADIES", die uns André Gorz verkaufen will - ein Buch, das in allen Medien von Südfunk bis Taz und Prokla angepriesen wird. Seine Vorschläge sind im Grunde alt, er hat sie nur bunt zusammengewürfelt und verkaufsfördernd verpackt. Der Erfolg des Buches liegt wohl in den vielen Halbwahrheiten, aus denen sich jede/r das jeweils Passende raussuchen kann.

Genau in diesem Halb- und Halb-Schema leitet Gorz den Zusammenbruch des Keynesianismus daraus her, daß das Kapital aufgrund des Klassendrucks nicht mehr "Herr des Spiels" gewesen sei, gleichzeitig aber seine technologischen Reserven erschöpft gewesen seien. Die Klasse, der bestimmende Faktor der Krise, habe nun aber die kapitalistische Rationalität nicht durch eine andere ersetzt, sondern auch 1973 Wachstum gefordert. Ein neuer, sich selbst tragender Zyklus sei aber durch Überkapazitäten, zu hohe Löhne und Arbeitsplatzvernichtung durch Informatisierung für das Kapital nicht möglich gewesen.
Eine mögliche Lösung sei nun die Selbstreduzierung der sozialen Kosten, des individuellen Konsums zugunster kollektiver Lösungen in Richtung gesellschaftliche Verwaltung der Produktion und der Errichtung eines Netzes von Produktions- und Handwerksgenossenschaften. Aber auch eine "rechte", neo-fordistische

Lösung sei denkbar: die Industrialisierung aller Dienstleistungen als neuer kapitalistischer Wachstumssektor; damit würde die gesamte Reproduktion Teil der industriellen Produktion; dies ermögliche eine Senkung der Zwangsabgabe, wodurch wiederum eine Steigerung des Konsums ausgelöst werde - insgesamt also eine Senkung der Lohnkosten ohne Senkung des Konsums, das Friedmansche Modell eben. Um diese zweite Lösung zu verhindern, müsse auf die erste Möglichkeit hingearbeitet werden.

Gorz geht nämlich davon aus, daß die Arbeit heute gegen Null tendiert und daß sich deshalb die "sozialen Beziehungen" nicht mehr auf den Verkauf der Arbeitskraft gründen könnten. Die Automatisierung weise jenseits von Kapitalismus und Sozialismus ins Zeitalter der Beseitigung der Arbeit (=Kommunismus). Deshalb müsse man endlich den Arbeiterkonservativismus überwinden, der immer noch von der Norm der Vollbeschäftigung ausgehe, und in Zukunft in allen Industriegesellschaften zu einer Zweiteilung der erwerbstätigen Bevölkerung führe in eine Elite garantierter Vollbeschäftigter und einer Masse unqualifizierter Arbeiter ohne Status und Arbeitsloser mit unregelmäßiger und wechselnder Beschäftigung.

Als Ausweg aus dem Kapitalismus plädiert er für die Einführung eines Einkommens auf Lebenszeit unabhängig vom jeweiligen Arbeitsplatz. Dafür sei jede/r "nur" zu 20000 Stunden entfremdeter Arbeit im "nicht selbstbestimmten Sektor" verpflichtet, der nur noch aus "banalisierter Arbeit" bestehe, die jede/r machen könne. Den Rest des notwendigen Einkommens könne jede/r nach Bedarf in

häuslicher Eigenproduktion, in Kooperativen oder in einer Art freien Unternehmertums erwirtschaften. Hier könne sie/er alle ihre/seine Fähigkeiten entwickeln und sich allseitig qualifizieren.

Gorz' Kernthese ist, daß das Kapital immer weniger auf die Arbeitskraft der Menschen angewiesen sei, daß die Automatisierung den allgemeinen Zwang zur Lohnarbeit und damit auch das Wertgesetz abschaffe. Ziel der Produktion sei nicht mehr die Akkumulation von Kapital, sondern die Kontrolle und Beherrschung der Gesellschaft: die Macht der Technokratie beruhe nicht mehr auf Eigentum, sondern auf der Kontrolle des Kontrollapparates. Damit sei das Zeitalter der Beseitigung der Arbeit erreicht. Jetzt gehe es nur noch darum, die gleichmäßige Verteilung der Arbeit, die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit und die tendenzielle Abschaffung der Lohnarbeit durch die Ausweitung der Eigenproduktion und ein garantiertes Lebenseinkommen durchzusetzen. Über die Mittel schweigt er sich aus; in einem Interview mit der "Prokla" nennt er u.a. Gewerkschaften und Tarifverträge... Der Staat stellt für ihn kein grundsätzliches Problem dar, man brauche ihn ja - so reduziert wie möglich - zur Regulation eines großen Wirtschaftsraumes.

Mit der Vorstellung einer weitgehend arbeitsfreien Produktion und einer "banalisierten Arbeit, die jeder machen kann, sitzt Gorz der kapitalistischen Propaganda auf. Seine "Traumfabrik" hingegen ist Bauernfängerei: er malt als Alternative aus, was sich die soziale Bewegung der 70er Jahre etwa so vorgestellt hat , die Verbindung von stark reduzierter, beliebiger Lohnarbeit

und selbstbestimmtem Rumwursteln haben die Jobber ja jahrelang vorgelebt. Aber heute müssen wir uns doch gerade damit auseinandersetzen, daß das Kapital selbst uns eingeholt, ja überholt hat, indem es die neuen und wiederentdeckten Reproduktionsformen der Klasse für seine eigene Restrukturierung einsetzt.

"Das politische Ziel ist nicht, den gesellschaftlichen Arbeiter zu leugnen, sondern sich über ihn zu restrukturieren" hat Negri vor drei Jahren noch geschrieben (Il comunismo e la guerra, S.30), d.h. das Kapital leugnet nicht die Selbstverwertung, sondern bearbeitet sie "an den Flanken", hindert sie an ihrer Unabhängigkeit, an der Möglichkeit, zur Selbstverwertung der Klasse zu werden. "Ohne Zweifel ist das das Höchstmaß an kapitalistischen Verständnis der Krise und der Ausbeutung. Es ist die aktuelle Form der 'Reaktion'" (S.47).

Genau das haben wir in den letzten Jahren erlebt. Die Proletarier haben alle individuellen Möglichkeiten benutzt, um sich den gesteigerten Rhythmen in der Fabrik zu entziehen, außer Sozialkohle vor allem Schwarzarbeit. Dem Angriff des Kapitals auf Lohn und Sozialgelder sind die Arbeiter ausgewichen in Zweit- und Drittjobs. Es hat eine ungeheure Ausweitung des Arbeitstages der einzelnen Proletarier stattgefunden, um den Lebensstandard halten zu können. Dabei reichen die Tätigkeiten von handwerklicher, einigermaßen selbständiger Arbeit bis zu den härtesten Knochenjobs im Bau- und Transportsektor. Je mehr Leute auf solche Arbeiten angewiesen sind, um so mehr sinken die Löhne: die Zeiten, wo man schwarz das Doppelte wie offiziell kassieren konnte, sind inzwischen vorbei. Nur mit viel Blindheit kann man die Schwarzarbeit, so wie sie heute für die meisten Leute aussieht, als "selbstbestimmte Eigenarbeit" oder gar als "erfüllende Tätigkeit" bezeichnen.

Kapital und Staat sind - auf der Suche nach Arbeitskraft, die sich billig verwerten läßt - der Schattenwirtschaft auf der Spur. Während wir vor vier Jahren noch nach einer deutschen Übersetzung für dieses in Italien und in den USA schon lange diskutierte Phänomen suchen mußten, kann man heute keine "Wirtschaftswoche" mehr aufschlagen, ohne die Vorteile dieses Sektors der Kapitalverwertung unter die Nase gerieben zu bekommen. Jahrelang hatte das Kapital mit der "Krise der Arbeit" zu kämpfen, jetzt hat es entdeckt: die Klasse arbeitet ja - zwar illegal, aber sie arbeitet. Und seither sucht es nach Möglichkeiten, sich die Produktivität dieser Arbeiter einzuverleiben. Es macht sich daran, "die autonomen Artikulationen

des gesellschaftlichen Arbeiters als Punkte der Neuzusammensetzung des Ausbeutungsverhältnisses zu ergreifen" (Negri ebd.). Gegen die Vertreter des Handwerks und der Gewerkschaften setzt es nicht das "Verbot der Schwarzarbeit" durch, wie es Blüm weismachen wollte, sondern untersucht die Möglichkeiten ihrer "Funktionalisierung" (Wirtschaftswoche).

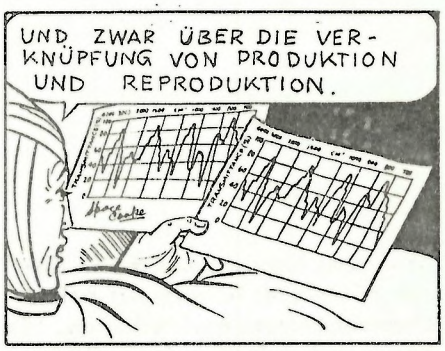
Enno Langfeldt vom Kieler Institut für Weltwirtschaft sieht in der "Schattenwirtschaft" brauchbare Anknüpfungspunkte zur Überwindung des "aufgeblähten" und "leistungsfeindlichen" Besteuerungs- und Versicherungssystems, sprich: Lohnnebenkosten. Die Auswirkungen dieser Wirtschaftsform beurteilt er durchweg positiv: sie liefere niedrigere Qualität zum niedrigeren Preis für diejenigen, die sich die bessere nicht leisten könnten. Sie mildere dadurch die Auswirkungen der Krise, habe eine Pufferfunktion innerhalb der Konjunkturschwankungen, sie senke die Arbeitslosigkeit in den unteren Schichten, steigere deren Wohlstand durch Hinzuverdienste, gebe vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossenen Beschäftigung, gleiche die Reallohnsenkung aus. Die Einnahmeverluste der offiziellen Wirtschaft hält er für nicht so gravierend, da die Feierabendhandwerker ja auch Material und Geräte kauften und von dem Schwarzlohn wiederum Konsumartikel.

Die Ausgangsbedingungen, Arbeit ohne Versicherung, Tarife und Überstundenzuschläge, möchte Langfeldt gerne auf die gesamte Wirtschaft übertragen; er schlägt vor, die Versicherung grundsätzlich vom Arbeitsverhältnis zu trennen und - da ja genug Arbeit zu niedrigerem Lohn vorhanden sei - die Aufhebung der Tarifbindung für "einzelne"; womöglich denkt er dabei wie George an die "schwache Arbeitskraft": Frauen, Jugendliche, Behinderte, Langzeitarbeitslose .

Andererseits kann natürlich der Staat den Mechanismus der Lohnregulierung nur durchsetzen, wenn die Schattenwirtschaft "auftaucht": sie muß an den Hauptzyklus angekoppelt, Bestandteil der dezentralisierten Produktion werden. Langfeldt schlägt wörtlich vor, man solle die "Gewerbeordnung vereinfachen", um die Schatten-Unternehmer legalisieren zu können, dafür sollten diese die "Vorteile der Arbeitsteilung besser nutzen, um produktiver zu arbeiten". Der Mehrwert muß zu den kapitalistischen Polen hoher organischer Zusammensetzung transferiert werden!

Auch Langfeldt spricht von einer "Einbeziehung der nichtmonetären Selbstversorungswirtschaft in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung". Wie eine Quantifizierung all dieser unbezahlten Arbeit möglich sein soll, darüber streiten sich die kapitalistischen Geister noch - das Durchgängige an allen diesen Überlegungen (einschließlich Gorz und Konsorten) ist aber, daß sie versuchen, jede proletarische Lebensäußerung in kapitalistische Produktivität zu übersetzen.

"Der Zwang zur Arbeit, der in den Fabriken verweigert wurde, wird in der Gesellschaft neu zusammengesetzt und zwar gerade über die Verknüpfung von Produktion und Reproduktion" schrieb Negri treffend. Als sei er bei ihm in die Lehre gegangen, führt Senator Fink in Berlin gerade vor, wie man tausende von arbeitslosen Jugendlichen, ein "Protestpotential", das jahrelang die Politiker nicht mehr ruhig schlafen ließ, produktiver Arbeit zu Subsistenzlohn zuführen kann. Es gibt Beispiele genug, wo sich die Freude am handwerklichen Tun in einen "gesunden Wirtschaftsgeist" verwandelt, wenn diese "Selbständigkeit" nur richtig unterstützt wird. Wenn aus dem kollektiven Glück nichts wird, gibt man sich eben mit dem kleinen, persönlichen Glück zufrieden.



Auch denen, die sich in diese neue Produktionsweise noch nicht so recht eingliedern können, kann in Berlin kostengünstig geholfen werden. In sogenannten "Selbsthilfegruppen", die mögliche Auswirkungen der sozialen Krise präventiv abfangen sollen, finden dann "nebenbei" auch nur arbeitslose Sozialarbeiter (einst eine "kritische Berufsgruppe") ein Auskommen, das sie vor "beruflicher Dequalifizierung" bewahrt. In München arbeiten sie schon für Sozialhilfesatz plus Prämie.

Während in den Landeskrankenhäusern und den wie Pilze aus dem Boden schießenden Privatklapsen Arbeit zur einzigen Therapie wird, fängt die "sinnvolle Arbeit in kleinen Zusammenhängen" Protest und Widerstand auf, wirkt stabilisierend in Zeiten großer sozialer Umwälzungsprozesse - und schafft Mehrwert!

"Arbeit für alle" ist längst durchgesetztes kapitalistisches Prinzip - wobei Länge des Arbeitstages und Bezahlung immer weiter auseinanderklaffen.

DIE KAPITALISTISCHE SYNTHESE

Eine wichtige Krisenlösungs-Strategie haben wir bisher nicht berücksichtigt, die in der Linken mehrheitlich vertreten wird und auf einen massiven Einsatz keynesianischer Steuerungsinstrumente setzt: also Konjunkturprogramme zum Auffangen der Krise, Finanzierung neuer Arbeitsplätze, staatlich initiierter Boom durch Stärkung der Nachfrage, dadurch Erhöhung der Lebensqualität, gesellschaftlicher Fortschritt usw. Das ist die übliche kapitalfunktionale Erklärung, die Gewerkschaftsfunktionäre für ihre politischen Forderungen geben.

Der "Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit" war nun ein Knoten zur Knüpfung einer blinden und demagogischen Koalition der gewerkschaftlichen und traditionellen Linken mit Grünen und einigen "Autonomen" zur antizipatorischen Durchsetzung eines "fortschrittlicheren" Konzepts der Ausbeutung und zwar gegen die Arbeiter und gegen die "rückschrittlichen" Kapitalfraktionen. Daß "ihre" Kampagne nun zumindest einen kapitalistischen Ausgang genommen hat, haben viele gutwillige Unterstützer noch gar nicht begriffen, viel weniger werden sie kapieren, daß das ganze von Beginn an so angelegt war. Unbeirrt werden auch weiterhin ABM-Maßnahmen gefordert, obwohl längst klar geworden ist, daß es dabei inzwischen nur noch um die billige Vernutzung jugendlicher Proletarier auf ehemals regulären Arbeitsplätzen geht.

Eine solche "Linke" ist nicht mehr zu schlagen, sie war es von Anfang an und daraus erklären sich ihre Ideologien und ihr Engagement auf der Gegenseite.

Wer es noch immer nicht glauben wollte, konnte in den letzten Jahren an Frankreich studieren, daß die keynesianischen Modelle endgültig ihren Geist aufgegeben haben. Das keynesianische Wirtschaftsprogramm der sozialistischen Regierung ist schon nach einem halben Jahr restlos gekippt worden und zwar von unten und von oben: die Arbeiter gingen in ihren Forderungen weit über den Spielraum des Regimes hinaus, sie behindern bis heute die Restrukturierung in der Stahl- und Autoindustrie; auf der anderen Seite unterstützt das transnationale Finanzkapital nirgendwo mehr eine Staatsverschuldung zur Steigerung der proletarischen und Arbeiter-Einkommen. So liegt die seither betriebene Austeritätspolitik genau auf der Linie der gewaltsamen Angleichung der Ausbeutungsbedingungen in allen Industriestaaten.

zum Beispiel USA

Die beste Synthese aller hier diskutierten Probleme im Klassenkampf scheint dem Kapitalismus in seinem führenden Land gelungen zu sein : den USA. Während die Blue-Collar-Arbeiter härteste Überlebenskämpfe führen (allerdings ohne daß es bisher Ansätze gäbe, daß sie die korporative Abschottung durch die Gewerkschaften überwinden könnten), um ihre sozialen und Lohn-Garantien zu retten, gründet die "Me-Generation" der 25-40-Jährigen, die die "wilden 60er" "positiv" überwunden hat (unter ihnen sehr viele Frauen) einen Betrieb nach dem anderen. Von "frühkapitalistischen" Arbeitsbedingungen ist die Rede, in Kellern und Garagen, mit langen Arbeitszeiten und vergleichsweise niedrigem Lohn, der oft erst bei Erfolg des Unternehmens ausbezahlt wird, die FAZ schrieb kürzlich von einer "tour de force".

In neugegründeten Klein- und Mittelbetrieben dieser Art sind in den letzten Jahren Millionen neuer Jobs entstanden. Über 59% der Bevölkerung im "erwerbsfähigen Alter" hat einen Arbeitsplatz, aber viele alte Arbeiter finden keinen Job mehr (deshalb ist die Arbeitslosenrate auch weniger gefallen, als man vermuten würde). Frauen und Farbige nehmen erstmals zusammen mehr Arbeitsplätze ein als die weißen Männer. Die Frauenbeschäftigung ist mit 60 % eine der höchsten der Welt, aber die Frauen verdienen nur einen Bruchteil dessen, was ein Mann verdient. Die neuen Jobs sind oft Teilzeitjobs. Gleichzeitig sind aber die Überstunden stark angestiegen, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit ist mit 41 Stunden so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Das Lohnniveau dagegen ist auf einem historisch niedrigen Stand: in den 3 Rezessionsjahren 79-82 ist es jährlich um 3,5 - 5,5 % gesunken und 1983 nicht wieder gestiegen. Erst jetzt ist eine leichte Steigerung bemerkbar, allerdings nicht für alle: die Akademiker und die 45 - 55jährigen Weißen verdienen sehr gut, während das Einkommen der 15-25jährigen weiter sinkt. Die "Armutsrate" ist von ihrem Tiefstand 79/80 (11 %) auf 15,2 % der amerikanischen Bevölkerung, also 35,3 Millionen Menschen angestiegen. In diesen Zahlen sind die neuesten Sozialkürzungen des Reagan-Regimes noch nicht berücksichtigt.

Der Rückgang im Lohnniveau wurde zum einen durch sensationelle Tarifabschlüsse erreicht, in denen die Gewerkschaften eine Lohnminderung für drei Jahre vereinbarten - eine solide Grundlage für Unternehmerkalkulationen. Zum andern haben die großen Unternehmen begonnen, ganze Bereiche aus den Hauptbetrieben auszugliedern: sie erstellen neue Produktionsanlagen in Bundesstaaten mit wesentlich niedrige-

rem Lohnniveau, im Süden zum Beispiel, oder sie führen sie als Dienstleistungsbetriebe weiter, bauen eine Service-Kette auf. Damit werden die ehemaligen Industriearbeiter aus der Tarifbindung entlassen und werden zu Dienstleistungsarbeitern: hier sind die Gewerkschaften schwach bzw. die Leute gar nicht organisiert, die Löhne entsprechend niedrig.

Das Ergebnis ist eine in der BRD bisher noch nicht durchgesetzte Lohnhierarchie auf dem Arbeitsmarkt. Während ein Metallarbeiter auf bis zu 20 $ in der Stunde kommen kann, beträgt der gesetzliche Mindestlohn 3,25 $. Die neu geschaffenen Arbeitsplätze liegen vorwiegend auf diesem Niveau. Da aber die Arbeitslosigkeit gerade bei den schwarzen Jugendlichen nach wie vor sehr hoch ist, diskutiert man für Teenager eine Herabsetzung des Mindestlohns auf 2,50 $.

Auch die Arbeitslosigkeit funktioniert in den USA schon viel besser als Drehscheibe: ein Amerikaner ist im Durchschnitt nur 4 Monate arbeitslos, ein deutscher Arbeiter bringt es auf gut die doppelte Zeit (im Durchschnitt). Die "Suche nach einem Job" zwingt zu ungeheuren Wanderungsbewegungen quer durch die Staaten und zerreißt alte Zusammenhänge.

Daß der Boom in den USA gegenwärtig im Dienstleistungssektor stattfindet, hat wenig mit dem vielbeschworenen Übergang in die "postindustrielle Gesellschaft" zu tun und den damit sich auftuenden Möglichkeiten zu Freizeit und Muße. Zum einen findet dieser Übergang - wie oben beschrieben - oft nur in der Statistik statt; dann entstehen gerade mit den neuen Informationstechnologien neue Formen von Dienstleistungsarbeit, sie wird mehr und mehr organisiert wie Industriearbeit: arbeitsteilig und rationalisiert. Zwischen der Produktion eines Chip und der Produktion/Verarbeitung einer Information besteht für die Arbeiterin kein Unterschied mehr, eine Unterscheidung zwischen direkt produktiver Arbeit und indirekt produktiver Dienstleistungsarbeit ist hier obsolet geworden.

Der Dienstleistungssektor ist alles andere als homogen; er umfaßt sowohl die Hamburger-Verkäuferin als auch hochbezahlte Computer-Fachleute. Die Masse der neuen Arbeitsplätze ist allerdings in der untersten Kategorie entstanden: in Fast-Food-Ketten, Frittenbuden, Massagesalons usw. Die Arbeit, die die Frauen früher unbezahlt für ihre Familie geleistet haben, machen sie nun mies bezahlt für alle Arbeiter, je mehr der Staat darauf verzichtet, die Reproduktion der Arbeitskraft aus dem Sozialetat zu bezahlen. Der Mehrwert wird jetzt direkt aus der Arbeit der Frau gewonnen, ohne langen Umweg über die Arbeit des Mannes, ihr Arbeitstag verlängert sich endlos, die absolute Mehrwertproduktion ist der Wachstumssektor der Krise: wenig Kapitalinvestition, viel billige Arbeitskraft.

Der Übergang vom Welfare - zum Workfare-Staat ist vollzogen

Der keynesianische Planstaat wurde von unten ausgehöhlt und von oben liquidiert. Die Sozialdemokraten hatten einen Riesenapparat aufgebaut, um durch Globalsteuerung und Stärkung der effektiven Nachfrage die Konjunkturzyklen zu steuern; dieses Instrumentarium wird von den Krisenstrategen heute unter negativen Vorzeichen gegen die Klasse benutzt, um diejenigen zu subventionieren, die die Klasse zum Arbeiten bringen. Diese staatliche Praxis wird von ihren Exekutoren als "Rückzug des Staates", damit "der Markt wieder zu seinem Recht kommt" propagandistisch verkauft, in Wirklichkeit greift der Staat heute wesentlich stärker in die Klassenbeziehungen ein. Die Aufgaben des Staates sind die Durchsetzung der transnationalen Ausbeutungskonzepte, die enge Kontrolle der proletarischen Reproduktion, die Normierung und Kodifizierung der neuen Ausbeutungsverhältnisse, die zwangsweise institutionelle Vermittlung des Klassenkonflikts. Auf diese staatlichen Funktionen kann das multi-

nationale Kapital heute weniger denn je verzichten, die Mehrwertproduktion benötigt mehr denn je die Kontrolle über die proletarische Reproduktion. Gleichzeitig verlieren die Nationalstaaten ihre produktiven Funktionen, überlassen dem multinationalen Kapital die Ausbeutung ("De-Regulierung").

"Arbeit für alle" ist längst als gesamtgesellschaftliches Prinzip durchgesetzt

Das multinationale Kapital hat eine Kaskade der Ausbeutung von der Großfabrik bis in die Hinterhof-Klitsche organisiert. Jede Art von Arbeitskraft wird ausgebeutet: Behinderte, Rentner, Kinder, Männer, Frauen, alle; gleichzeitig werden die Anteile unbezahlter Arbeit immer mehr gesteigert, wird immer mehr Arbeit als unbezahlte "Hausarbeit" auf die proletarischen Frauen abgewälzt, werden die Mehrwertraten in der Produktion terroristisch gesteigert. Das Kapital hat unmißverständlich klar gemacht, daß es in den Metropolen nicht auf die Auspressung des Mehrwerts verzichten wird. Um in den Metropolen gegen die Klasse wieder entsprechende Mehrwertraten durchzusetzen, wurde die gesamte Gesellschaft nach dieser Erfordernis umstrukturiert.

---

(1) In Japan läuft inzwischen genau die gleiche Kampagne ab: "Sind die Japaner faul geworden?" Das "japanische Vorbild" - die Verbindung eines Exportbooms mit Austeritätspolitik gegen die Klasse - ist keines mehr, die Klasse hat sich hohe Lohnsteigerungen und soziale Verbesserungen erkämpft. Ernst Breit hat kürzlich auf einer Japanreise das neue deutsche 38 1/2-Modell als Lösung vorgestellt.

(2) aus Blüms 1984 geschriebener Propaganda schrift "Die Arbeit geht weiter". Sein Anliegen ist das gleiche, wie schon in seinem 1983 erschienenen Aufsatz "Leistungsprinzip und soziale Gerechtigkeit" :...das Auseinanderfallen der Gesellschaft in eine kleine Gruppe zufriedener Erwerbsarbeiter, eine große Zahl unzufriedener Jobber, die lieber heute als morgen aussteigen würden, und eine ständig wachsende Zahl von Zwangsaussteigern (Arbeitslosen) zu vermeiden." Fast wörtlich Gorz!

(3) Es gibt in Berlin einen Sonderfons (1984: 7,5 Mio DM) für "besondere soziale Zwecke", aus dem ca. 130 Projektgruppen finanziert werden, u.a. kriegen Gruppen Zuschüsse, wenn sie ihre Häuser renovieren, kleine Betriebe gründen, Arbeitsplätze schaffen. Ein kostengünstiges Projekt, das mit wenig Geld Leute sozial eingliedert und Wohnraum schafft.

Das BRD-Kapital geht inzwischen über die Prekarisierungswellen der letzten vier Jahre hinaus, installiert sowohl an den Polen hoher organischer Zusammensetzung wie auch gegen das Millionenheer der Prekarisierten neue, abgestufte Ausbeutungsordnungen.

Die 38-1/2-Flexibilisierung leitet eine neue Phase in der Ausbeutung der Fabrikarbeiter ein

Die Kernbelegschaften werden ein Stück weit prekarisiert, verlieren einen Teil ihres Einkommens und werden in wesentlich stärkerem Maß als bisher den kapitalistischen Erfordernissen untergeordnet.

Die Gewerkschaften gerieten in Verlängerung ihres selektiven Korporativismus der 70er Jahre (aktive Duldung der Ausgrenzung und Überausbeutung der Prekarisierten und illegalen Ausländer, Unterstützung des aggressiven Export-Modells Dtld.) in Zugzwang. Ihr kühner Sprung in "tarifpolitisches Neuland" ist dennoch genau austariert, sie wissen, daß sie nach wie vor gebraucht werden.

Man wird abwarten müssen, wie sich die neuen Tarife im einzelnen ausformen werden. Viel wird auch davon abhängen, ob sich die zentrale Arbeiterklasse weiterhin korporativ einigelt und dann auch diese Kröte wird schlucken müssen, oder ob Homogenisierungsprozesse mit den untersten Schichten in Gang kommen.

Die millionenfache Prekarisierung wird in Profitraten übersetzt

Mehr denn je wird deutlich, daß irgendwelche soziologischen Modelle von den "zwei Arbeitsmärkten" und dergleichen nicht ausreichen, um die kapitalistische Realität zu erfassen. Die Prekarisierung war nur die erste Angriffswelle, jetzt werden die niedrigen Löhne durchgesetzt und ausgeweitet, dem Mechanismus der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate wird terroristisch Geltung verschafft, der in Hinterhofklitschen, Heimarbeit, bei Sklavenhändlern, im Knast oder sonstwo erarbeitete Mehrwert wird in genau kontrollierten Bahnen auf die Pole des Kommandos des multinationalen Kapitals übertragen. Stichworte zu dieser neuen Ausbeutungsordnung für Millionen Prekäre (die in diesem Heft zum Teil bereits ausführlich behandelt wurden) : Ausbau der Sklavenhändler, CoArb, 84-Stunden-Woche, Zwangsarbeit, Subsistenzlohn.

Der Klassenkampf ist nicht vorbei, die kapitalistischen Konzepte werden mit Zwang durchgesetzt

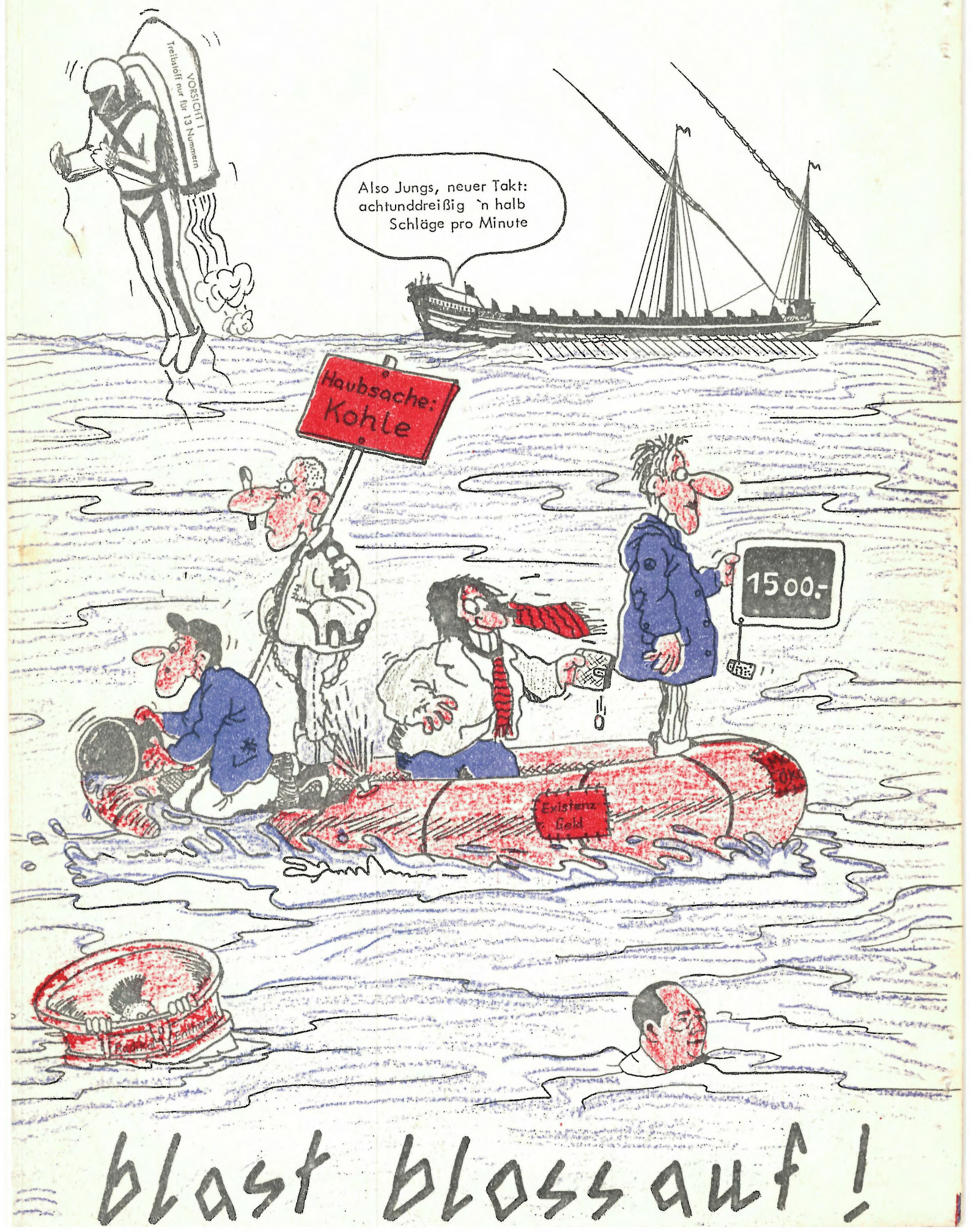
Das Reagan-Regime macht gerade den anderen Kapitalisten vor, wie durch brutale Umverteilungspolitik immense Wachstumsraten bei eingeschränkter Geldmenge möglich sind. Der Veba-Chef ließ neulich für die BRD verlauten, daß man nicht krampfhaft am Wachstum auf Staatskosten festhalten dürfe aus Angst vor politischen und sozialen Konflikten, weil man noch über keine Strategie verfüge, langfristig ohne wachsendes oder gleichbleibendes Bruttosozialprodukt zu regieren. Ob so oder so, die neuen kapitalistischen Konzepte laufen auf eine weitere Radikalisierung der Ausbeutung und der sie stützenden Kontrolle hinaus. Denn die Neuzusammensetzung der Klasse wird nicht reibungslos verlaufen, mit den neuen Beschäftigungsformen werden massive Probleme mit den Arbeitern auftauchen. Bei so miesen Bedingungen, miesem Lohn, ohne soziale Absicherung, ohne Kündigungsschutz können die Unternehmer ja auch keine gesteigerte Loyalität erwarten. Die mangelnde subjektive Bindung an die Arbeit muß durch Zwang oder neue Identifikationsmittel ersetzt werden.

MILITANTE UNTERSUCHUNG ZUR ZERSTÖRUNG DER KAPITALISTISCHEN PROJEKTE UND FÜR DIE NEUZUSAMMENSETZUNG DER KLASSE VON UNTEN

Wie weit sich die neuen Mittelschichten als Grenzgänger und Grenzträger der neuen Ausbeutungsordnung nach beiden Seiten hin profilieren können, sollten wir gar nicht erst abwarten. Es ist wichtig, all diese Ideologien von "selbstbestimmter Arbeit einerseits, kapitalistische Produktion andererseits plus Subsistenzgeld" zu bekämpfen und auseinanderzunehmen. Bisher wirken die neuen friedensstiftenden Ideologien wie Gorzens Traumfabrik vor allem desorientierend auf die Ruinen der Bewegung. Es wird wichtig sein, daß sich die Ansätze von Selbstorganisation zwischen den Kontroll- und Enter-Aktionen der Gewerkschaften und diesen Ideologien nicht aufreiben lassen, ähnlich wie es in der Mitte der 70er mit den Theorien über die Tertiarisierung und die Humanisierung der Arbeit mit der damaligen Sponti- und operaistischen Linken passierte.

Aber bevor sich die revolutionäre Klassenlinke hier auf den Markt der Meinungen stürzt und irgendwelche "autonomen" Konzepte vorstellt, sollten wir uns präzise mit den auf Seiten der Klasse ablaufenden Umsetzungsprozessen beschäftigen. Nur über das Verständnis dieser Prozesse kommen wir weiter. Nur die Klasse kann die kapitalistische Synthese zerbrechen.

Die Linke nach der Revolte



blast bloss auf!